

Allemane, auch diese Rede anzuschlagen. Die 139 Stimmen, die dieser Antrag auf sich vereinigte, bezeugen den tiefen Eindruck der Jaurès'schen Worte. Mit den Sozialisten stimmten diesmal einige „parlamentarische Sozialisten“ und ein großer Teil der Radikalsozialisten. Diejenigen, die sich beim Antrage Kaajan der Abstimmung enthalten hatten (in der Absicht, den Miß zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Demokratie nicht dem ganzen Lande kund und unrepatrierbar zu machen), stimmten jetzt um der Gerechtigkeit willen, und auch weil die Jaurès'sche Kritik der Regierungserklärung mit ihren Meinungen übereinstimmte, für die Plakatierung der sozialistischen Rede.

Die tiefe Bedeutung dieses unscheinbaren Vorganges kann auch durch den allerhöchsten Hohn der internationalen sozialistenfeindlichen Presse nicht aus der Welt gespöttelt werden.

Die Revolution in Rußland.

Vialystok.

Das Blut erstickt einem in den Adern, wenn man die allmählich bekannt werdenden Einzelheiten der drei Vialystoker Schredensstage vernimmt. So lesen wir in der „Lodzger Zeitung“:

Der größte Teil der getöteten Juden war durch Gewehr- und Revolverkugeln umgekommen. Personen, die von dem Böbel mit Weisen und Stöcken erschlagen wurden, gibt es zirkä 25. Ihre Leichen weisen Spuren eines schrecklichen Todes auf. Außer Spaltungen der Schädel, zahlreicher Zeichen von Fußstößen, zertrümmerten Nasen fand man unter den Toten einen zehnjährigen Knaben, dem ein Fuß abgefägt war. Bei Joel Scheinlach und anderen fand man Nägel im Kopfe, den Augenhöhlen und der Brust; man fand auch ein erwürgtes zweijähriges Kind und die Leiche einer Frau, deren Hände gebunden und mit einigen großen Nussägeln am Unterleibe festgenagelt waren.

An anderer Stelle lesen wir von einem vierjährigen Knaben, dem die Geschlechtsstelle abgeschnitten, von einem Greise, dem die Nase ausgerissen, von . . .

Ein Vialystoker Arzt, der Zeuge der dortigen Vorgänge war, behauptet, daß der eigentliche Urheber der blutigen Vorgänge, der alte pensionierte General Bogdanowitsch sei. Dieser sei Leiter der berüchtigten Schwarzen Bande und habe schon vor Monaten durch Verbreitung von Broschüren und Flugchriften zur Ermordung der Juden aufgefordert.

„Daily Mail“ bringt folgende sensationelle Meldung:

Infolge der Judenmorde in Vialystok haben zwei Regimenter und ein Bataillon Pioniere der Garnison von Dbeffa dem dortigen Kommandeur, General Kaulbars, formell mitgeteilt, im Falle von Ruhestörungen würden sie keinen Polizeidienst tun. General Kaulbars hat sich an das Kriegsministerium um Vertretungsmahregeln gewandt. Unter den Juden, die stark genug sind, den Böbel zurückzuweisen, falls er nicht militärisch unterstützt wird, herrscht über diese Haltung des Militärs große Befriedigung.

Die Berliner Jionistische Vereinigung bittet uns um Bekanntgabe folgender Resolution:

Die von der Jionistischen Vereinigung einberufene, von über 2000 Juden besuchte Volksversammlung drückt ihren Absichten aus gegen die verbrecherischen Barbareien der russischen Machthaber, die zur Unterdrückung der freiwirtschaftlichen Bewegung in Rußland Judenmassaker anstiftet. Sie versichert die geknechteten jüdischen Brüder in Rußland treuer Anteilnahme und erwartet, daß die gesamte zivilisierte Welt durch einmütigen Protest und Verweigerung jeder weiteren finanziellen Hilfe diesem frevelhaften Morden Einhalt zu gebieten vermag.

Wir registrieren noch folgendes Telegramm:

Washington, 22. Juni. Der Senat nahm einen Beschlußantrag an, in welchem erklärt wird: Das Volk der Vereinigten Staaten ist entsetzt über die Verichte von Mordtaten, die an Juden in Rußland wegen ihrer Rasse und Religion verübt sind. Alle diejenigen, die davon betroffen seien, hätten die herzlichste Sympathie des Volkes der Vereinigten Staaten.

Die Gärung im Heere.

Die Blätter melden aus Moskau, die Mannschaften der dortigen Garnison hätten in den letzten Tagen Versammlungen abgehalten und sich für die Beobachtung einer korrekten Haltung ausgesprochen, solange die Regierung die Duma nicht auflöse oder sonstige Repressivmaßnahmen ergreife. — Die Zeitung „Duma“ berichtet aus Krasnojarsk, in dem dortigen Schützenregiment seien infolge der Verhaftung eines Soldaten, der den betrunkenen Obersten durch einen Schlag auf den Kopf verwundet, Unruhen ausgebrochen; ein Stabskapitän sei getötet worden.

Aus Sewastopol kommt folgende amtliche Meldung vom 22. Juni:

Am 19. Juni erhielt die erste Kompanie der hiesigen Festungsartillerie Befehl, auf Wache zu ziehen. Andere Kompanien widersetzten sich dem und verhinderten ihre Kameraden unter Mißachtung der Befehle der Offiziere, ihre Karabiner zu nehmen. Durch andere Truppen der Garnison wurde das Bataillon entwaffnet und am 20. Juni nach der nördlichen Küste geschickt.

Dort drangen die Reuter in das Quartier des zweiten Bataillons, zerstörten die Magazine, bemächtigten sich der Gewehre und Munition und zogen gegen die Batterie Jew. Sie wurden aber von Artilleriemannschaften umzingelt und in der Nacht des 20. Juni, nachdem sie einige vergebliche Schüsse abgegeben hatten, ohne Widerstand gefangen genommen und in der Kaserne der Batterie Michel interniert. Das zweite Artillerie-Bataillon hat sich an den Ausschreitungen nicht beteiligt. Später entdeckte man mehrere geladene Gewehre, die auf die Stadt gerichtet waren. Zahlreiche Einwohner an der nördlichen Küste wurden von Panik ergriffen und flohen, doch trat allmählich wieder Beruhigung ein. Weitere Verwickelungen sind nicht zu befürchten. —

Scherl und Woffe erhielten folgende Weisung:

Warschau, 22. Juni, 1 Uhr 30 Minuten nachmittags. Im hiesigen 10. Sappeurbataillon im Sowonzi-Lager in eine Meuterei ausgebrochen. Zwischen zwei Infanterie-Offizieren und zwei Sappeur-Unteroffizieren war es zu einem Zwischenfall gekommen. Die Sappeure verweigerten die Ausfolgung der meuternden Genossen sowohl dem Bataillons- wie dem Brigade-Offizier gegenüber. Dem Obersten wurde ein Nagestein an den Kopf geworfen, wodurch er zu Fall kam. Der Brigadefeldwebel forderte nun abermals die Ausfolgung der Schuldigen. Die Sappeure lehnten dieses Verlangen erneut ab, und als die Militärbehörde nun zur Entlassung schreiten wollte, stellten sie Wachen aus und ließen niemand in das Lager hinein. In gleicher Zeit einigten sie sich über ökonomische und politische Forderungen.

Petersburg. Die Lage in Kronstadt ist nach Angabe der Marinekreise sehr gespannt. In Peterhof blickt man mit Unbehagen auf die gefährliche Nachbarschaft Kronstadts, weil es nicht ausgeschlossen ist, daß zufällig ein zwölftägiges Geschick einmal nach Peterhof hineinklingelt. Einige Tage dachte Trepow daran, den Hof nach Jaroslawe Selo übersiedeln zu lassen, bis der Marineminister kategorisch jede größere Revolte für unwahrscheinlich erklärte. Die Jaren'sche Besichtigung, in nächster Zeit auf der Insel „Polarstern“ den schon angekündigten zehntägigen Ausflug nach den finnländischen Schären zu unternehmen.

Dem „Slovo“ zufolge hat der Kriegsminister dem Jaren am Donnerstag Bericht über die Gärung in der Armee erstattet und erklärt, er befürchte, daß die Mißstimmung in der Armee nicht er-

folgreich unterdrückt werden könne und daß, falls die Duma verlegt wird, die Situation sich gefährlich gestalten könnte!

Streiks und Bauernunruhen.

Petersburg, 21. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Auf den Naphthawerken in Witi-Gibat und Balachany ist ein Teil der Arbeiter in den Ausstand getreten.

Petersburg, 22. Juni. Die Meldungen über neue Bauernunruhen und Streiks mehren sich in bedenklichem Maße und kommen bereits aus allen Gegenden des Reiches.

Sab, 22. Juni. Der gestrige Ausstand galt der Erinnerung an den Tag des vorjährigen Blutbades; auf den Friedhöfen wurden flammende Reden gehalten. Heute ist die Arbeit überall wieder aufgenommen, nur drei Fabriken stehen still.

Die Duma.

Petersburg, 22. Juni. (B. Z. V.) Nach Wiedereröffnung der Sitzung herrschte im Hause vollkommene Ruhe. Die Beratung der Interpellationen an die Minister wurde am morgen vertagt. Das Haus beriet dann einen von 83 Abgeordneten eingebrachten Gesetzentwurf, welcher die Abschaffung jedes Privateigentums verlangt. Ein Antrag, den Entwurf an die Agrarkommission zu überweisen, wurde abgelehnt. Die Abstimmung bedeutet eine Niederlage für die Arbeitspartei.

Das Haus fährt fort mit der Erörterung der Ministererklärungen. Der sozialistische Abgeordnete Kamischwili aus dem Kaukasus erhebt Einspruch dagegen, daß man Interpellationen einbringe über einzelne Verbrechen der Verwaltung, während die Regierung täglich Ungehörlichkeiten sich zuschulden kommen lasse und während das Ministerium des Innern alles in Rußland verschlinge, sogar die Kirche und die Schulen. Der Redner verspottet den Minister des Innern, der gestern den Put gehabt habe, zu sagen, der Lärm im Saale verwirre ihn nicht. Der Minister habe da den berühmten französischen Advokaten Labort kopiert, dieser aber habe sich an die französischen Chauvinisten gewandt, nicht an die Vertreter der Nation! Kamischwili schließt, die feindliche Haltung, welche die Duma dem Ministerium gegenüber einnehme, spiegele noch nicht die viel feindseligere Haltung des Landes wider. — Adabin spricht namens der Arbeitsgruppe sein Ersuchen aus über das plötzliche Erscheinen der Minister in der Duma und kommt dann auf die Unruhen in der Armee zu sprechen. Daß die Minister jetzt einen entgegenkommenderen Ton anschlagen, finde seine Erklärung in dem Sinken der russischen Werte im Auslande. „Aber“, fährt Redner fort, „wir wollen uns durch ihre Versicherung nicht täuschen lassen und ihnen erst dann Beifall spenden, wenn sie ihre Entlassung einreichen.“ — Abgeordneter Professor Nowakowitsch legt dar, daß der Mangel einer einheitlichen Gewalt in Rußland die Hauptursache der Unruhen sei. Bitte selbst habe dem Redner gestanden, daß er ohnmächtig war während der Zeit seiner Regierungsführung!! Nowakowitsch erzählt weiter, er habe an den Minister des Innern geschrieben wegen eines Gefangenen, der Minister habe ihm aber gar nicht geantwortet; jeder ausländische Minister würde schon aus Höflichkeit für einen Abgeordneten geantwortet haben.

Mit großer Mehrheit wird eine von Gredeskul namens der konstitutionell demokratischen Partei beantragte Tagesordnung angenommen, in welcher dem Ministerium das Mißtrauen des Hauses ausgesprochen und sein Rücktritt sowie die Einsetzung eines vor der Duma verantwortlichen Ministeriums verlangt wird.

Wir haben verabsäumt, dem Artikel: „Die beiden faktischen Auffassungen in der russischen Sozialdemokratie“ (1. Beilage von gestern) die Bemerkung voranzusetzen, daß er uns von einem russischen Genossen gesandt ist und dessen Ansicht und — wenigstens nicht in allen Teilen — nicht die der Redaktion wiedergibt.

Die Genossen wissen wohl, daß wir uns in die faktischen Gesänge innerhalb der russischen Sozialdemokratie nicht einmischen wollen.

Die Redaktion.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Juni.

Amtliche Auskunft.

Die „Befrei-Zeitung“ hat unglaublicherweise recht gehabt. Die amtliche Auskunft über die Vorgänge in Südwestafrika ist nicht deshalb ausgeblieben, weil die amtlichen Stellen es nicht nötig hielten, dem deutschen Volke Mitteilung zu machen, sondern weil sie es nicht konnten! Auf die Anfragen des „Vorwärts“ hin hat sich der Amtsschimmel in Trab gesetzt und heute endlich kam die Ausbeute seiner Erkundigungsfahrt in der „Nordd. Allg. Ztg.“ abgelagert werden. Lang genug ist die Erklärung geworden, der Inhalt ist dagegen weniger imponierend. Das offiziöse Blatt gibt bekannt:

Die telegraphischen Ermittlungen, welche auf Grund der vom „Vorwärts“ gebrachten Mitteilungen über erste Fälle von Meuterei in der Schutztruppe für Südwestafrika, bei dem Kommando dieser Schutztruppe sofort angestellt worden sind, haben folgendes ergeben:

1. Seit Beginn des Aufstandes sind Fälle tätlichen Vorgehens an Offizieren nicht vorgekommen.

2. Das für den Norden (nördlich der Linie Gobeis-Windhuf) zuständige Gericht hat dieses Jahr zwei Fälle von Aufruhr bezw. Meuterei, begangen von Mannschaften gegen Portepeeunteroffiziere, abgeurteilt.

Im ersten Falle handelt es sich um schwere Ausschreitungen von Leuten der 5. Proviantkolonne der III. Kolonnenabteilung in einer Schlägerei mit einem Mann der Stationsbesatzung von Kapo-Jarm der Windhuf, in deren Verlauf ein Reiter so schwer verletzt wurde, daß er an den Folgen der ihm beigebrachten Verletzungen starb.

Der herbeigerufene Wachtmeister der Proviantkolonne versuchte zunächst persönlich die Leute zur Vernunft zu bringen und holte dann, als er sah, daß die Leute seiner Aufforderung, auseinanderzugehen, nicht nachkamen, eine Patrouille zum Tatort. Als die Leute auch angesichts dieser Patrouille dem Befehl, sich zur Kolonne zu begeben, nicht nachkamen, ließ der Wachtmeister die schuldigen fünf Leute festnehmen und abführen.

An dem Wachtmeister selbst und dem die Patrouille befehligenden Unteroffizier hat sich keiner der verhafteten Leute vergriffen.

In diesem Falle sind verurteilt worden: zwei Leute wegen gefährlicher Körperverletzung und militärischen Aufrehrs im Felde zum Tode.

zwei Leute wegen militärischen Aufrehrs im Felde zu zwei Jahren Gefängnis, ein Mann wegen gefährlicher Körperverletzung zu zwei Monaten Gefängnis. Der Mann, welcher die tödliche Verletzung dem verstorbenen Reiter beigebracht hatte, wurde freigesprochen, da er erwiesenermaßen in der Nothwehr gehandelt hat.

Die Todesstrafen sind noch nicht vollstreckt, weil die Richter des Kriegsgerichts von der Allerhöchsten Gnade die Umwandlung der erkannten Todesstrafe in eine angemessene Freiheitsstrafe erbeten haben.

In dem zweiten Falle sind nach der telegraphischen Meldung des Kommandos wegen Aufrehrs bezw. Meuterei drei Reiter zum Tode, vier zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt worden. Einzelheiten über diesen Fall sind eingefordert, aber noch nicht eingegangen. Offiziere sind auch an diesem Fall nicht beteiligt.

3. Bezüglich eines im Süden von dem zuständigen Gericht ergangener Urteile steht eine Meldung noch aus.

Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß die ergangenen Urteile hier der amtlichen Stelle erst bei Ueberführung der Verurteilten in die Heimat zum Zwecke der Strafvollstreckung zur Kenntnis kommen, da die Befähigung aller kriegsgerichtlichen Urteile durch die Gerichtsherrn im Schutzgebiet erfolgt, soweit es sich nicht um die dem Kaiser vorbehaltene Bestätigung im Falle

der Beurteilung von Offizieren, Sanitätsoffizieren und oberen Militärbeamten zum Tode, Entfernung aus dem Heere oder Dienstentlassung handelt.

Einschließlich elf mit dem nächsten Heimtransport angemeldeter Strafgefangener (worunter sich wahrscheinlich die im oben angeführten zweiten Fall Verurteilten befinden) sind seit Beginn des Aufstandes im ganzen 57 Militärstrafgefangene nach Deutschland zur Strafvollstreckung übergeführt worden. Diese Zahl kann bei der Stärke der Schutztruppe (jetzt 15 000 Mann, im ganzen waren aber 19 000 Mann einschließlich der Heimgekehrten im Schutzgebiet) und bei der Dauer des Feldzuges keine hinsichtlich der Disziplin besorgniserregende genannt werden. Die Höhe der Strafen findet ihre Erklärung in der Schwere der Kriegsgesetze.

Diese amtliche Auskunft gibt sich selbst als unvollständig; über den Süden weiß sie nichts, über den Zustand des zweiten schweizeren Falles von militärischem Aufrehr auch nichts, es wird lediglich angegeben, daß dabei keine Angriffe auf einen Offizier vorgekommen sind. Aber das sind noch die kleinsten Lücken der Auskunft. Weit bedenklicher ist, daß sie mit keinem Worte auf die von uns angeführten Behauptungen der Soldatenbriefe über Soldatenmißhandlungen und Soldatenschikanierungen durch Vorgesetzte eingeht, keine Antwort gibt auf die Frage, ob etwa eine größere Zahl solcher Vergehen der Vorgesetzten die Aufruhrreakte der Mannschaften provoziert haben, noch in welchem Zusammenhang diese Fälle mit der Annahme älterer Schutztruppen stehen, sie hätten ihre Zeit abgedient und Anspruch auf Ablösung! Auf alles das geht die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit keinem Worte ein. Und diese Fragen waren sicherlich nicht die unwichtigsten unseres Artikels vom 12. Juni! Statt einer Antwort erhalten wir eine Verhöhnung, wonach die 57 Fälle von Aufruhr nicht in ungewöhnlichem Verhältnis zur Truppenzahl und zu den Umständen stehen, da sie nur wenig den Prozentsatz im Frieden überschreiten. Eine sehr tröstliche Versicherung!

Schier unglaublich aber ist das andere, was diese Auskunft mittelbar verrät! Also am 13. Juni wußte die Regierung noch nicht, was deutschen Bürgern mitgeteilt wurde in Soldatenbriefen, die vom Ende des Monats April stammen. Sie erfährt die Beurteilungen erst, wenn die Verurteilten hier zur Strafverbüßung eingeliefert werden! So ist man also in der Kolonialabteilung und im Reichskanzleramt über die Verhältnisse der Schutztruppe in Südwestafrika orientiert. Eine wahrhaft lebendige Fühlung! Der Reichskanzler, der nach einem Bericht der Scherl-Presse die Mißstände in der Kolonialverwaltung radikal auszurufen befohlen hat, hätte hier einen Punkt, wo er mit Reformen einsetzen könnte.

Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ bringt in ihrer heutigen Abend-Ausgabe noch eine zweite Ueberraschung. An der Spitze wird in auffälliger Schrift flammende, sittliche Enttäuschung über die Tatsache ausgesprochen, daß die „Germania“ und die „Freis. Ztg.“ sich in Artikeln über die Affäre Puttkamer auf einen Bericht haben beziehen können, den der Geh. Legationsrat Rosen in besagter Angelegenheit dem Reichskanzler erstattet hat. Das könne nur durch eine schwere Verletzung der Amtsverschwiegenheit möglich geworden sein. So wird, also zugegeben, daß die Angaben der beiden Blätter über den Inhalt des Berichts richtig sind; zum Ueberflus wird das noch bestätigt durch folgende Ausführungen des offiziellen Blattes:

Was nun die Wiedergabe seines Inhalts in der „Freisinnigen Zeitung“ betrifft, so bemerken wir zunächst, daß ein von der „Freisinnigen Zeitung“ und der „Germania“ als besonders auffällig behandeltes Satz in dem Original nicht enthalten ist, der Satz nämlich: „Nach einem Berichte des Gouvernements sei Herr v. Puttkamer laut anliegender Nachweisung lediglich ein Reisespahnformular mit dem Stempel des Gouvernements zu gestellt worden.“ Dieser Satz findet sich jedoch — nicht wörtlich, aber inhaltlich — in einem am 31. Mai, also erst nach Abfassung der Aufzeichnung für den Reichskanzler eingegangenen Berichte des Gouvernements in Buea. Abgesehen von diesem aus einem anderen Berichte entnommenen Zusatz treffen die Angaben der „Freisinnigen Zeitung“ über den Inhalt des für den Reichskanzler bestimmten Berichts der Kolonialabteilung im wesentlichen zu.

Wir haben hier also die amtliche Bestätigung, daß der Rosen'sche Bericht die famose Ausführung enthielt, ein Disziplinarverfahren gegen v. Puttkamer sei nicht anhängig, weil Herr v. Puttkamer selbst die Einleitung eines Verfahrens gegen ihn nicht für wünschenswert halte!

Als Gegengift gegen dieses notgedrungene Eingeständnis enthält der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ die Meldung:

„Für Aufklärung der gegen den Gouverneur v. Puttkamer erhobenen Vorwürfe hat dieser selbst die Einleitung einer Disziplinaruntersuchung gegen sich beantragt.“

Jesko hat also geruht, seine Meinung etwas zu ändern. Und nun, da er's erlaubt, wird also die Untersuchung eingeleitet werden. Ob es zu einem Verfahren kommt, ist abzuwarten.

Sicher ist aber dafür ein Verfahren gegen einige Beamte der Kolonialabteilung. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ teilt darüber mit:

„... Schon frühere Vorkommnisse haben den Eindruck hinterlassen, daß Beamte der Kolonialabteilung große Vertrauensbrüche begehen.“

Gegen ein solches inneres Uebel einer deutschen Behörde muß mit aller Schärfe vorgegangen werden. Auf Antrag des Leiters der Kolonialabteilung hat der Reichskanzler bestimmt, daß die Sache der königlichen Staatsanwaltschaft zur weiteren Ermittlung und Verfolgung der pflichtvergeßenen Beamten übergeben werde. Sollte dieser Weg nicht zum Ziele führen, so wird eine Erneuerung des Beamtenkörpers der Kolonialabteilung ins Auge zu fassen sein.“

Dies Verfahren gegen die Beamten hat prompt eingeleitet. Am Donnerstagabend hat in der Redaktion und Expedition der „Freis. Ztg.“ eine polizeiliche Haus-suchung stattgefunden.

Der Erste Staatsanwalt bei dem Berliner Landgericht I hat ein Strafverfahren „wider Göz und Schneider“ wegen Vergehens gegen § 153a des Strafgesetzbuches eingeleitet. In der Kolonialabteilung sind ein Kassenrat Schneider und ein Geheimer expedierender Kalkulator Schneider, sowie ein Geheimer Registraturassistent Göz angefaßt. Die Haus-suchung hat natürlich zu keinem Ergebnis geführt.

Es wird also plötzlich viel Energie von der Regierung aufgewendet. — Aber nicht etwa gegen v. Puttkamer! —

Klassen-Kirche.

Der Fall Storell gibt dem „Berl. Tagebl.“ Anlaß, an die Glückwunschartrede zu erinnern, die eine Anzahl englischer Geistlichen nach dem Ausfall der letzten englischen Parlamentswahl, die bekanntlich der Arbeiterpartei 30 Sitze einbrachte, an den Vorstand dieser Partei richteten:

„Es war schon seit vielen Jahren“, heißt es in dieser Adresse, „unser Wunsch, daß im großen Rat der Nation die Stimmen

der Arbeit voll zu Gehör komme. Wir freuen uns, daß bei der letzten Wahl ein bedeutender Schritt getan ist, um das Haus der Gemeinen wirklich zu dem zu machen, was es bisher nur dem Namen nach war: das Haus des Volkes. . . Wir, die wir unter der industriellen Bevölkerung gelebt und gewirkt haben und wissen, unter welchen Bedingungen sie zu leben und zu arbeiten genötigt ist, wünschen ferner unsere volle Zustimmung zu der Art auszusprechen, in welcher die soziale Frage von der Arbeiterpartei im letzten Wahlkampf in den Vordergrund gestellt worden ist. Wir bitten alle Gewählten ernstlich, ihren Einfluß auszunutzen, um die dringend nötige Entwicklung des geschichtlichen Fortschritts in der Industrie zu beschleunigen, unser höchst unvollkommenes soziales System in vollkommenere Formen überzuführen, sich zu bemühen, die anarchischen Unordnungen in der industriellen Welt zu überwinden, kurz die politische Revolution des 19. Jahrhunderts in die ökonomische Revolution des 20. Jahrhunderts zu überführen."

Die Adresse mit ihrer Erklärung zugunsten der ökonomischen Revolution des 20. Jahrhunderts war nicht von Geistlichen kleiner englischer Sekten, sondern von 120 Geistlichen der englischen Staatskirche unterzeichnet. Dennoch ist damals von den kirchlichen Vorgesetzten, soweit bekannt geworden, nicht das geringste gegen die Vikare und Kuraten, die diese Gratifikationen unterzeichnet hatten, unternommen worden. Und wie in England, finden wir auch in der Schweiz manche protestantische Pfarrer, die nicht nur mit der Sozialdemokratie sympathisieren, sondern offen als Kämpfer in ihre Reihen eingetretten sind und in Volksversammlungen und parlamentarischen Körperschaften sozialdemokratische Anschauungen verkünden.

Im neuen Deutschen Reich hat allerdings die Entwicklung eine andere Richtung genommen. Die schönen protestantischen Definitionen von dem Zweck der Kirche klingen heute fast wie bitterer Spott. Aus der sogenannten „Gemeinschaft der Gläubigen“ ist längst eine politische Anstalt zur Stützung des reaktionären Regiments, zur Aufrechterhaltung der göttlich-kapitalistischen Weltordnung und zur Niederhaltung der arbeitenden Klasse geworden. Im Gegensatz zu den Anschauungen der oben genannten englischen Geistlichen, welche die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung als „anarchische Unordnung“ bezeichnen und zu deren Beseitigung die Fortsetzung der politischen Revolution des 19. Jahrhunderts durch die ökonomische Revolution des 20. Jahrhunderts fordern, betrachten die wohlbestallten Diener der deutschen evangelischen Landeskirchen es meist als ihre Aufgabe, die kapitalistische Wirtschaftsordnung als „Gottesordnung“ zu preisen und durch Vertröstung auf das bessere Jenseits die Arbeiter zu mahnen, sich entgangensvoll in das irdische Diesseits zu schiden. Daneben dürfen die Diener des Herrn sich nur noch insofern politisch betätigen, als sie bei den Wahlen für die Regierungskandidaten agitieren oder in konservativen Blättern über die Unfähigkeit der Arbeiterschaft philosophieren; jedes Eintreten für sozialdemokratische oder eingeschienen liberale Kandidaten ist ihnen dagegen verwehrt. Zwar gab es einst auch in Preußen eine Zeit, wo ein Teil der protestantischen Geistlichen sich gegen die Zumutung der Reaktion, religiöse Gendarmendienste zu leisten, auflebte und auf der Wülflecke der „soziale Pfarrer“ auftauchte. Doch diese Zeiten sind längst vorüber. Die meisten, die einst mit idealistischem Eifer sich gegen die ihnen gestellten Aufgaben wandten, haben unter dem Druck ihrer Aufsichtsinstanzen einsehen gelernt, daß „christlich sozial“, in diesem Sinne genommen, Unsinn ist.

Das Erkenntnis des großherzoglich heftigen Oberkonsistoriums illustriert trefflich diesen Charakter der Kirche als Masseninstitution. Der Pfarrer Kroll hat nicht deshalb einen Verweis erhalten, weil er sozialistische Anschauungen vertreten hat, auch nicht, weil er für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt hat — er war am Stimmwahltag gar nicht im Wahlkreise —, auch nicht, weil er die Stimmwahlparole des liberalen Wahlausschusses befürwortete oder sich zugunsten des sozialdemokratischen Kandidaten Verhöld ausgesprochen hat, sondern lediglich, weil er gegen diese Parole, an der er gänzlich unbeteiligt war, nicht öffentlich aufgetreten ist. Schon das Nichtauftreten gegen die Sozialdemokratie wird also vom Konsistorium als Verletzung der geistlichen Amtspflicht angesehen. Das ist deutlich. Die Arbeiterschaft wird sich diese Charakterisierung der Kirche als Institution zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Klassenherrschaft merken — und daraus ihre Folgerungen ziehen. —

Zur Wahlrechtsbewegung im Herzogtum Altenburg.

Aus Altenburg wird uns geschrieben: Die Wahlrechtsbewegung in Sachsen-Altenburg zur Erringung des gleichen Wahlrechts fand in der Abhaltung von vierzig Volksversammlungen am vergangenen Sonnabend, Sonntag und Montag ihren einstweiligen Abschluß. In allen Versammlungen wurden gleichlautende Resolutionen, die an die Regierung und den Landtag abgeschickt werden, angenommen.

Seit dem Jahre 1848 hat Altenburg keine Volksbewegung mehr erlebt, die sich mit der Forderung auf gleiche, geheimes, direktes und allgemeines Wahlrecht besahe. Es gab überhaupt seit 1848 keine Volksbewegung mehr im Altenburger Ländchen, und wäre die Sozialdemokratie nicht, so würde sich in diesem Duodezstaate, der einstmals eine sehr freihellich gesinnte Bevölkerung hatte, überhaupt nichts rühren. Von bürgerlicher Seite wurde nur noch einmal seit 1848 der Versuch unternommen, das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Einführung zu bringen. 1877 stellte ein Gerichtsamtman aus Ronneburg, namens Hauschild, den Antrag, die Regierung aufzufordern, ein neues Wahlgesez zur Vorlage zu bringen, das den Grundfahen der konstitutionellen Monarchie entspreche. Der Antragsteller erklärte nämlich, daß das geltende Wahlgesez immer noch auf der ständischen Dreiteilung des Volkes in Rittergutsbesitzer, Bauern und Stadtbewohner beruhe, was auch seine Nichtigkeit hat. Der Antrag wurde natürlich glatt abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische Antrag von 1897.

Die Tätigkeit der Sozialdemokratie im Altenburger Landtage, in dem sie schon seit 1880 vertreten ist, beschränkte sich bisher fast ausschließlich darauf, das Wahlverfahren zu vereinfachen. Dant ihrer unablässigen Kritik hat sie auf diesem Gebiete auch schon wesentliche Erfolge zu verzeichnen. Jetzt soll es aber endlich wieder in nachdrücklicher Weise auf das Ganze losgehen.

Die Rückwirkung der Wahlrechtsbewegungen im übrigen Deutschland macht sich aber schließlich auch hier bemerkbar. Die Stimmung unter der entrechteten Industriearbeiterschaft ist eine vorzügliche. Die Versammlungen in den Städten Altenburg, Eisenberg, Schmolln, Gönnitz, Ronneburg, Neuselwitz und Kahlja waren alle sehr stark besucht, zum Teil waren sie, so in Altenburg und Eisenberg, überfüllt. Auf dem Lande war der Verlauf weniger befriedigend, der Heuernte und anderer ähnlicher Ursachen wegen. In Anbetracht aller Umstände haben wir auf dem Lande auch keine

Massenversammlungen erwartet, und für den Anfang kann die Partei zufrieden sein, daß ihr überhaupt nicht alle Landesversammlungen bereitet wurden. Es hat sich in verschiedenen Fällen nämlich zugetragen, daß in letzter Stunde noch Versammlungsjale abgetrieben wurden.

Im Gegensatz zur bürgerlichen Presse in Preußen und Sachsen, die im Januar und März die Wahlrechtsbewegung mit ihrem eilen Geifer besudelte, verhielt sich die bürgerliche Presse in unserem Ländchen zu der ganzen Aktion völlig ruhig. Sie schweig, soweit es auf sie ankam, die Bewegung tot, und sie brach dieses Schweigen erst teilweise am letzten Tage vor den Wahlrechtsversammlungen durch eine Bierzeilen-Notiz. Auch heute noch beharrt sie dieses Schweigen. Nicht einmal zu schnodderigen Notizen hat sie sich aufgeschwungen. Es scheint eine geheime Parole ausgegeben worden zu sein, so wenig wie möglich von der unangenehmen Sache zu reden. Die Drahtzieher hinter den Kulissen werden bald zu der Heberzeugung kommen, daß dieses geniale Totschweigen zu nichts führt.

Nachdem die Versammlungsaktion beendet ist, gehen die Parteigenossen im ganzen Lande an das Sammeln von Unterschriften für eine Petition, die an den Landtag und die Regierung gerichtet wird und in der um Erlaß eines Gesezes gebeten wird, das sich mit den Forderungen der Resolution der Wahlrechtsversammlungen deckt. Das wird noch das schwerste Stück Arbeit werden, aber bei dem Eifer, der allenthalben zutage tritt, wird der Erfolg nicht ausbleiben. Tritt dann im Herbst der Landtag zusammen, so findet er einige Duzend Wahlrechtsresolutionen und eine mit vielen Tausenden Unterschriften versehene Petition vor, und dann heißt es Farbe bekennen. Die im nächsten Frühjahr stattfindenden Landtagswahlen werden dann unter der Parole des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts erfolgen. Sie werden der Partei, die heute schon über die Hälfte der Stimmen der dritten Abteilung auf sich vereinigt, sicherlich neue Freunde zuführen und sie verstärkt in den Landtag einziehen lassen.

Deutsches Reich.

Zum geplanten Wahlrechtsraub in Leipzig, von dem wir gestern meldeten, schreibt man uns: Aus reiner Sozialistenfurcht hat man vor 10 Jahren das allgemeine Wahlrecht im Eiltempo gemacht und das Dreiklassenwahlrecht eingeführt, das der Klasse von „Bildung“ und Besitz die Herrschaft im Stadtparlament und -regiment sichern sollte. Von den 72 Stadtverordnetenmandaten wählte die anseherliche nationalliberale Plutokratie in der I. Klasse 24 Vertreter, die sich aus verschiedenen Gruppen zusammensetzenden Mittelständler, denen sich auch die Hausbesitzer angeschlossen haben, in der II. Klasse ebenfalls 24, und die gleiche Zahl Vertreter blieb in der III. Klasse für die große Mehrheit der Arbeiterwählerschaft beschränkt. Weil sich nun die Plutokratie in ihrem Besitzstande durch die Mittelständler und Hausbesitzer bedroht sieht, was ihr übrigens schon bei der Schaffung des Dreiklassenwahlrechts von der Sozialdemokratie prophezeit worden ist, sucht sie ihren Einfluß durch eine weitere Verkleinerung des Wahlrechts zu sichern.

Im Auftrage der Reichspartei mußte vor einiger Zeit der Verein der „Festbesoldeten“ eine Petition an das Kollegium richten, das Wahlrecht zu ändern. Der Coup mißlang. Mit Zweidrittelmehrheit wurde vom Kollegium ein Eingehen auf eine Aenderung des Wahlrechts abgelehnt.

Nun blieb dem Räte nichts übrig, wollte er den Auftrag seiner Hintermänner ausführen, der freilich auch seiner eigenen Ansicht entspricht, als selbst eine Wahlrechtsvorlage auszuarbeiten. Man versiel auf das berufständische Wahlrecht. Danach würde sich die Vertretung der Wählerschaft in folgender Weise verteilen: Der Teil der Bürgerschaft, der nach den Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesezes versicherungspflichtig ist, und das ist die große Mehrheit der wahlberechtigten Bürger, soll zwölf Vertreter wählen dürfen, die übrigen fünf Sechstel der Mandate werden fünf anderen Gruppen überlassen und zwar so, daß der Plutokratie der Hauptteil zufällt; die Hausbesitzerpartei fällt als selbständige Gruppe vollständig weg. Nach dem jetzigen Wahlsystem muß die Hälfte der Vertreter überhaupt Hausbesitzer sein.

Ueber die Wirkung dieser Wahlrechtsräuberei auf die Bevölkerung sind sich die Herren nicht im unklaren, deshalb soll der Raub in spätestens vier Wochen, also noch vor den Ferien, in Sicherheit gebracht werden, damit keine Zeit zur Gegenwehr vorhanden ist. Aber die Leipziger Arbeiterschaft wird trotz der kurzen Frist mit den Herrschaften Praxer zu reden wissen, daß ihnen Hören und Sehen vergehen soll. —

Patriotische Manifestationen. Die Fahrt der deutschen Journalisten nach England scheint sich zu einer Art Guldigungsfeier auszuwachsen. Wie der Wolffsche Telegraph meldet, brachte gestern bei dem Festmahl Lord Avebury einen Trinkspruch auf König Edward aus. Niemand habe mehr als der König dazu beigetragen, führte der Redner aus, freundschaftliche Beziehungen zu fördern. Dann toastete Lord Crossley auf den deutschen Kaiser und erklärte, alle Herzen seien von warmen Empfindungen für gute Beziehungen zum deutschen Volke erfüllt. Die Musik spielte „Heil Dir im Siegerkranz“. Der Lordkanzler trank alsdann auf die Freundschaft zwischen Deutschland und England und führte aus, er kenne in England keine verständigen Leute, die nicht freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Nationen wünschten, die Blutverwandte seien, niemals Streit gehabt und nie die Schwerter gekreuzt, dagegen oft in derselben Schlachtreihe gestanden hätten. Darauf erwiderte der deutsche Botschafter Graf Wolff-Metternich mit einer Rede: Die Worte des Lordkanzlers atmen Freundschaft und Wohlwollen für unser Volk; sie sind durchdrungen von jenem Geiste stolzer Ideale und von dem gesunden Menschenverstande, die beide die leitenden Gesichtspunkte in den Beziehungen der beiden großen Nationen sein sollten, von deren Existenz das Gedeihen und die Fortdauer unserer gegenwärtigen Kultur, sowie das Wohlergehen der Welt abhängt. —

Wahlverwandte Sekten. Im Wahlkreise Hofgeismar-Minteln sind sich die um die Palme des Sieges ringenden beiden antisemitischen Bruderparteien, die Reformpartei und die Liebermannschen „Freideutschen“ in die Haare geraten und sagen sich gegenseitig die schönsten Wahrheiten. Das Organ der Liebermannschen Richtung hat nämlich jüngst geschrieben:

„Das sind nämlich so einige Liebermannschen, die sich für ausersuchen halten, den schmählich verurteilten Antisemitismus aus dem deutschsozialen Sumpfe herauszuziehen, wozu ihnen in zwischen der offizielle Segen der „Reformpartei“ zuteil geworden ist. Jetzt haben wir es also auch mit einem reformerischen Gegner zu tun. Und kann es nur recht sein, wenn diese Herren alleamt den Freunden im Lande einmal ganz handgreiflich zeigen, wie notwendig seinerzeit die Trennung von ihnen war, und wie fürchten auch nicht, daß solche Kinderkreische noch viel Unheil anrichten können. Aber die eine Folge werden und sollen sie haben: Wir werden dieser Querulantengruppe durch positive Arbeit zeigen, daß wir stark und daß sie — es nicht sind. Wir wollen ihnen die Neigung zu größeren Dummheiten recht gründlich und möglichst ein für allemal austreiben.“

Darauf antwortet die „Deutsche Rundschau“, das Blatt der Reformpartei:

„Die Behauptung, eigentlich sei nicht Berner, sondern Herr v. Liebermann in den Jahren 1890 und 1893 der Sieger im Wahlkreise Minteln-Hofgeismar-Wolfhagen gewesen, kann bei allen Kennern der Verhältnisse nur helle Heiterkeit auslösen. Wir lassen selbstverständlich einem alten Herrn, der auf seine Art ganz tapfer, wenn auch ohne wesentliche Erfolge, im Leben gekämpft hat, gern das Vermögen, sich den Rest seiner

Tage mit holden Musikchen und harmlosen Reklamemysterien zu verleben. Beide haben recht! —

Marinistisches. Die „Köln. Ztg.“ weiß von neuen Veränderungen in den höheren Kommandostellen der Marine zu berichten, die zum Beginn der Kieler Woche vollzogen werden sollen. Großadmiral v. Köhler tritt in den Ruhestand. Ferner tritt in der Führung des zweiten Geschwaders und des Verbandes der Aufklärungsflotte ein Wechsel ein. Dadurch, daß Prinz Heinrich Chef der aktiven Schlachtflotte werden wird, ist auch eine Reubesetzung des Stationskommandos Kiel nötig, während Admiral v. Bendemann das Kommando der Nordsee-Station in Wilhelmshaven behält. Des weiteren wird ein Wechsel in der Leitung des technischen Departements des Reichsmarineministeriums erwartet, da der bisherige Chef ein höheres Kommando in der aktiven Schlachtflotte übernehmen soll. —

Gestorben für das „größere“ Deutschland. Amliche Meldung Gestorben Rathhaus Koch, geboren am 23. 4. 82 zu Heuchlingen, am 18. Juni 1906 im Lazarett Bindhof an Lungentzündung gestorben. Leutnant Paul Clebe, geboren am 29. 2. 80 zu Essen, am 18. Juni 1906 an Bord des Dampfers „Gertrud Boermann“ an Typhus verstorben. Major Karl Seiber, geboren am 22. 8. 83 zu Mohr, am 17. Juni 1906 im Feldlazarett Lüderichsbusch an Nierenentzündung gestorben. —

Ausland.

Oesterreich.

Die Regierung und der Massenstreik.

Wir lesen in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“: Die Steyermühlblätter verbreiteten heute die Nachricht, daß morgen, Donnerstag, der Massenstreik in Wien beginnen werde. Woher die Nachricht stammt, ist uns unbekannt. Es scheint, daß es Leute gibt, die es nicht erwarten können, daß der Kampf beginnt. Jedenfalls können die Journalisten und die Abgeordneten, die derartige Gerüchte kolportieren, überzeugt sein, daß sie es früh genug erfahren werden.

Auch die Regierung scheint gefürchtet zu haben, daß das Gerücht wahr sei. Wie wir erfahren, ist das in St. Pölten stationierte Infanterieregiment telegraphisch nach Wien beordert worden. Außerdem sollen die Mannschaften der Militärbädereien und des Eisenbahnerregiments Auftrag bekommen haben, sich bereit zu halten. Daß die Regierung, wenn sie vom Massenstreik hört, zunächst an das Militär denkt und nicht an den Wahlreformauschuh, ist bezeichnend genug. Aber sie möge sich gefast sein lassen, daß auf die Durchführung des Massenstreiks keinerlei Truppenkonzentration, sondern ausschließlich der Fortgang im Wahlreformauschuh Einfluß haben kann. —

Schweiz.

Das neue Schandgesez gegen den Antimilitarismus, das der Bundesrat den eidgenössischen Räten unterbreitet, ist begleitet von einer Volkssache, die den Traditionen unserer Fremdenpolizei alle Ehre macht. — Der Vorsteher des Justizdepartements, Bundesrat Dr. Brenner von Basel, schaltet und waltet in seinem Ressort womöglich noch reaktionärer und verwerflicher, als es seinerzeit das Patriziat von Bern, Freiburg, Solothurn und die Züricher Juristarkollegien getan hat.

Der Bundesrat motiviert seine Vorlage nicht nur mit der Gründung der antimilitaristischen Liga, sondern er bezieht sich auch auf den Beschluß des sozialdemokratischen Parteitagess vom 10. Februar 1906 in Olten, wonach den Soldaten angeraten wird, den Gehorsam zu verweigern, wenn an sie der Befehl ergeht, streikende Arbeiter anzugreifen oder gegen sie die Waffe zu gebrauchen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die sozialdemokratische Partei es sich zur Ehrenpflicht machen muß, dieses neue Maulkrattengesez mit aller Wucht zu bekämpfen — bedeutet die Vorlage doch nichts anderes als die freche Wiederaufnahme des Bundesgesezes vom 12. Dezember 1902, das in der Volksabstimmung vom 26. Oktober 1903 mit 264 085 „Nein“ gegen 117 694 „Ja“ verworfen wurde. Der einzige Unterschied zwischen der verworfenen und der neuen Vorlage liegt erstens darin, daß im Gesez von 1902 vom „Anfassen und Verleiten“ im allgemeinen die Rede war, während der neue Entwurf die Strafandrohung auf „öffentliche Aufreizung zu Dienstpflichtverletzungen“ beschränken will. Der zweite Unterschied liegt in einer wesentlichen Verschärfung der Strafen! Im ersten Gesez war festgesetzt, daß Geldbußen oder Gefängnisstrafen ausgesprochen werden können, im neuen dagegen sollen alle „Delikte“ mit Gefängnis bestraft werden. —

Wenn die Antimilitaristen die Situation vor der Abstimmung nicht allzu sehr verpfeifen, unterliegt es kaum einem Zweifel, daß auch dieses neue Maulkrattengesez vom Volke mit Wucht verworfen werden dürfte. —

Die Affäre Goldstein-Loher-Sulger vor dem Züricher Kantonsrat.

Zürich, 20. Juni. (Eig. Ber.) Die kompakte kapitalistisch-agrarische Majorität des Züricher Kantonsrates hat wieder einmal eine ihr unbecqueme Affäre durch einen kleinen Staatsstreich aus der Welt geschafft. Der frühere Erziehungsdirektor Regierungsrat Loher hatte infolge der verlogenen Denunziation des an der Züricher Universität studierenden Sohnes des Schuhfabrikanten Vally, den Privatdozenten Dr. Goldstein in höchst beleidigender Weise behandelt, weil er angelich mit seinen Hören einen Besuch in der Sulgerischen Maschinenfabrik in Winterthur zu sozialistischen Zwecken mißbraucht haben sollte. Eine gerabde peinliche Untersuchung ergab die völlige Grundlosigkeit der Denunziation, und da dann Loher die von Goldstein geforderte Genugtuung verweigerte, wandte dieser sich mit einer umfangreichen Beschwerde, die in Form einer Broschüre die Akten des Falles enthält, an den Züricher Kantonsrat, d. h. verklagte den Teufel bei seiner Großmutter. In der Sitzung vom Montag, in der darüber verhandelt wurde, kam die materielle Seite der Affäre, die wegen der Vereinträchtigung der Lehrfreiheit an der Universität und der anständigen Behandlung der Lehrer durch die Regierung sehr wichtig ist, gar nicht zur Sprache; man ritt auf der formellen Seite herum, die dadurch verlegt worden sei, daß sich Goldstein nicht zuerst an die Regierung gewandt habe. Trotzdem unsere Genossen Lang, Crismana, Dr. Farbstein, Haukner und Greulich, ferner die Demokraten Oberrieter Dr. Sträuli und Redakteur Dr. Wettstein für die materielle Behandlung der Beschwerde eintreten, wurde sie formal mit 145 gegen 60 Stimmen abgewiesen und so das Recht aus „formellen Gründen“ verweigert. Den Dorf- und Stadtmateadoren im Züricher Kantonsrat kommt es auf eine Gemeinheit mehr oder weniger nicht an; diese Leute sind wirklich zu allem fähig. —

Norwegen.

Reinen Kuhhandel.

Die bürgerlichen Parteien Norwegens gehen der Neuwahl des Stortingss in heillosen Verwirrung entgegen. Der allwährende Agitationsstoff der Linken, der Unionsstreit mit Schweden, ist aus der Welt geschafft, ohne daß man einen brauchbaren Ersatz dafür fand. Die Herren von der Rechtenpartei, ehemals die Schütztruppe des Schwedenkönigs, haben ja in den letzten Jahren den Kampf für die Unabhängigkeit von Schweden mitgemacht und schließlich mitgeholfen, den alten Oskar abzusetzen und den neuen König heranzubringen; sie sitzen jetzt aber wieder, aller Zukunftsideale bar, auf dem Troknen. Die Parteiuerschiede sind verwischt, und es hilft nichts, daß die Führer sich anstrengen, den alten Gegensatz zwischen Rechten und Linken, Konservativen und Radikalen, aufrecht zu erhalten. Innerhalb der Parteien fühlt und weiß man, daß das zwecklos ist. Konservative Wahlvereine stellen ausgesprochene Linkenmänner als Stortingsskandidaten auf, und Linkenvereine übertragen die Kandidatur in ihren Kreisen halbwegs liberal angehauchten Konservativen. Rechts oder links, hier ist alles eins.

In leuchtendem Gegensatz dazu steht die Wahlkraft der Sozialdemokratie, wie sie zu Ostern auf dem Parteitag in Kristiania beschlossen wurde und jetzt konsequent durchgeführt wird. Keine Allianzen mit bürgerlichen Parteien! Das ist der Grundsatz, und dieser Grundsatz erscheint jetzt um so mehr berechtigt, als die bürgerlichen Parteien sich so entschieden zu einer reaktionären antisozialistischen Klasse verwandelt haben, daß sie nur noch des Ansehens halber ihre Parteinaamen beibehalten.

In einem Leitartikel, „Keinen Kuhhandel“ überschrieben, propagiert „Social-Demokraten“ ohne jede Einschränkung den Grundsatz der durchaus selbständigen Wahlkraft und wendet sich entschieden sowohl gegen allgemeine wie lokale Bündnisse und Abmachungen mit anderen Parteien. Der Artikel schließt:

„Das, was unsere Partei zum Siege führen soll, ist, daß die Wähler nach und nach verstehen und erkennen lernen, daß die Arbeiterpartei eine feste Einheit ist, hervorgegangen aus der Ungerechtigkeit der Klassengesellschaft, mit einem starken Willen, ihr Ziel zu erreichen, und mit der festen Ueberzeugung, daß es nur eine Frage der Zeit ist, wann die Arbeiter und kleinen Leute sich in großer Zahl mit uns vereinen, daß wir die Macht gewinnen, unsere Forderungen durchzuführen.“

China.

Sühne ohne Statvergiehen.

Peking, 21. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Der französische Gesandte unterzeichnete die Bedingungen des Ueber-einkommens wegen der jüngsten Niedermebelungen von Missionaren in Kanching: Frankreich erhält eine Entschädigung von 200 000 Taels, d. i. die Hälfte von dem, was es ursprünglich gefordert hatte. China erlangte die wesentliche Herabminderung der französischen Forderung unter dem Antriebe der heftig opponierenden offiziellen chinesischen Presse.

Die deutsche Regierung hätte im gleichen Falle wieder einen „Nachfeldzug“ veranstaltet.

Marokko.

Der letzte Akt.

Dem Reuterschen Bureau wird aus Tanger bestätigt gemeldet, daß der Sultan von Marokko am 18. d. M. das Protokoll der Konferenz von Algiciras unterzeichnet hat.

Gewerkchaftliches.

Laut Protokoll des Polizeibeamten!

Am 29. Mai fand in Bochum eine Mitgliederversammlung des Holzarbeiter-Vereins statt, in der der Stellmacher K. als Schriftführer fungierte. Diesem wurde nun dieser Tage von einem Ingenieur des Bochumer Vereins, dem bekannten Baar-Werke, gekündigt mit folgender Begründung:

Laut Protokoll des Polizeibeamten (dabei zeigte der Herr ein Schriftstück), haben Sie in der Versammlung gesagt: Auf dem Bochumer Verein werden die schlechtesten Löhne bezahlt und werden die Arbeiter am schärfsten behandelt.

K. erwiderte, daß er in der Versammlung überhaupt nicht gesprochen habe, worauf der Ingenieur überlegen erwiderte: „Auf diesen Quatsch lasse ich mich nicht ein, ich verlasse mich auf das Protokoll der Polizei.“

Die Geschichte klingt zwar unglücklich, aber wir sind ja dergleichen Sachen gewöhnt. Wir werfen nur die Frage auf: Ist der Bochumer Verein auf amtlichem Wege oder nur durch Amts-bergangen einer einzelnen Person in den Besitz des Protokolls gelangt? Hoffentlich wird der Entlassene nicht versäumen, zivilrechtlich gegen die Stadtverwaltung vorzugehen. Bei dieser Gelegenheit wird man dann auch mal die Zuverlässigkeit polizeilicher Protokolle gründlich beleuchten können.

Die Flucht des Gutenbergs in die christliche Gewerkschaft.

Viele Leser des „Vorwärts“ werden vom Gutenbergsbund noch nie etwas gehört haben und sich erstaunt fragen, was ist das für ein „Bund“, das bisher so „im Verborgenen blühte“? Der „Gutenbergsbund“ ist eine „Vereinigung“, die nach dem Reunionskampf der Buchdrucker im Jahre 1891/92 sich zusammenschloß, um gemeinsam mit dem Unternehmertum den „Verband der deutschen Buchdrucker“ zu vernichten. In welcher Weise ihm dies gelungen ist, geht aus folgendem hervor: der Verband zählt jetzt 48 000 Mitglieder, der Gutenbergsbund 2700. Die Leiter und Wortführer dieser „Organisation“ sind Leute, die während des Reunionskampfes ihre Klage nicht verließen oder die Klage der kämpfenden Struppel ein-genommen haben. Einige der Herren sind Faktore (Werkmeister), welche ihr Personal als gefügige Truppen in Händen haben. So in Berlin wie außerhalb. Seit Jahren suchen die „Bündler“ mit den „Christlichen“ Fühlung, und da „maßgebende Personen“ des Bundes an leitender Stelle in sogenannten christlichen Geschäften tätig sind (Watersländische Verlagsanstalt, „Das Reich“ (Stöder), „Sonntagsblatt“ (ehemals Pastor Hülle) und andere mehr), so bedarf der Anschluß an die christlichen Gewerkschaften weiter keiner besonderen Erklärung. In der am 12. Juni er. stattgehabten Bundes-versammlung kam es betreffs des Anschlusses an die „Christlichen“ noch zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Leitern und den Mitgliedern. Die Versammlung protestierte gegen einen solchen Beschluß und beantragte Abstimmung. Der Vorstand mußte wohl oder übel in den sauren Apfel beißen und eine Abstimmung vor-nehmen lassen. Diefelbe ergab denn auch unter dem „sanften Druck“ der Herren Vorgesetzten ein für den Anschluß günstiges Resultat: 520 Stimmen dafür und 227 Stimmen dagegen. Das Ergebnis ist nicht weiter überraschend, denn der Referent konnte ohne nennens-werten Widerspruch aus der Versammlung erklären: „Wir müssen einen Rückhalt haben in den Kämpfen, — gegen die freien Gewerkschaften. Amm. der Red. — die uns bevorzugen, und diesen bietet uns die christliche Gewerkschaft.“ Nun haben sich die gleichgesinnten Seelen gefunden. In der Arbeiterpresse kann man fast täglich von den Heldentaten der christlichen „Kämpfer“ lesen; im „Lokal-Anzeiger“ und in der „Morgenpost“ steht davon freilich nichts.

Das Buchdruckerwerk kann wirklich stolz sein auf die vereinigten Vorkämpfer und Kämpfer für ideale Zustände. Herr Die Mannin wird seine himmlische Freude an dem Nubelstümmel haben. Blau und Schwarz gibt Schmutzdekel. Das Vorgehen des Gutenbergsbundes be-deutet im gegebenen Augenblick, wo Deutschlands Buchdrucker sich an-schließen, durch Erlangung eines neuen Tarifvertrages für die Ver-besserung ihrer Lebenslage einzutreten, die Rundgebung vollendet die Dürftigkeit. Was dem Ertrinkenden der Strohhalm, das ist dem Gutenbergsbund die christliche Gewerkschaft. Wer von den beiden Vereinigten mehr den größten Gewinn macht, können wir nicht ent-scheiden, als weiteres Moment wollen wir aber doch eine Episode verzeichnen. Einer der Hauptpläne im christlichen Lager hatte zurzeit den Gutenbergsbund als Streikbrecherorganisation bezeichnet. Der Bundesvorstand schloß sich beleidigt, ließ zum Stadt und der Christen-beros mußte revidieren. Aus dieser Geschichte hat man wahr-scheinlich die gegenseitige Würdigkeit erkannt. Wir segnen den Ehebund.

Die „Berliner Morgenpost“ ist in der Lage, folgendes mit-zuteilen:

Der Fall Cohen. Eine Vertrauensmänner-Versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Abteilung Berlin, verhandelte über die durch den Fall Cohen im Verband entstandenen Differenzen. Es kam zu erregten Debatten. Ein nicht unbedeutender Teil der Vertrauensmänner verurteilte scharf das Verhalten Cohens und schloß ihm die Hauptschuld für die jetzt eingetretene Spaltung im Metallarbeiterverband zu. Schließlich einigte man sich dahin, eine Kommission zu wählen, die zu prüfen und festzustellen hätte, ob Cohen oder die Partei bei diesen Differenzen recht habe.

Unseres Wissens besteht gar keine Streitfrage darüber, ob in dieser Sache Cohen oder die Partei recht habe. Sollte man die

Frage wirklich so formuliert haben, dann muß man bei der Be-antwortung ganz selbstverständlich am Ziele vorbeischießen. Die Partei hat mit der Streitfrage innerhalb des Verbandes nichts zu tun, sie hat sich nicht hineingemischt, sie ist auch nicht um Ver-mittlung angegangen worden. Unseres Erachtens kann die Frage nur lauten: Gatten die Vorkämpfer Ursache zu Beschwerden und hat die Organisation alles getan, um die Abspaltung zu verhindern?

Berlin und Umgegend.

Die Differenzen bei der Firma H. Hartung sind beendet. Die am Donnerstag gepflogenen Verhandlungen zwischen der Firma mit dem Vertreter der Organisation unter Hinzuziehung der Kom-mission der Streikenden ergaben folgendes Resultat: die Hilfs-arbeiter werden mit einem Stundenlohn von 42 1/2 Pf. eingestellt und erhalten nach sechs Wochen 45 Pf. Diese Zulage hat auch rück-wirkende Kraft, so daß diejenigen, welche jetzt schon über sechs Wochen im Betrieb sind, nicht unter 45 Pf. erhalten. Wer von den Hilfs-arbeitern heute schon 45 Pf. und darüber hat, erhält eine Zulage von 2 1/2 Pf. pro Stunde. Die Streikenden nahmen diesen Ver-gleich an und ist am Freitag früh die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Wählung! Korbmacher. Die Firma Kanzow, Nieder-Schönhausen, sucht durch Inserate Korbmacher. Da Herr Kanzow sich weigert, den Tarif der Grünbranche anzuerkennen, wird gebeten, in dieser Werkstatt keine Arbeit anzunehmen.

Von der Firma Schmalisch u. Below geht uns folgende Be-richtigung zu:

Sie bringen in Ihrer Nr. 142 vom 22. Juni a. c. eine Notiz, in welcher angeführt wird, „daß unsere Firma durch Anwerbung christlicher Arbeiter die „frei organisierten Fliesenleger“ ganz aus unserem Betriebe zu verdrängen suche“. Diese Mitteilung ist un-wahr! Wahr ist, daß wir uns am 14. und 15. Juni a. c. schriftlich an die „Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands, Ortsverein Berlin“, gewandt haben, und dieselbe um Ueberweisung von Fliesen-legern ersuchten. Wahr ist ferner, daß in der gestrigen Sitzung der Schlichtungskommission im Fliesenlegergewerbe unter dem Vor-sitz des Gewerberichters 40 Mitglieder der „Freien Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands“ für „tarifbrüchig“ erklärt wurden, weil sie bei uns ohne Vorbringung von Differenzen resp. ohne die Schlichtungskommission einzuberufen, die Arbeit niedergelegt haben! Wir betonen, daß wir Fliesenleger der „Freien Organisationen“ jederzeit einstellen.

Die fliegende Barbierstube. Wir werden ersucht, folgendes mit-zuteilen:

Ich erkläre es für unwahr, daß bei mir eine fliegende Barbier-stube existiert. Das Gerücht über die Barbierstube ist folgender-maßen entstanden: Ein Arbeiter, früherer Barbier, seinerzeit in Charlottenburg Meister, barbiert Sonntags und Sonntags Lauben-solonisten; trifft er einen oder den anderen nicht an, so kommt er in mein Lokal, um betreffende Genossen zu bedienen. Daß sich nun dieser oder jener meiner Gäste die Gelegenheit zunutze macht, sich auch rasieren zu lassen, kann ich nicht verhindern. Fritz Paulus, Gastwirt, Niddorf, Allee-str. 8/9.

Ueber den Stand der Lohnbewegung berichtete Niere in der Generalversammlung des Verbandes der Freizeugehörigen Deutsch-lands am 21. d. M. Demnach sind bis jetzt 536 unterschrieben an-erkannte Bewilligungen eingelaufen. Bei den in Betracht kommen-den Meistern sind 499 Gehältern mit der Kontrollkarte beschäftigt. Die verhältnismäßig geringe Zahl von Bewilligungen ist ver-ständlich, wenn man das schrammaderische Treiben einer ganzen Anzahl selbständiger Barbier berücksichtigt. Diese Korporation der Arbeitgeber hat nicht nur Verhandlungen abgelehnt, sondern auch noch beschlossen, ihre Mitglieder zu bestrafen resp. auszuschließen, sofern die Forderungen bewilligt werden. In diesem Punkte sind die verschiedenen Organisationen der Selbständigen einig. Die bis jetzt gegebenen Unterschriften können mit wenigen Ausnahmen als wohl betrachtet werden. Die kürzlich tagende Arbeitgeber-versammlung des Nordens wählte eine Kommission, die die Aufhebung des Lokaltis beantragen sollte. Wir werden für die Zukunft mit allen Kräften für die Beseitigung des Logis beim Arbeitgeber einzutreten haben. Genosse Rüdtsche berichtete über die Verhältnisse der Freizeugehörigen in Posen. Wegen Streikbruch wurden aus-geschlossen: Wärmner, Stolle, Lepzin, Kosky, Gregow, Lindner, Domke, Dünkel, Krumauer, Schulze. Die Bewilligung zurückgezogen resp. durchbrochen haben: Rabe, Piquierstr. 21, Blahner, Thae-str. 24, Habekost, Thae-str. 35, Gütch, Friedrichsberg, Scharn-weberstraße 62, Dörfert, Gaudystr. 3, Karol, Kopernikusstr. 15.

Wählung, Leistenvergolder! In der Goldleistenfabrik von Rißke in Gulesgen bei Drammen in Norwegen ist es nun doch noch zum Streik gekommen. Zugug ist darum streng fernzuhalten.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Vergolder.

Wählung! Metallarbeiter! In der Maschinenfabrik „Eyllon“, Mainzerstr. 22/23, haben sämtliche dort Beschäftigte die Arbeit nieder-gelegt. Zugug ist fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Deutsches Reich.

Wer andere an der freiwilligen Arbeit hindert . . .

Die Stultkatoren in den Städten M. Gladbach und Mcheid be-finden sich seit einiger Zeit im Auslande. Der Grund! Differenzen besteht in der Weigerung der Unternehmer, einige Pfennige Stundenlohn mehr zu bewilligen. Jede Verhandlung haben die Unternehmer bis jetzt abgelehnt und auch am Gewerbe-gericht erklärt, daß sie keine Zugeständnisse machen wollen. Infolge-dessen zog ein großer Teil der Streikenden es vor, abzureisen und sich um andere Arbeit umzusehen. Den Unternehmern pagte dieses nicht; sie gedachten die Streikenden mürde zu machen.

Es wurden nun vom Arbeitgeberverband der vereinigten Bild-hauer, Modelleure und Stultkatoren Deutschlands, der seinen Sitz in Frankfurt a. M. hat, schwarze Listen ausgegeben, von welchen eine zur Verfügung gestellt wurde. Das Rundschreiben hat folgenden Wortlaut:

„Betrifft Streik in M. Gladbach und Mcheid.

Wertes Herr Kollege! Hiermit benachrichtigen wir Sie höflichst, daß die Stultkatoren-gehülften von M. Gladbach, Mcheid und Umgegend in den Aus-land getreten sind. Wir geben Ihnen endtendend die Namen der Streikenden bekannt und bitten Sie, unter Hinweis auf die Be-stimmungen des § 9 unserer Geschäftsordnung dringend, die Genannten unter keinen Umständen zu beschäftigen und, falls solche bereits eingestellt sind, sofort zu ent-laffen.

Gleichzeitig bitten wir Sie, daß sich der Verband der Maurermeister und Bauunternehmer M. Gladbach, Stadt- und Landkreis, in der im Mai abgehaltenen Versammlung mit uns solidarisch erklärt hat.

Wir machen Sie nochmals auf die Notwendigkeit einer strikten Beachtung und Befolgung der fraglichen Bestimmungen aufmerk-sam, da hieran die schnelle Beendigung des Ausstandes selbst und auch die für die Arbeitgeber günstige Durchführung desselben abhängt. Der Vorstand.

Es folgen nun 118 Namen der Geschädigten, schön alphabetisch geordnet, so daß die organisierten Unternehmer ohne große Mühe erfahren können, ob einer der Uebelthäter bei ihnen Unterhändler fand. In staatsrechtlichem Kreise wird sehr viel von der Notwendig-keit des Schutzes der Arbeitsfreiheit geredet. Die Unterbindung der Arbeitsfreiheit durch Verurteilung erhält aber durchaus keine Behinderung, solcher Terrorismus gegen die Arbeitsfreiheit gilt sogar als staatsrechtlich. Ja, wenn zwei dasselbe tun . . .

Ein schwerer Kampf in der Metallwarenindustrie in Nürnberg scheint unermülich. Von den Arbeitern wurde der vor zwei

Jahren abgeschlossene Tarif zum 1. Juli gekündigt und der Abschluß eines neuen Tarifvertrages verlangt, der entsprechend der inzwischen ein-getretenen Teuerung der Lebensmittel ujm. höhere Lohnsätze, und andere Forderungen vorsieht. Am 20. Juni haben die Unter-handlungen mit den Industriellen stattgefunden, die letzteren wollen jedoch sich weder auf einen neuen Tarif einlassen, noch sonst welche Zugeständnisse machen. In einer von mehr als 2000 Personen be-zuglichen Versammlung der in Betracht kommenden Arbeiter wurde der Bericht der Kommission entgegengenommen und beschlossen, an den Forderungen festzuhalten und es auf einen Kampf an-kommen zu lassen. Die Verwaltung des Metallarbeiterverbandes wurde beauftragt, ungefäumt gegen die einzelnen Betriebe vorzu-gucken.

Zur Lohnbewegung der Hamburger Klempner. Zu dem neuen Bedingungen (Hauptposition: 70 Pf. Stundenlohn) arbeiten am Donnerstag 677 Gesellen, während die Zahl der Streikenden 601 beträgt. Die Vertreter der Innungen halten es nun doch für an-gebracht, mit dem Metallarbeiterverband zu verhandeln.

Der Streik der Maser und Tischer in Mannheim-Ludwigshafen dauert unverändert fort. Zugug ist nach wie vor streng fern-zuhalten.

Ausperrung bei der Pfälzischen Nähmaschinen- und Fahrrad-fabrik vorm. Kaiser in Kaiserslautern. Nachdem die geplante all-gemeine Metallarbeiter-Ausperrung vorläufig nicht zur Ausführung gelangt ist, scheinen jetzt die Unternehmer sie einzeln vornehmen zu wollen. Die obengenannte Firma möchte den Anfang, indem sie 135 Arbeiter aufs Pfaster warf. Verweigerung ausdauernder Ueberzeitarbeit ist die Ursache der Maßregel.

Ein Streik der Dachbeder ist in Chemnitz ausgebrochen, weil die Meister einen Lohnsatz der Gesellen ablehnten. Es sind über 100 Mann ausständig. — Im Streik stehen in Chemnitz ferner gegen 50 Tischler. Da die Situation in der Holzindustrie zwischen Arbeitern und Unternehmern gespannt ist, wird gebeten, Zugug von Tischlern usw. fernzuhalten.

Eine neue Metallarbeiterausperrung wollen die Metallindustriellen in der Kreisstadt Dresden inszenieren. Nachdem vor einigen Tagen gegen 200 former der Nadebender GbH und Emailierwerke wegen Nichterhaltung der abgeschlossenen Vertragsbedingungen durch die Firma in den Ausstand getreten sind, ist folgender Ullas in den Betrieben der Mitglieder des Metall-industriellenverbandes angeschlagen worden:

„Wegen der Unruhen der Sichererarbeiten sind erneute Aus-sperrungen zu befürchten. In diesem Falle werden nur die Mit-glieder derjenigen Arbeiterverbände ausgesperrt, welche den Streik veranlassen. Die Nichtorganisierten erhalten, falls wir sie nicht weiter beschäftigen können, 15 Mark und für jedes Kind 1 Mark Unterzahlung. Der Betrieb wird auf jeden Fall aufrecht er-halten.“

Die Metallarbeiter Dresdens sind entschlossen, den Kampf auf-zunehmen, wenn es zum äußersten kommen sollte. Auf keinen Fall wird es gelingen, die Sichererarbeiten einzuschüchtern.

Schlechte Erfahrungen machte die Firma Eschbach in Dresden mit den Arbeitswilligen. Zwei von ihnen, die organisierte Arbeiter verdrängt hatten, wurden wegen Diebstahls verhaftet. Sie hatten Kupferblech im Werte von 300 Mark in der Fabrik ge-stohlen.

Ausland.

Lohnkämpfe in der Schweiz. Die Schreiner in St. Gallen haben nach zehnwöchigem Kampfe einen Tarifvertrag mit der 9 1/2-stündigen Arbeitszeit abgeschlossen, während die Schreinermeister ge-schworen hatten, „niemals“ vom Jehnstundentag abzuweichen. — Für die Brauer ist über das ganze Gebiet der Schweiz die Sperre verhängt, weil der Verband der Brauereien den Forderungen der Arbeiter nicht entgegenkommen will.

Von der schweizerischen Metallarbeiterbewegung. Die Schweizer Metallarbeiter-Zeitung, das Organ der schweizerischen Metallarbeiter-verbände, erscheint gegenwärtig in einer Auflage von 18 000 Exemplaren. Während sie bisher deutsch und französisch geführt war, wird von nun an ein besonderes Organ in französischer Sprache herausgegeben. Die schweizerische Metallarbeiterbewegung marschirt mit riesigen Schritten vorwärts.

Die Bäckergesellen in Madrid sind in den Allgemeinen Aus-stand getreten.

Die Reichstags-Wahl in Hannover.

Die Genossen und Wähler des 8. hannoverschen Wahl-kreises haben am gestrigen Tage das Andenken des unter-geliebten Heinrich Meister in würdiger Weise geehrt, indem sie dem Kandidaten unserer Partei, dem Genossen August Brey, zum Siege verhelfen!

Zu einem Siege, dessen Bedeutung um so höher zu be-werten ist, als die bürgerlichen Parteien sich in jähmachvollster und schäblichster Weise der Hilfe des berückichtigten Reichs-verbandes bedienten, um unsere Partei in eine Stichwahl zu bringen. Doch alle diese Praktiken haben nichts genutzt; Hannover sendet wie seit 24 Jahren auch in Zukunft nur einen Sozialdemokraten in den deutschen Reichstag!

Wie uns ein Privattelegramm meldet, erhielt unser Genosse Brey 31 886 Stimmen, der Nationalliberale Fink 16 978, der Welfe v. Dannenberg 10 857, der Zentrums-kandidat Erzberger 2415 und der Bündler Dolgrefe 170 Stimmen.

Wir haben gegen die Wahl im Jahre 1903 einen Zu-wachs von 2505 Stimmen erreicht, ein Resultat, das die Partei mit stolzer Freude erfüllen kann.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein schwerer Sünden.

Mannheim, 22. Juni. (B. G.) Gegen den Lokalredakteur der „Vollstimme“ Emil Raler ist Voruntersuchung wegen Vergehens gegen § 131 Strafgesetzbuch (Verächtlichmachung von Staats-einrichtungen) eingeleitet worden. Es handelt sich um einen Artikel über die Zustände auf dem Hagenauer Schießplatze.

Generalstreik.

Szatmar, 22. Juni. (B. G.) Auf Befehl der Budapest sozial-istischen Parteileitung ist hier ein Generalstreik sämtlicher Arbeits-bräuen ausgebrochen.

Krieg im Frieden.

Reithaus, 22. Juni. (B. T. B.) Heute früh, in der achten Stunde, entlud sich auf bisher noch unaufgeregter Weise, vor Be-ginn des Schießens ein Geschütz der 1. Batterie des 4. Feldartillerie-Regiments Nr. 48 in der Sammelstellung. Durch Sprengteile wurde ein Fahrer schwer verletzt und starb bald darauf. Außerdem wurde das danebenstehende Geschützfeld so beschädigt, daß es ge-tötet werden mußte.

Aus der Partei.

Eine Infamie.

Die „Einigkeit“, das Organ der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“, leistet sich wieder einmal eine „Sensation“.

Aus einem angeblichen umfangreichen Protokoll der letzten Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände reißt sie einige Stücke heraus, um den Parteigenossen zu demütigen.

Wegen die sachlichen und persönlichen Gegensätze zwischen den sogenannten Sozialisten, die die „Einigkeit“ vertritt, und den Zentralorganisierten auch noch so groß sein und noch so scharf ausgetragen werden.

Ueber die Sache genügt ein Wort: die „Einigkeit“ will aus dem, was der Genosse Silber Schmidt über eine angebliche Rede des Genossen Bebel auf einer privaten Konferenz wiedergibt, beweisen, daß Bebel und durch ihn der Parteivorstand im Februar 1906 über den Generalkongress widerrufen, was sie in Jena im September 1906 bekräftigt haben.

In der Angelegenheit Emmel-Mühlhausen i. G., die schon wiederholt unsere Parteitage beschäftigte, die aber von der Mühlhauser Parteiorganisation noch nicht als erledigt betrachtet wurde, hat unter dem Vorsitz des Genossen Gerich in Mühlhausen eine Besprechung stattgefunden.

Die Mühlhauser Parteigenossen erkennen an, daß Handlungen, die der Genosse Emmel gegen den ausdrücklichen Beschluß der Parteileitung unternommen hat, den Tadel rechtfertigen, den die Kontrollkommission auf Parteitagen gegen Genossen Emmel ausgesprochen hat.

Die Kontrollkommission ihrerseits erklärt, daß bei der einwandfreien Tätigkeit, die Genosse Emmel gegenwärtig im Interesse der Partei entfaltet, diese Vorgänge als erledigt zu betrachten sind und für die Partei keinen Grund mehr abgeben können, dem Genossen Emmel die Vertrauenswürdigkeit abzuspüren.

Der Fall Braun in der Parteipresse.

Eine ganze Reihe von Parteiblättern hat bis jetzt zur Meerfahrt der Genossin Lily Braun das Wort genommen und, mit zwei Ausnahmen, die Beteiligung verurteilt, teilweise, nachdem die „Wichtigstellung“ des Genossen Heinrich Braun bereits zur Kenntnis genommen war.

Die Leipziger Volkszeitung: „An sich steht diese Wierlei auf derselben Höhe, wie die „Studienfahrt“, die im vorigen Jahre einige bürgerliche Parlamentarier ebenfalls auf Kosten der genannten Privatgesellschaft in die deutschen Kolonien machten.“

Die Schwäbische Tagwacht: „Solweit der „Vorwärts“. Wir stimmen der Anschauung durchaus zu, daß sozialdemokratische Journalisten bei einem derartigen Arrangement nichts zu suchen haben.“

Preis Presse (Eberfeld-Varmen): „... Daß solche Eh- und Trinkgelage reinweg gar keinen Einfluß haben können auf den Gang der Entwicklung zweier Völker zueinander, weiß vor allen Dingen ein Sozialdemokrat.“

ihres Schützlings Dr. Heinrich Braun bereits warm angenommen. Warum geht Herr Dr. Heinrich Braun nicht dahin, wohin ihn seine Anschauung über das Wesen der gesellschaftlichen Entwidlung immer wieder zieht?

Sächsisches Arbeiterzeitung: „Für die Beteiligung eines Sozialdemokraten an dieser Festlichkeit kann man nicht einmal die Gründe geltend machen, die sonst für Teilnahme an Kongressen bürgerlicher Sozialpolitiker vorgebracht worden sind.“

Volksfreund (Draunschwitz), anschließend an die Notiz des „Vorwärts“: „... Das ist auch unsere Meinung, und alle Rechtserwartungen, die Dr. H. Braun in einem und heute morgen ausgedienten Schriftstück unternimmt, in dem er gleichzeitig, in ähnlicher Weise wie seinerzeit in Dresden, einzelne Reichstagsabgeordnete anzurempeln versucht, können und nicht irren machen.“

Volkszeitung (Düsseldorf): „In einer Zuschrift an die Parteipresse weist Genosse Heinrich Braun darauf hin, daß die Einladung des englischen Professorens auch von Parteigenossen wie Keir Hardie u. a. unterzeichnet sei.“

Volksblatt (Gosha): „Eine Anzahl deutscher Redakteure unternimmt, einer Einladung aus England folgend, eine Reise nach England. Die sozialdemokratische Presse hat aus guten Gründen die Einladung abgelehnt.“

Die Frankfurter Volksstimme hat sich auf Auszüge aus den Auslassungen des „Vorwärts“ und Heinrich Brauns beschränkt und eine eigene Äußerung unterlassen.

Das Leipziger Volksblatt für Halle brachte folgende Notiz: Genosse Dr. Heinrich Braun protestiert in schärfster Weise in einer an die Parteipresse gerichteten Zuschrift gegen die Art und Weise, wie der „Vorwärts“ die Tatsache ausschaltet, daß Frau Lily Braun an der Journalistenfahrt nach England teilgenommen hat.

Zum Schluß wollen wir noch die Äußerung eines Blattes verzeichnen, das kein sozialdemokratisches ist, dem aber einst Heinrich Braun sehr nahe stand. Die Äußerung bezieht sich auch nicht auf den Fall Braun, sondern auf die Redakteurfahrt an sich und lautet:

„In dieser Woche sind Herausgeber und Redakteure deutscher Zeitungen und Zeitschriften in England die Gäste eines britischen Freundschaftskomitees. Auf einer gedruckten Liste, die verhandelt und im „Anglo-German Courier“ veröffentlicht worden ist, fand ich unter denen, die die Einladung angenommen haben, auch mich genannt.“

So schreibt Herr — Maximilian Harden in der „Zukunft“. Es kann uns gleichgültig sein, ob die Stellung, in der der Herr sich hier dem Publikum zeigt, Pöbe ist oder nicht.

Totenliste. In Konstanz starb Genosse Hans Arnold; ein Veteran der babilonischen Bewegung. Der Karlsruher Volksfreund sagt zu der Trauerkunde: „Got er auch in den letzten Jahren nicht mehr aktiv am Parteileben teilgenommen, so hat er doch in den Zeiten, in welchen jede treue Seele mit Gold aufgewogen werden mußte, sein Bestes gegeben im Interesse der Partei.“

Personalien. Für den Regierungsbezirk Magdeburg wird zum 1. Oktober ein Parteisekretär gesucht. Er muß rednerische Befähigung besitzen und familiäre Verhältnisse für die zum Regierungsbezirk Magdeburg gehörenden Landkreise erledigen.

Der nächste Parteitag der italienischen Sozialdemokratie. Rom, den 10. Juni. (Fig. Ver.) In seiner heutigen Sitzung hat der Parteivorstand einen Antrag von 110 Parteifunktionen, die über 5000 Mitglieder repräsentieren, zur Kenntnis genommen.

Ueber die Tagesordnung des Parteitages und die betreffenden Referenten setzte der Parteivorstand fest, daß nach den üblichen Berichten des Parteivorstandes, der Parlamentsfraktion und des „Avanti“ folgende Referate gehalten werden:

Die politische Haltung der Partei. Referenten: Vabriola (Synthetist), Morgari (Zentrum) und Modigliani (Reformist).

Beziehung der Partei zu den Gewerkschaften. Rocchi (Synthetist) und Cabrini (Reformist).

Beziehung der Partei zu der Parlamentsfraktion. Leone (Synthetist), Rigola (Zentrum).

Beziehung der Partei zur sozialistischen Presse. Ciccotti (unbestimmte Richtung).

Antimilitarismus. Romualdi (Zentrum).

Allgemeines Stimrecht. Ventini (Reformist).

Der Schwerpunkt wird auch bei diesem Kongress, wie bei den vorigen, in der Frage der Tendenzen liegen, die in den ersten drei Punkten der Tagesordnung tendenz aufeinanderberufen müssen.

Lichtbildvorträge über das Rom der Antike und der Renaissance. Genosse Theodor v. Wächter, der seit einigen Jahren in Rom als Sprachlehrer lebt, möchte seine Romstudien dazu verwerten, in populären Vorträgen mit Lichtbildern als die Schönheitschätze des Roms der klassischen Antike und der Renaissance auch solchen nahe zu bringen, denen keine eigene Romfahrt möglich ist.

Soziales.

Wer Alkohol bekämpft, wird seines Amtes entsetzt!

Das ist der Inhalt der ungeheuerlichen Verfügung, die gestern abend dem Vorstande der Krankenkasse zu Weihenstephan bei Berlin seitens des Dr. Pape zugegangen ist.

In der Sitzung vom 20. dieses Monats hat der Vorstand beschlossen, unserer Verfügung vom 13. dieses Monats, worin eingehender Begründung die beantragte Genehmigung zur Beschaffung von 1000 Exemplaren der Broschüre „Alkohol und Gesundheit“ versagt wurde, entgegenzutreten und 500 Exemplare der Broschüre anzukaufen.

Unseren Lesern ist bekannt, daß im Gegensatz zu der Auffassung des Gemeindefürsors Dr. Pape die bayerische Regierung und eine Anzahl Behörden und Gerichte, so das Landgericht in Vielesfeld, das Oberlandesgericht in Hamburg usw. entschieden haben, daß es das Recht und die Pflicht der Krankenkassenverbände ist, derartige Broschüren auf Kosten der Kasse zu verbreiten.

Unseren Lesern ist bekannt, daß im Gegensatz zu der Auffassung des Gemeindefürsors Dr. Pape die bayerische Regierung und eine Anzahl Behörden und Gerichte, so das Landgericht in Vielesfeld, das Oberlandesgericht in Hamburg usw. entschieden haben, daß es das Recht und die Pflicht der Krankenkassenverbände ist, derartige Broschüren auf Kosten der Kasse zu verbreiten.

Unseren Lesern ist bekannt, daß im Gegensatz zu der Auffassung des Gemeindefürsors Dr. Pape die bayerische Regierung und eine Anzahl Behörden und Gerichte, so das Landgericht in Vielesfeld, das Oberlandesgericht in Hamburg usw. entschieden haben, daß es das Recht und die Pflicht der Krankenkassenverbände ist, derartige Broschüren auf Kosten der Kasse zu verbreiten.

Unseren Lesern ist bekannt, daß im Gegensatz zu der Auffassung des Gemeindefürsors Dr. Pape die bayerische Regierung und eine Anzahl Behörden und Gerichte, so das Landgericht in Vielesfeld, das Oberlandesgericht in Hamburg usw. entschieden haben, daß es das Recht und die Pflicht der Krankenkassenverbände ist, derartige Broschüren auf Kosten der Kasse zu verbreiten.

Wahlfahrtsplage en gros!

Ein private Vereins-„Versicherungsplan“ für Arbeiter und Angestellte sowie für deren Hinterbliebene wird im großen Umfang über ganz Deutschland von deutschen Kapitalisten geplant, und zwar in erster Linie für die großindustriellen Unternehmen in Rheinland-Westfalen und Lothringen.

Bürgermeister Max Düsselhof, Kommerzienrat Theodor von Gaußmann, Kommerzienrat L. Fagen-Röll, Geh. Kommerzienrat A. Rüdiger-Nachen, Geh. Kommerzienrat H. Lueg-Düsselhof, Landrat a. D. Rüdiger, Vorsitzender des Direktoriums der Aktien-Gesellschaft Fr. Krupp, Essen, Hugo Stinnes und August Thyssen, Wülheim a. d. R.

Als die Rüdiger, Stinnes, Thyssen und Konsorten finden sich zu einer sozialpolitischen Großtat zusammen. Die grundlegende Versammlung hat bereits am 19. März im Ständehaus zu Düsseldorf stattgefunden. In einer weiteren Sitzung am 10. Mai wurden die Satzungen festgelegt. Die definitive Gründung der „Vereins-Versicherungsbank“ soll aber erst erfolgen, wenn man 3 Millionen Aktienkapital zusammen hat, was man allerdings leicht zusammen zu bekommen hofft.

Gegenstand des Unternehmens ist: die Lebens-, Pensions-, Alters-, Witwen-, Waisen-, Aussteuer-, Militär-, und ähnliche Versicherungen; gleichviel ob auf Kapital oder Renten. Insbesondere sollen derartige Versicherungen für die minderbemittelten Klassen und den Mittelstand des deutschen Volkes zur Durchführung gelangen. Das Unternehmen ist ein gemeinnütziges. Deshalb bleiben Aktionäre auf den Bezug einer Höchstdividende von 4 Proz. des eingezahlten Kapitals beschränkt. Die Dauer der Gesellschaft ist nicht auf eine bestimmte Zeit beschränkt.

Das eingezahlte Grundkapital der Gesellschaft besteht aus drei Millionen Mark, eingeteilt in 3000 auf den Namen ausgestellte Aktien zu je 1000 Mark, deren Einzahlung in vier Teilbeträgen erfolgen soll, und zwar je 250 000 M. am 1. Oktober dieses Jahres, am 2. Januar, 1. April und 1. Juli 1907.

Für die Verwendung des Reingewinnes gilt, abgesehen von den gesetzlichen Bestimmungen, folgendes: 1. Zunächst sind 5 Proz. des Reingewinnes zum gesetzlichen Reservefonds bis zur Höhe von 10 Proz. des Grundkapitals zurückzulegen. 2. Sodann ist ein auf Vorschlag des Aufsichtsrates von der Generalversammlung festzusetzender Betrag außerordentlichen Reserven zu überweisen. 3. Darauf erhalten die Aktionäre eine Dividende von 4 Proz. des Grundkapitals. Sollte in einem Jahre eine Dividende von 4 Proz. nicht zur Verteilung gelangen, so ist das Fehlende aus den Ueberschüssen der nächsten Jahre zu ersetzen. Die Zahlung der Rückstände geschieht ohne Berechnung der Vorzugszinsen auf den Dividendenchein des zuletzt abgelaufenen Geschäftsjahres. Hierauf werden die verbleibenden Beträge zugewiesen. 4. Die Zahlung der Rückstände geschieht ohne Berechnung der Vorzugszinsen auf den Dividendenchein des zuletzt abgelaufenen Geschäftsjahres. Hierauf werden die verbleibenden Beträge zugewiesen. 5. Hierauf erfolgen diejenigen Zahlungen, welche unter der Uebergangsbestimmung des § 88 aufgeführt sind. 6. Vom verbleibenden Betrag erhalten 90 Proz. die Versicherer zur Grundlegung der Prämien oder Heraussetzung der Versicherungssummen. 7. Der Rest steht zur Verfügung der Generalversammlung, in erster Linie zur weiteren Stärkung der Reserven.

Ein Hauptbeweggrund für die Schaffung des neuen Unternehmens war die Ueberzeugung, daß die Pensionsversicherung für Beamte und Arbeiter industrieller Werke und kaufmännischer Betriebe, bei dem starken Wunsch zahlreicher Arbeitgeber nach brauchbaren Einrichtungen dieser Art, zur Entfaltung gebracht werden kann, wenn eine bedeutende Anzahl größerer Firmen selbst sich mit Aktienbesitz an einem solchen Institut beteiligt. Die Aktienform ist dann nicht die Erwerbsform, sondern die Form, um den als Aktionäre zur Mitwirkung berufenen Werken einen Einfluß auf die Versicherungsanstalt zu gewähren und damit die Versicherungseinrichtungen der Anstalt zu eigenen Einrichtungen der Werke und Einrichtungen ihrer Angestellten und Arbeiter zu machen. Die Aktionäre haben in diesem Falle nicht das Interesse an einer hohen Dividende, sondern vielmehr das Interesse, den Versicherungsbetrieb mit einer möglichst niedrigen Aktiendividende zu betreiben.

Durch eine derartige Regelung wird erreicht, daß der Vorteil einer eigenen Pensionskasse, der Einfluß auf ihre Verwaltung, vereinigt wird mit den Vorteilen des Anschlusses an eine Versicherungsanstalt; die Garantie und der umständliche Geschäftsverkehr mit der Aufsichtsbehörde werden auf die Versicherungsgesellschaft übertragen.

Ein weiterer Beweggrund für die Gründung des neuen Unternehmens war die Notwendigkeit, die Volksversicherung zu reformieren. Die Volksversicherung ist bekanntlich, abgesehen von dem regelmäßigen Wegfall der ärztlichen Untersuchung und der Festsetzung häufiger Prämienzahlungstermine, im wesentlichen nichts anderes als eine Lebensversicherung über eine kleine Summe, durchschnittlich 200 Mark. Die Volksversicherung besitzt in viel höherem Grade, als allgemein bekannt ist, die Fähigkeit im Organismus einer Nation die Funktion der Kapitalbildung zu übernehmen.

Das sind die Kernpunkte der Sozialpolitik der Scharfmacher. Die übrigen Lappen, mit denen das großkapitalistische Unternehmertum seinen sauberen Plan drapiert, wollen wir unseren Lesern schenken. Die bürgerliche Presse hat die Gründung eine „bemerkenswerte“ genannt und damit war ihre Kritik erschöpft. Bemerkenswert ist das Unternehmen in der Tat, und zwar nach mehreren Seiten.

Schon die Tatsache, daß sich für diese Gründung eine ganze Anzahl notorischer Scharfmacher erwärmen, muß und mußte staunen machen. Die Gründer preisen ihr edles Herz; das Unternehmertum will nichts verdienen. Wir glauben schon, daß der direkte Aktiengewinn ihnen weniger am Herzen liegt, obwohl auch nach der Rechnung, die sie aufmachen, ein ganz hübscher und sicherer Gewinn für sie heraus springt. Die Volksversicherung besitzt die Fähigkeit, im Organismus einer Nation die Funktion der Kapitalbildung zu übernehmen. Die Versicherung gilt den Herren als eine Art Zwangsparafise, und die „Ersparnisse“, die in ihr zusammenfließen, sollen im kapitalistischen Dienste verwendet werden. Der zwangsweise einbehaltene Arbeitslohn soll zu einem Mittel erneuter kapitalistischer Produktion und damit erneuter Ausbeutung werden.

In der Verwaltung der gegenwärtigen Wohlfahrts-Einrichtungen hatten auch die Arbeiterausschüsse, soweit solche bestanden, ein Wort mitzureden. Das ist bei dem neuen Plan vollständig ausgeschlossen. Nach ihm herrscht unumwunden das Herrenmentum der rheinisch-westfälischen Großindustrie. Man „verwaltet“ der Arbeiter fauer verdienten Geld, aber zu sagen haben sie nichts.

Den heutigen Betriebsklassen stehen die Arbeiter durchaus mißtrauisch gegenüber. Verlassen sie aus irgend einem Grunde die Arbeitsstelle, so sind die eingezahlten Beiträge verloren. Bei dem neuen Plan kann das teilweise anders werden, vielleicht aber auch nicht, da ja der Arbeiter durch Vermittlung des Werkes, auf dem er arbeitet, an der „Volksversicherung“ teil nimmt.

Auf alle Fälle aber gewinnen die Unternehmer eine Zentralstelle, wo der Arbeitswechsel aller Betriebe zusammenfließt und gemeinlich wird mit dem denkbar vollständigsten Personal. Die schwarzen Listen werden also überflüssig werden, weil in der Registratur der „Volksversicherung“, die die rheinisch-westfälischen Werke als Aktieninhaber beherrschen, die Registratur selbständig als schwarze Liste funktioniert. In der Tat, eine „bemerkenswerte“ Gründung und jedenfalls eine „originelle“ Methode, die verbrecherische Scharfmacherphantasie erkennen, und die die bürgerliche Presse als edelmütige Philantropie verheimlichen wird! War zu fabelhaft sind die sozialpolitischen Wankelheiten, in denen hier Scharfmacherpläne eingewickelt sind.

Genießen Mitglieder der königlichen Kapelle das Feuerliche Beamtenprivileg?

Der Kammermusiker Throniker zu Berlin wollte nur mit der Hälfte seines Dienstverdienstes zur Gemeinde-Einkommensteuer herangezogen werden. Er führte deshalb einen Rechtsstreit mit dem Berliner Magistrat, indem er geltend machte, es müsse ihm das Beamtenprivilegium zugute kommen. Der Bezirksausschuß wies jedoch die Klage ab, der Mitglied der königlichen Kapelle ist, mit folgender Begründung ab: Bei Beurteilung der Frage, ob dem Kläger das Steuerprivilegium der Beamten zuzute, kommt es darauf an, ob er Funktionen wahrzunehmen habe, die den Inhalt eines öffentlichen Amtes darstellen. Dies sei nicht der Fall. — Das Oberverwaltungsgericht hob jedoch am 22. Juni das Urteil auf und verwies die Sache an den Bezirksausschuß zurück. Das Oberverwaltungsgericht ist anderer Meinung wie der Bezirksausschuß, indem es für entscheidend hält, ob der Kammermusiker

als Hofbeamter habe angestellt werden sollen. Nicht die Funktionen seien das ausschlaggebende. Die entsprechenden Feststellungen im Sinne der Auffassung des Oberverwaltungsgerichts soll jetzt der Bezirksausschuß vornehmen.

Wie der Staat bessert!

Ein Opfer der „Besserungseinrichtungen“ des heutigen Staates stand am Donnerstag vor den Geschworenen in Chemnitz. Der Schuhmacher Auerbach, ein vierzigjähriger Mann, hatte sich wegen Brandstiftung zu verantworten. Er hatte in der Bergwerkstraße eine Laubstube auf freiem Felde angezündet. Dessen war er geständig. „Das Schankstättenverbot und das Arbeitshaus sind schuld an meinem Unglück!“ so sagte er. Er hatte Strafen besonders wegen Bettelns erlitten. Das letztmal steckte man ihn im Anstalt an die Strafe in das Arbeitshaus Sachsenburg. Als er wiederkam, wollte seine Familie nichts mehr von ihm wissen. Er wurde in die Familiengemeinschaft nicht wieder aufgenommen. Das hatte ihm schon der Gemeindevorstand gesagt und hinzugefügt, es gäbe Mord und Totschlag, wenn er komme; auch habe sich seine Ehefrau mit dem Leutnant „verlobt“. So schrak sich aus seinem Elend aufzuraffen, packte ihn ohnmächtige Wut: er ging zur Scheune und brannte sie nieder. „Ich muß etwas tun, um nach Waldheim (Zuchthaus) zu kommen“, hatte er kurz zuvor zu einem Bekannten gesagt. So weit kam es noch nicht. Die Geschworenen billigten dem Manne mildernde Umstände zu und das Gericht mußte infolge dessen auf Gefängnisstrafe erkennen. Zwei Jahre sechs Monate hat er nun in dieser „Besserungs“-Anstalt Zeit, einen neuen Menschen sich zuzulegen. Und wenn er da herauskommt, werden wiederum die Verhältnisse härter sein wie er, der in einer Trinkeranstalt besser untergebracht wäre, und dann — — — ja dann kommt die letzte „Besserungs“-Anstalt, das Zuchthaus, da kann er sein Leben, das nichts wert ist, gelebt zu werden, beschließen. Schankstättenverbot—Arbeitshaus—Gefängnis—Zuchthaus! Darin brüht sich die Dymnastie der heutigen Gesellschaft aus.

Aus Industrie und Handel.

Ewige Rente.

Eine Gründung, die nichts besonders Absonderliches an sich hat, aber doch sinnenfällig den Widerstand der „göttlichen Weltordnung“ offenbart, ist die der Hohenlohe-Werke A.-G. Die früher dem Fürsten Christian Kraft zu Hohenlohe-Dehringen gehörenden industriellen Anlagen als Kohlen- und Zinnbergwerke, Güttenbetriebe usw., sind am 3. Mai 1905 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Der Wert der Anlagen war auf rund 97 Millionen Mark berechnet worden. Der Fürst erhielt 44 Millionen Bar und für sich und seine Erben die Garantie einer jährlich zahlbaren ewigen Rente von drei Millionen Mark. Diese ewige Rente läßt die Göttheit unserer Gesellschaftsordnung recht kraß sich offenbaren. Die Vorbesitzer der Anlagen, die Fürsten-Rehrwertschüler sind an dem Wachsen und an der Wertsteigerung des Unternehmens mindestens ebenso unschuldig, wie der verstorbenen Kanonenkönig Krupp und die jetzt residierende junge Kanonenkönigin Verta Krupp an der märchenhaften Entwidlung und Wertsteigerung der Kruppwerke. Das „Verdienst“ der Besitzer besteht darin, daß sie von dem Arbeitsertrage der Lohnslaven so viel für sich in Anspruch nehmen, daß sie bei dem besten Willen, bei märchenhafter Kraftentfaltung und Verschwendung nicht in der Lage waren, den Gewinn aufzubringen. Sie konnten alljährlich neue Millionen in das Unternehmen hineinstecken und damit den Profit fortgesetzt steigern. Mühen nun dem Fürstengeschlecht in seiner Erbfolge Idioten und Taugenichtse erwachsen, die der menschlichen Gesellschaft nicht nur nichts nützen, sondern schädlich sind, nach Recht und Gesetz in der „göttlichen“ Weltordnung haben sie einen ewigen Anspruch auf eine Jahresrente von 3 Millionen Mark aus dem Arbeitsertrage der Lohnslaven. Die neue Gesellschaft hat sich das Recht vorbehalten, die Rente eventuell abzuhafen. Wollte sie heute die Ablösung vollziehen, so wären an den Vorbesitzer noch 60 Millionen Mark zu zahlen.

Bei der Gründung wurden 40 Millionen Mark Aktien zu einem Kurs von 110 Proz. ausgegeben. Neun Millionen Mark nominell Aktienkapital sind nun von den beteiligten Banken emittiert worden. Dabei machen die Schuldner ein feines Geschäft, 5 Millionen Mark bringen sie zu einem Kurse von 100 Proz. an die Börse.

Kohlenyndikat — Marktregulator.

Angeblieh muß das Kohlenyndikat in verstärkter Maße englische Kohlen beziehen, um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können. Trotzdem hat man nicht die ganze Beteiligung freigegeben, sondern nur 95 Proz. Hinter dieser Unstimmigkeit verbergen sich die Skabalen um die Beteiligungsziffer. Damit im Zusammenhang steht auch der Beschluß, Arbeitermangel als höhere Gewalt anzusprechen.

Ueber Kraftgewinnung im Berg- und Hüttenwesen hielt bei der diesjährigen Tagung des Vereins deutscher Ingenieure Dr. Hoffmann in Bochum einen Vortrag, der zwar in erster Linie die technische Seite der Frage berücksichtigte, aber indirekt auch den Grund für die vielen Kombinationen und Fusionen im Montanergewerbe aufwies. Hoffmann führte zunächst aus, daß der Bedarf an motorischer Kraft im Bergbau und Hüttenwesen fast ganz aus den Abgasen und Wichtgasen gedeckt werden könne. Damit ist ein Fingerzeig gegeben, wie die Gießungskosten merklich herabgemindert werden können. Nun kommen Werke vor, deren Abgase anreichern, den eigenen Kraftbedarf zu decken. Es kommen aber andererseits auch wieder Anlagen in Frage, die viel Abgase erzeugen, ohne viel Kraft zu brauchen, oder Anlagen, die viel Kraft beanspruchen, aber wenig Abgase gewinnen. Da heißt es nun ausgleichen, kombinieren, unter Umständen auch fusionieren. Auf dem Ueberschuß an Kraftzeugung beruht auch die Abgabe elektrischen Stroms an Gemeinden und Städte. So haben die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft, die Gesellschaft Hibernia, die Zeche Rheinpreußen u. a. ihre Schächte durch Kabel verbunden und können Strom an Gemeinden und Städte abgeben. Die Hibernia-zeche liefert den Strom für das Elektrizitätswerk Westfalen, die Zeche Rheinpreußen schickt auf 20 Kilometer Entfernung nach Arefeld Strom. So werden die Abgase und Wichtgase, die früher unvertwert in die Luft gingen, jetzt in einer die Produktion wesentlich verbilligenden Weise systematisch ausgenutzt.

Wagenstellung im Ruhrrevier. Die „Mh.-Wesf. Ztg.“ schrieb dieser Tage:

„Die arbeitstäglige Stellungsziffer beläuft sich für die Zeit vom 1.—15. cr. im Durchschnitt auf nur 19861 D.-B. gegen 21051 D.-B. im Monat Mai, sie ist also um nicht weniger als arbeitstäglige 1190 D.-B. gegen den Vormonat zurückgeblieben! Grund hierzu haben zunächst die vielen Feiertage gegeben, die manche Vergleiche zu einer oft längeren Reise in ihre Heimat veranlassen haben. Weiter trägt hieran der andauernde Arbeitermangel Schuld, dessen Beseitigung noch nicht abzusehen ist.“

Nach den letzten Ausstellungen hat Minderrückgang ein Weniger der benötigten Wagen bedingt, nicht aber hat die Wagenstellung die Förderung beeinträchtigt. Tatsächlich ist in der genannten Zeit gegenüber der Parallellzeit des Vorjahres der Bestand gestiegen. Es wurden gestellt 293 514 Wagen oder 6 Proz. mehr als in der Zeit vom 1.—15. Juni 1905.

Zum Fleischskandal. Im Milwaukee „Socialdemokrat Herald“ veröffentlicht Upton Sinclair, der Verfasser des bekannten Buches „The Jungle“ („Der Sumpf“), einen Artikel, in welchem er u. a. auch schildert, wie die Fleischbarone sich bemühen, die Veröffentlichung der Robelle in Form einer Robelle hat bekanntlich Sinclair die Geheimnisse der Schlachthäuser von Chicago geschildert und zuerst in sozialistischen Zeitungen veröffentlicht zu verzeihen. Man suchte ihn zu bestechen und sicherlich wäre es den Fleischgewaltigen auf einige hunderttausend Dollar nicht angekommen, denn der Beef-Trust herausgab buchstäblich Millionen, um unliebsame Tatsachen totzuschweigen. Als alle Versprechungen den gewünschten Zweck

verfehlten, wurden Einschüchterungsversuche angewandt, die auch auf den Verleger und die betreffenden Zeitungen ausgedehnt wurden. Die Untersuchungen, welche die Regierungskommission vorgenommen hat, haben die Angaben Sinclairs vollständig bestätigt; der in den Schlachthäusern des Beef-Trust herrschende Schematismus ist elektrisierend und die Fäulnisfähigkeit und Gewissenlosigkeit, mit der bei der Verarbeitung von Fleisch verfahren wird, haben einen geradezu verberberischen Grad erreicht. Die Veröffentlichung dieses Berichtes fürchten die Fleischmagnaten und sie setzen alles in Bewegung, sie zu verhindern, sie haben deswegen auch jede Opposition gegen die nunmehr bereits vom Senate angenommene Fleischbill aufgegeben. Als der Senator Beveridge die Bill einbrachte, verhielten sich die zahlreichen Freunde des Beef-Trust mühsamstill, sie stellten nicht einmal irgend eine Frage, um keine Diskussion über diese heißen Dinge aufkommen zu lassen. Das Gesetz, das eine ständige Beaufsichtigung der Schlachthäuser durch Regierungsinpektoren vorsieht, ging also glatt durch. Die Schlächter wissen ganz genau, daß sie eine solche Inspektion wenig zu fürchten haben; die schlechtbezahlten Inspektoren sind bestechlich, wo nicht, sind sie zu lächerlich. Sinclair fordert mit Entschiedenheit die Veröffentlichung des amtlichen Berichtes als das einzige Mittel, die Konsumenten aufzurütteln und mißtrauisch gegen die Produkte der Chicagoer Fleischindustrie zu machen. Zum Teil haben die Veröffentlichungen Sinclairs schon diesen Erfolg gehabt, denn wie dieser ebenfalls aus sicherer Quelle mitzuteilen weiß, ist der Absatz des Beef-Trust seit der Veröffentlichung seines Buches um zirka 40 Proz. zurückgegangen. Ob es aber gelingen wird, den Riesen-Trust, der einen großen Teil des wirtschaftlichen Lebens der Vereinigten Staaten polypenartig umspannt und der jährlich Millionen von Beschäftigten auswirft, um sich den Schatz der öffentlichen Gewalten zu sichern, dauernd niederzuringen und ihm das Monopol auf Fleischversorgung für fast die gesamte Bevölkerung zu entreißen, sieht noch sehr dahin.

Aus der Frauenbewegung.

Nicht ausbildungsfähig.

Eine große amerikanische Firma hat kürzlich ihre sämtlichen weiblichen Angestellten entlassen und ihr summarisches Verfahren damit begründet, daß die Frauen wohl bis zu einem gewissen Grade ausbildungsfähig seien, daß sie aber auf den höheren Stufen im Geschäftsleben sich untauglich erwiesen.

Dieser Vorgang und seine Begründung wurden als wichtig genug angesehen, um die Presse davon in Kenntnis zu setzen, damit die Leser, und speziell die Gegner der Frauenarbeit, sich daran erbauen.

Es ist aber ein schlechter Trost, den die letzteren aus dem Vorgange ziehen können. Man hat es hier mit einer vereinzelten Erscheinung zu tun, der vielleicht eine persönliche Schärfe des Chefs der Firma zugrunde liegen mag, denn die vielen Hunderte der Entlassenen konnten doch nicht sämtlich höhere Stellungen bekleidet haben. Es kam auch sein, daß eine Lohnbewegung unter den Angestellten im Gange war und die Firma sich mit einer Aussperrung unter der erwähnten Begründung rächen wollte. Die Frauenarbeit wird auch in Amerika weit schlechter bezahlt als die Männerarbeit, und die Unzufriedenheit darüber ist unter den Frauen in stetem Wachsen begriffen. Was die „höheren Stufen“ im Geschäftsleben anbetrifft, so hat es damit auch oft eine eigene Bewandnis. Da herrscht der raffinierte Schwandel, der mit jeder höheren Stufe an Gewissenlosigkeit zunimmt. In einem großen kapitalistischen Betriebe soll sich die Tüchtigkeit des Höhergestellten oft gerade darin zeigen, daß er oder sie die rückwärtslose Ausbeutung der Untergebenen recht gründlich versteht.

Wie immer es sich in diesem Falle verhalten mag, jedenfalls stehen der einen Massenentlassung weiblicher Angestellter Klassenanstellungen in großkapitalistischen Betrieben gegenüber. Vor einiger Zeit wurde aus New York berichtet, daß die großen Lebensversicherungsgesellschaften mit Vorliebe Frauen anstellen und ganze Scharen männlicher Angestellter entlassen, um Frauen an ihre Plätze zu stellen. Die Direktoren jener Gesellschaften erklären, Frauen seien „ebenso tüchtig, dabei ehrlicher und zuverlässiger in der Arbeit wie die Männer“, „sie spielen und trinken nicht“. In der Metropolitan-Lebensversicherungsgesellschaft sind unter 2500 Bureauangestellten 1700 weibliche. In der Mutual-Gesellschaft werden regelmäßig Frauen bei Reuanstellungen vorgezogen. Man mag einwenden, daß sie wahrheitslieblicher sind, aber das ist eine andere Frage und darum handelt es sich hier nicht, sondern um ihre Brauchbarkeit, um ihre angezeigten Fähigkeiten. Diese sind es, die ihre Verwendung begünstigt macht. Dieser Tatsache gegenüber kommt das eine schlechte Zeugnis, das unter besonderen Umständen zu stande gekommen sein mag, nicht in Betracht. Daß es so überraschend wirkt, beweist schon, daß man es hier mit einer vereinzelten Erscheinung zu tun hat, die der rechten Erklärung noch bedarf.

Gerichts-Zeitung.

Zwei Flugblattprozesse beschäftigten am Donnerstag das Kammergericht. Genosse Stolz und einige andere Parteigenossen waren vom Landgericht Naumburg als der zweiten Instanz zu Geldstrafen verurteilt worden, weil sie am Sonntag, den 14. Januar, in einigen Dörfern sozialdemokratische Flugblätter, die sie in der Tasche trugen, in der Weise verteilten, daß sie einer in ein Haus hineinging und ein Flugblatt hineinbrachte. Das wurde als öffentlich bemerkbare Arbeit angesehen, die durch die in allen Provinzen erlassenen Versammlungsverordnungen an Sonn- und Feiertagen verboten ist. Das Landgericht sagte in seinem Urteil unter anderem: „Wenn auch das Tragen der Flugblätter nicht als eine körperliche Anstrengung anzusehen sein mag, so stellt doch das Gehen von Haus zu Haus, das Öffnen jeder einzelnen Haustür, das Niederlegen je eines Exemplars der Flugblätter in den Häusern eine Arbeit dar. Diese Arbeit war, wie seiner Ausführung bedarf, eine öffentlich bemerkbare, da sie von jedem Vorübergehenden und von jedem am Fenster Befindlichen bemerkt werden konnte.“

Die Angeklagten legten Revision ein. Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht als ihr Vertreter wandte sich besonders gegen die Art, wie hier das Landgericht zur Annahme einer öffentlich bemerkbaren Arbeit gekommen ist, wobei es sich in mehrfacher Hinsicht in Widerspruch setzte mit der Judikatur des Kammergerichts. Der Anwalt berief sich auf mehrere der bekannten höchstinstanzlichen Entscheidungen, wo die Begriffe der „öffentlichen Bemerkbarkeit“ und der „Arbeit“ auseinandergerichtet sind und wo namentlich der der „Arbeit“ bestimmt wird dahin, daß nicht jede Beschäftigung eine Arbeit sei, sondern nur die, welche mit einer gewissen Anstrengung verbunden wäre und nicht lediglich des Vergnügens wegen unternommen werde.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück, indem er ausführte: Man könnte vielleicht annehmen, daß hier der Begriff der Arbeit allenfalls zur Rot erschöpft sei. Dies würde ganz sicher der Fall sein, wenn das Landgericht sagen würde: „Wenn auch das Tragen der Flugblätter nicht als körperliche Arbeit anzusehen sein mag, so stellt doch das Gehen von Haus zu Haus, das Öffnen jeder einzelnen Tür, das Niederlegen je eines Exemplars eine Anstrengung dar; usw. usw.“ Das Landgericht sage aber nicht „Anstrengung“, sondern „Arbeit“. Das genügt nicht. Auch sei in dem Urteil nicht deutlich gemacht, wie es sich mit dem Niederlegen der Flugblätter verhalte. Wenn es in den Häusern erfolgte, sei es nicht ohne weiteres öffentlich bemerkbar. Schon deshalb setze sich das Landgericht dem Verdacht aus, daß es den Begriff der öffentlich bemerkbaren Arbeit nicht ge-

nägend getüchtigt habe. So wäre die Zurückverweisung an das Landgericht erforderlich.

In dem zweiten Prozeß war Genosse Schulz von demselben Landgericht wegen deselben „Vergehens“ verurteilt worden. Das Landgericht hatte dabei ausgeführt, das Gehen von Haus zu Haus mit den Blättern sei eine öffentlich bemerkbare Arbeit auch dann, wenn Angeklagter die Flugblätter in den Taschen trug. Das Kammergericht hob auch in diesem Falle auf die von Rechtsanwält Dr. Karl Viehnecht vertretene Revision das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, weil hier ganz offenbar sei, daß das Landgericht die Feststellung einer gewissen Anstrengung, die zum Begriff der „Arbeit“ gehöre, überhaupt ganz außer acht gelassen habe.

In Flugblattprozessen fällt immer mehr die Willkürlichkeit auf, mit der einige Landgerichte das Vorhandensein einer Arbeit da „tatsächlich festzustellen“ geneigt sind, wo von einer Arbeit keine Rede sein kann. Die Annahme des Kammergerichts geht ja dahin, es könne nach dem Gesetz in „tatsächlichen Feststellungen“ keinen Rechtsirrtum erblicken, wenn auch die Feststellung den Befehlen der Logik und den Anschauungen des gesunden Menschenverstandes widerspricht. Diesen Erscheinungen gegenüber empfiehlt es sich vielleicht in ähnlichen Prozessen, Beweis dafür anzutreten, daß das Tragen von Flugblättern nicht mehr Anstrengung erfordert als das Tragen einer Bibel und daß das Gehen von Haus zu Haus zwecks Flugblattverbreitung ebensowenig anstrengend sei wie Kaffeebesuchen von Haus zu Haus oder Biertrinken von Kneipe zu Kneipe. Wird trotzdem hier oder da abermals so unrecht verurteilt, so erhält wenigstens, daß auch alle Kirchgänger, Kaffeegastwirte und Kneipenbesucher verurteilt werden müssen. Uebrigens können wir nur wiederholt gegenüber solch unberechtigten Anklagen und falschen Urteilen empfehlen, eine Klage auf Schadenersatz gegen Staatsanwalt und Richter anzustrengen. Es wäre in jedem Fall agitatorisch interessant, eine Ansicht eines Zivilisten des Reichsgerichts über den Begriff „Arbeit“ zu hören. Uebrigens hat dasselbe Kammergericht, das nach dem oben Mitgeteilten jetzt so geneigt ist, Anklagen zu Verurteilungen trotz aller Ausführungen des Kammergerichts durchaus straflos Flugblattverbreitungen zu erteilen, wiederholt bis ins vergangene Jahr hinein bei Aufhebungen verurteilender Erkenntnisse alle Kosten einschließlich der notwendigen Auslagen der Staatskasse anferlegt. Es hat ferner in einem Fall mit der Begründung abgelehnt, die Verteidigungskosten der Staatskasse aufzuliegen, weil der Angeklagte eines Verzeihens nicht bedürfte, vielmehr bei der ständigen freisprechenden Rechtsprechung des Kammergerichts auch annehmen konnte und mußte, daß auch ohne Verteidiger das Kammergericht freisprechen würde. Wenn das Kammergericht die gesetzliche Verpflichtung hatte, das Vertrauen in die Rechtsprechung vollends zu erschüttern, so könnte ihm das Zeugnis treuer Pflichterfüllung nicht versagt werden. Uns ist eine dahin gerichtete gesetzliche Vorschrift nicht bekannt.

Zusammenstoß mit Schulheuten.

Aus einer böllig unerheblichen Ursache (Nichtbrennen einer Laterne) entwickelte sich am Abend des 5. Oktober v. J. in der Ebersstraße in Schöneberg ein Konflikt mit der Polizei und eine Anklage gegen die Arbeiter Albert Knop, Albert Schulze und Dimitroff Handke wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und gegen den Schankwirt Josef Panfalla wegen Beleidigung. Der Schutzmann Krause schilderte den Vorgang wie folgt: Am Abend des 5. Oktober gegen 11 1/2 Uhr sah er in der Ebersstraße einen Möbelwagen stehen, an dem keine Laterne brannte und der auch nicht von einem Wagenführer besetzt zu sein schien. Schutzmann Krause nahm an, daß die zum Wagen gehörigen Diebstahlsleute in ein dortiges Schanklokal gegangen seien, er klopfte an die Jalouise und darauf erschienen ihm auch die ersten drei Angeklagten auf der Wilsstraße. Es entwickelte sich bald eine sehr ernste Szene zwischen Knop, als dem Führer des Wagens, und dem Schutzmann. Knop kam der Aufforderung des letzteren, seinen Namen zu nennen, nicht nach, sondern hielt die am Wagen sichtbare Firma für ausreichend, und als der Schutzmann ihm erklärte, daß er ihn zur Wache führen müsse und ihn am Arme anfaßte, soll Knop den Schutzmann, nach dessen Angaben, sofort mit der Faust ins Gesicht gestochen haben, so daß der Helm vom Kopfe flog. Bei dem nun entzündenden Zweikampfe wollte der Schutzmann blatt ziehen, erhielt aber von Knop, der von dem zweiten und dritten Angeklagten angeferret worden sein soll, einen so heftigen Stoß vor den Leib, daß ein inneres Blutgefäß platzte und ihm das Blut aus dem Munde kam. Nun wurde die Situation ernst. Der Schutzmann Krause behauptet, daß auch Schulze und Handke auf ihn eingedrungen seien, so daß er schließlich an die Wand des Hauses gedrängt und von dem ein Bildertobenden Knop aufs äußerste bedroht worden sei. Als er seinen Säbel gezogen hatte, hielt diesen Knop mit eisernem Griff fest und suchte ihn zu entreißen. Es entspann sich ein wütender Ringkampf um den Besitz des Säbels, wobei Knop wiederholt drohte, seinen Gegner zu erschlagen, sobald er den Säbel ihm entrißen haben würde. Er soll bei dem Kampfe den Schutzmann auch mehrfach mit dem Kopfe gegen die Wand gestoßen haben, so daß diesem schon „ganz dumm“ im Kopfe wurde. Da kam leutlicher plötzlicher Hilfe. Ein Augenzeuge war nach dem Polizeibureau gerannt und hatte dort die Mitteilung gemacht, daß ein Schutzmann in Gefahr sei. Infolgedessen eilte der Schutzmann Jarling, ein Hüne von Gestalt, herbei, zog ohne weiteres seinen Säbel und schlug, ohne erst noch irgend welche Fragen zu stellen, den Knop über den Kopf, so daß dieser blutüberströmt zu Boden stürzte. Dieses Vorgehen des Schutzmannes und der Anblick des blutenden Menschen regte die inzwischen angelaufene Menschenmenge auf und es wurden allerlei Bemerkungen über die Polizeibeamten gemacht. Auch der aus seinem Schanklokal herbeigekommene Angeklagte Panfalla soll solche Bemerkungen gemacht und gerufen haben: „Das sind schöne Polizeibeamte! Strohhalm-Schweinehund! Schlächter! Schlagt die Hunde doch tot!“ Er bestreitet dies und will im Gegenteil seine Wirtschaftlerin aufgefordert haben, zur Polizeiwache zu eilen und Hilfe für den bedrängten Schutzmann herbeizuschaffen. — Unterdessen war auch noch ein dritter Schutzmann erschienen, es gelang den dreien aber nicht, den Knop zu bewegen, nach der Wache mitzugehen. Schulze und Handke sollen ihm zugerufen haben: „Beh dich nicht mit! Du bist schön dumm!“ Darauf widersetzte sich denn auch Knop seiner Abführung und warf sich schließlich zur Erde, so daß den Schulheuten nichts übrig blieb, als ihn auf seinen Möbelwagen zu laden und zur Wache zu fahren. Das Schöffengericht hatte seinerzeit wegen dieser Vorgänge den Angeklagten Knop zu drei Monaten Gefängnis und 10 M. Geldstrafe, Schulze und Handke zu je vier Wochen Gefängnis und Panfalla wegen Beleidigung zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. In der Berufungsinstanz erkannte die Strafkammer trotz Antritt eines umfangreichen Entlastungsbeweises auf Verwerfung der Berufung.

Seht auf Euer Kinder acht!

Ein gemeinsamer Kinderfreund wurde gestern in der Person des 46jährigen Handlungsgehilfen Ferdinand Gehhardt der I. Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt. Der wegen Sittlichkeitsverbrechen bereits fünfmal vorbestrafte Angeklagte wurde zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt. Er hatte ein fünfjähriges Kind in der Heimerdorkerstraße an sich gelockt; das Kind wurde vor dem schlammigen durch einen jungen Mann gerettet.

Die Zeitungsfrau bleibt Zensor.

Bekanntlich war die Witwe Laura Ebel wegen Feilhalten des „Satz“ und des „kleinen Album“, nachdem sie vom Schöffengericht freigesprochen war, von der Strafkammer des Landgerichts I in der Berufungsinstanz verurteilt worden. Diese Verurteilung erregte deshalb viel Aufsehen, weil entgegen der bisherigen Praxis, kein polizeiliches Verbot der fraglichen Nummern vorher der

Zeitungshändlerin zugestellt worden war, die Strafkammer vielmehr den ganz neuen, prinzipiell sehr wichtigen Standpunkt einnahm, daß jeder Zeitungshändler selbst die Prüfung der Druckschriften vornehmen müßte. Auf die vom Rechtsanwält Droß als Verteidiger der Witwe Ebel eingelegte Revision hat nun das Kammergericht dieses Urteil glatt bestätigt.

Hennigs Revision verworfen.

Leipzig, 22. Juni. Das Reichsgericht hat die Revision des Lederarbeiters Rudolf Hennig, der am 30. April von dem Schöffengericht in Potsdam wegen Ermordung des Rektors Giernoth zum Tode verurteilt worden ist, verworfen.

Abermals ein prügelnder Lehrer.

Eine eigenartige Erziehungsmethode hat der Lehrer Karl Schekeler in Weimarsweiler angewendet. Ein Knabe antwortete in der Rechenstunde aus Trotz oder Bequemlichkeit nicht. Sch. faßte ihn an den Wangen und schüttelte ihn. Als der Knabe auch in der Geographie nicht antwortete, schüttelte er ihn in der gleichen Weise, griff aber so fest zu, daß die Waden aufschwellen und ein Fingernagel eine Kratzwunde hinterließ. Das zweite Mal hat er den Knaben an den Wangen vom Sitze in die Höhe gezogen. Das Landgericht Stuttgart hat ihn am 21. Februar wegen Körperverletzung im Amte zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. In Betracht kam, daß ihm eine derartige Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes bereits im Jahr vorher verboten worden war. — Die Revision des Angeklagten, welcher bestritt, über die Grenzen des Züchtigungsrechtes hinausgegangen zu sein, wurde vorgestern vom Reichsgericht verworfen.

Verfammlungen.

Die Arbeiter der Firma C. P. Goertz, Fabrik für optische Instrumente in Friedenau, besaßen sich am Mittwoch in einer von zirka 800 Personen besuchten Betriebsversammlung eingehend mit dem eigentümlichen Verhalten der Direktion gegen diejenigen Arbeiter, die den 1. Mai gefeiert haben. Zu dem Betriebe sind zirka 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, die in ihrer großen Mehrzahl dem Metallarbeiter-Verband angehören. Diese beschlossen seinerzeit in geheimer Abstimmung, die diesjährige Meißer durch Arbeitsruhe zu feiern. Der mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit und ihren Wohlfahrts-Einrichtungen brunkenden Direktion ging dieser Beschluß offenbar stark gegen den Strich. Sie rief den Arbeiterauschuß zusammen und verlangte eine nochmalige Abstimmung, weil eine Anzahl Arbeiter sich bei ihr darüber beschwert hätten, daß sie nur gegen ihren Willen am 1. Mai nicht arbeiten könnten. — Der Aushuß lehnte dies Ansuchen ab, weil die Abstimmung korrekt vorgenommen war und kein Zweifel über die Gültigkeit des gefassten Beschlusses bestehen konnte. Hierauf wollte die Direktion auf eigene Faust eine nochmalige Abstimmung in der Fabrik vornehmen lassen in der Erwartung, daß dann die Mehrheit der Arbeiter gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai votieren werde! Das Resultat war aber eine bittere Enttäuschung für die Direktion, denn nur ein ganz geringer Bruchteil der Arbeiter beteiligte sich an dieser direktionsseitig veranfaßten Abstimmung. Nach diesem unerwarteten Ergebnis zeigte sich die von Arbeiterfreundlichkeit triefende Direktion plötzlich in ihrer wahren Gestalt. Sie gab nach edt kühlennännlicher Art kurzerhand bekannt: Wer am 1. Mai nicht arbeite, gehe der achtstägigen Sommerferien verlustig! Aber auch dieser Ullas hatte nicht die gewünschte Wirkung. Die Mehrzahl der Arbeiter war sich darüber schlüssig, lieber auf die Ferien, als auf den 1. Mai zu verzichten. So beteiligten sich denn rund 800 Arbeiter und Arbeiterinnen durch Arbeitsruhe an der Meißer; der Rest arbeitete.

Nach dem 1. Mai begann in allen Abteilungen des Werkes eine Aera der Schikanierungen, wie sie bis dahin nicht vorgekommen war. Bei der Verteilung der Arbeit wurden die braven Nichtfeiernden, die Meißer, offensichtlich bevorzugt. Es erfolgten Preisreduktionen und horrenden Abzüge für Feilsarbeit. In vierzehn Tagen wurden in den Mädchenabteilungen Abzüge bis zu 10 M. und bei verschiedenen Akkordkolonnen bis zu 55 M. festgestellt! Die früher anerkannte Kalkulationskommission, die sonst bei Differenzen über Festsetzung von Akkordpreisen stets gutdächlich hinzugezogen wurde, ward beiseite geschoben. Die Meißer wollen jetzt die Preise willkürlich selber bestimmen. Sie benehmen sich auch auffällig grob und provozierend. Bei jeder Gelegenheit heißt es kurz und schroff: „Wem's nicht paßt, der laun gehen!“ Der Arbeiterauschuß wird einfach als Luft behandelt, Beschwerden von ihm finden keine Berücksichtigung mehr. Vielfach haben schlanke Entlassungen stattgefunden, bei Einstellungen sind Leute, die bereits die vorgeschriebene und von ihnen selbst bezahlte ärztliche Untersuchung bestanden hatten, wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation wieder zurückgewiesen worden usw. usw.

Als der Arbeiterauschuß wegen dieser sich ständig häufenden Schikanierungen jüngst beim Direktor vorstellig wurde, da gab dieser von oben herab zu verstehen, daß die Verhältnisse im Betriebe sich seit dem 1. Mai allerdings ein wenig geändert hätten. Der Metallarbeiterverband sei nicht mehr die alleinige Organisationsvertretung im Werke, vielmehr habe sich eine Organisation derjenigen Arbeiter gebildet, die am 1. Mai nicht gefeiert haben, und diese Leute betrachte er jetzt als Schutkolonne gegenüber den Verbandsangehörigen, die den Wünschen der Direktion zuwider am 1. Mai die Arbeit ruhen ließen! Eine absichtliche Zurücksetzung oder Schikanierung der Meißernden stellte er allerdings in Abrede. Es sei nur — Zufall, wenn die Nichtfeiernden die besseren Arbeiten bekommen hätten. — Ein Meißer aber meinte unter Hinweis auf die Kolonne der Nichtfeiernden: Diese hätten jetzt gezeigt, daß sie die Verbodnung durch den Metallarbeiterverband fast haben; die Zeit sei nun vorbei, wo der Arbeiterauschuß den Meißern an der Nase herumtanzen könne. —

Tatsächlich hat sich denn auch unter Billigung oder gar unter Veranlassung der Direktion eine Meißertruppe zusammengedungen und für den Betrieb eine Organisation der Nichtorganisierten gegründet. Bei der Gründung dieser Junst waren als Vertreter der Direktion die Obermeister Jädel und Lindner zugegen. Nach dem Wortlaut des angenommenen Statuts bezweckt die Vereinigung der Gelben, die Interessen der Nichtorganisierten zu vertreten. Mitglieder können nur diejenigen Arbeiter werden, die seiner Gewerkschaft angehören. Die Satzungen werden jedem Neueingestellten vom Portier zur Einsicht vorgelegt. Als vornehmste Pflicht betrachten es die Mitglieder, die Geschäftsinteressen der Firma in jeder Weise wahrzunehmen. Auch soll dieser Garde ein eigener Arbeiterauschuß eingerichtet werden.

In der Betriebsversammlung wurde das Verhalten der Direktion wie auch die Neugründung der gelben Kolonne von den Verbandsvertretern Wehrend und Cohen und sämtlichen übrigen Rednern der schärfsten Art kritisiert. Von der ganzen Versammlung wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß die organisierten Arbeiter nicht daran denken, sich von der Direktion eine solche Laus in den Pelz legen zu lassen. Unter keinen Umständen werden sie einen Arbeiterauschuß der gelben Brüderschaft anerkennen; eher werden sie auf einen Aushuß überhaupt verzichten. Sollte es die Direktion mit ihren Maßnahmen aber zum äußersten treiben, so könnte sie leicht in die Verlegenheit kommen, mit ihren paar gelben Männlein den Betrieb allein fortsetzen zu müssen. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die den Arbeiterauschuß beauftragt, in dieser Angelegenheit nochmals bei der Direktion vorstellig zu werden und ihr in unzweideutiger Weise zu erklären, daß die organisierte Arbeitertruppe des Werkes nicht gewillt ist, sich die jetzigen Schikanen länger gefallen zu lassen. Insbesondere soll auch dagegen Einspruch erhoben werden, daß Neueingestellte vom Portier nach der etwaigen Organisationszugehörigkeit gefragt werden, was doch weder dem Portier noch der Direktion etwas angehe. Von dem

Verhalten der Direktion wird es abhängen, ob demnächst über schärfere Maßnahmen Beschluß zu fassen ist.

Die Arbeiter des A. C. G. Werks Adersrahe besaßen sich am Donnerstag in einer nur mäßig besuchten Betriebsversammlung, die in den „Germaniasälen“ stattfand, u. a. mit der erfolgten Wiesenbühnen-Gründung des sogenannten „neuen Metallarbeiter-Verbandes“. Genosse Körtz legte in seinem Referate den Wert der Zentralorganisation klar und kritisierte scharf die jetzigen Zersplitterungsbestrebungen der Arbeiter der neuen Organisation. Die Gründung selbst bezeichnete er als einen direkten Verrat an der Arbeiterschaft. Daß sich besonders das Werk Adersrahe mit dieser Angelegenheit beschäftigte, hat seinen Grund darin, daß versucht wird, gerade in diese Betriebe Profeten für den „neuen Verband“ zu werben und die dortigen Mitglieder der alten Organisation abtrünnig zu machen. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung ist der Ansicht, daß nur starke zentrale Gewerkschaften, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, das notwendige Gegengewicht gegen die arbeitereindlichen Bestrebungen der Rührmänner und Schatzkammer sind. Sie bedauert es deshalb auf das lebhafteste, daß sich in Berlin ein kleiner Teil von Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes unter Führung des früheren zweiten Bevollmächtigten Wiesenbühn vom dem Verbandsabspaltete und eine Sonderorganisation ins Leben rief. Die Versammelten sind aber überzeugt, daß eine derartige Abspaltung lediglich dem Unternehmertum von Nutzen ist, und geloben daher, nach wie vor zur Ehre des alten Verbandes zu halten, für dessen weitere Stärkung sie sich zu wirken verpflichten.“

Da ferner bekannt gegeben wurde, daß in dem Werk kürzlich wieder Entlassungen und Verfehlungen von Vertrauensleuten und Aushußmitgliedern vorgenommen sind, so protestierte die Versammlung energisch gegen derartige Maßregelungen.

Die Arbeiter der „Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken“ hielten kürzlich in der „Artenbrauerei“ eine stark besuchte Betriebsversammlung ab, woselbst der Arbeiterauschuß über seine Tätigkeit Bericht erstattete. Mitgeteilt wurde dabei, daß der Arbeiterauschuß sein Amt niedergelegt hat, weil er von der Direktion in hochfahrender und nichtachtender Weise behandelt worden ist. In dem Werk besteht nämlich noch immer die alte Unsitte, daß die Arbeiter das ihnen gelieferte Werkzeug bezahlen müssen, während es in allen übrigen Betrieben unentgeltlich geliefert wird. Um diesem immer fühlbarer werdenden Uebelstande endlich abzuhelfen, wurde der Arbeiterauschuß bei der Direktion vorstellig. Diese lehnte jedoch nicht nur jedes Entgegenkommen schroff ab, sondern gab dem Aushuß auch in wenig höflichen Worten zu verstehen, daß dies eine Angelegenheit sei, die er nicht zu beurteilen wisse und die ihn übrigens auch gar nichts angehe. — Etwas verblümt zwar, aber immerhin deutlich genug wurde der Aushuß darauf zur Tür hinauskomplimentiert. Infolgedessen legten sämtliche Aushußmitglieder sofort ihre Ämter nieder.

Von der Versammlung wurde dieser Schritt einmütig gutgeheißen, indem man der Meinung Ausdruck gab, es sei unter diesen Umständen besser, überhaupt keinen Aushuß mehr zu wählen, da er doch nur einen sehr zweifelhaften Wert habe, wenn die Direktion ein derartiges Benehmen gegen ihn an den Tag lege. Beschlossen wurde deshalb, von jetzt ab durch gewählte Werkstattkommissionen die Beschwerden und Forderungen der Arbeiter zur Kenntnis der Direktion zu bringen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Öffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 8 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

2. M. 10. Sie können zunächst nur auf Wiederherstellung des ehelichen Lebens hoffen. Der Klage muß ein Sühnetermin beim Amtsgericht vorangehen. Wenn auf Wiederherstellung des ehelichen Lebens erkannt ist und Ihre Frau 1 Jahr lang nach Rechtskraft des Urteils die eheliche Gemeinschaft nicht wiederherstellt, so können Sie dann erst auf Scheidung wegen böswilliger Verlassung klagen. — A. 2. 100. Ja, aber sonst erst, ist die Forderung schon deshalb unzulässig, weil es sich um keine Alimentenforderung handelt. — A. 100. Es genügt eine Auseinandersetzung mit dem Nachlassverwalter. Derselbe wird Ihnen nach vollständigem Ausgab der Gläubiger mitzuteilen in der Lage sein, ob etwas für die Kasse herausbringt. — A. 2. 87. Ein minderjähriges (noch nicht 21 Jahre altes) Mädchen bedarf zum Ausgab und zur Veräußerung der Genehmigung des Vaters. Die Einwilligung des Vaters muß beglaubigt sein. Vollgültige Beglaubigung genügt. Außerdem muß für ihre Geburtsurkunde vorhanden, der Brautgarn seine Geburtsurkunde und seine Willkürpapiere. — E. 1. Leider würden Sie mit einer Klage auf Schadenersatz nicht durchdringen, weil Sie keine Garantie sich haben gewähren lassen. — G. M. 100. Die Kasse ist uns nicht bekannt. — Anton 77. 1. Der Betrag, in dessen Höhe gefordert ist, darf nicht angesetzt werden. Der Gehobene hat das Recht, gegen den Forderungsbefehl oder die Höhe der geforderten Summe Beschwerde einzulegen. 2. Eine allgemeine Auskunftsstelle hierüber gibt es nicht. — Fabrier. Die Adresse Berlin, Reichstag genügt. — P. G. 99. Rein. — A. C. 78. Retourbillet gibt es auch für die 1. Klasse. — G. 9. 645. Wollen Sie herauskommen, so müssen Sie sich bei der Polizei melden. Sie haben dann ein Vorkommen zu machen und werden später zu einem sechsmonatlichen Anlauf, der etwa 300 M. kostet, zugelassen. Nach dem bestandenen Prüfung werden Sie beurlaubt. Da aber die Erneuerung einer Hebamme nur erfolgen kann, wenn Sie das 30. Jahr nicht überschritten hat und der Anlauf außerordentlich hoch ist, so ist eine Ablegung auschließlos, wenn Sie älter als 27 Jahre sind. — Börsenheim 100. Die Altersrente beträgt, wenn nur für eine Klasse gestellt ist, für die erste Lohnklasse: 110, für die zweite: 140, für die dritte: 170, für die vierte: 200 und für die fünfte Lohnklasse: 230 Mark. In verschiedenen Lohnklassen gestellt, so wird der Durchschnittsbetrag berechnet. Die Beiträge für die Lohnklassen 1-5 sind 14, 20, 24, 30, 36 M. In Ihrem Falle nur die höchste Lohnklasse gezahlt, so ist also die Rente 230 M. — P. 2. 21. 1. Wollen Sie später das Examen machen, so müssen Sie ein Gymnasium oder eine Realschule besucht haben. Wollen Sie bestimmte Zweige besuchen, so können Sie auch ohne dies Erfordernis zugelassen werden. Die Zulassungsbedingungen erfahren Sie durch das Institut selbst. 2. Die Möglichkeit liegt vor. Ein außerordentliches Kind, dessen Erzeuger die Mutter nicht heiratet, kann den Namen des Vaters unter Zustimmung der Mutter durch Adoption und durch Belegung des Namens seitens der Behörde erhalten. Zur Adoption ist erforderlich, daß der Vater eheliche Kinder nicht besitzt. Ist er unter 50 Jahren, so muß er ferner ein Dispens von dem Alterserfordernis nachsuchen. Der Adoptionsvertrag bedarf zu seiner Gültigkeit gerichtlicher Genehmigung. Die beschriebene Belegung des Namens hängt von der Willkür der Behörde ab. In beiden Fällen betragen die Kosten 50 M. 3. 4. Ja. 5. Wenden Sie sich an einen Arzt. — C. 8. Ja. — Gantow. Rein. Sie würden mindestens eine Anklage zu gemäßen haben. — A. 2. Das in Gastwirtschaften beschäftigte Dienstpersonal ist transtverpflichtungspflichtig, muß also bei der Krankeitskasse angemeldet werden. — P. D. 75. Leider ja. — Rönnebaum 6. Rechtschreibbureau können wir nicht empfehlen. — A. M. 17. Ein Rechtsanspruch besteht für die Witwe leider nicht. — G. P. 6. Nach unserer Ansicht nein. Lassen Sie es auf eine Klage antommen. Legen Sie dann Ihre Verhältnisse dar und klagen gegen ein etwa verurteilendes Erkenntnis des Kreisaußschusses nachher bei dem Gericht. 7. 2. 11. 4 sind die Kinder nur soweit zur Unterhaltung ihrer Eltern verpflichtet, als es das landesmäßige Auskommen ihrer Familie und die sonstigen Verpflichtungen zulassen. Nach zutreffender Ansicht steht überdies den Armenbestreuten in Dresden ein Recht auf Erhaltung der verurteilten Kosten zu klagen nicht zu. — Gerlos. Ein solches Institut gibt es nicht. — A. 3. 150. Rein. — Verbel 28. Bestimmte Firmen usw. nennen wir grundsätzlich nicht. Das Adressbuch gibt Ihnen Auskunft. — G. 101. Der Vorliegende. — M. 11. Ist die Tochter minderjährig, so kann sie nicht erheben; ist sie volljährig, so kann sie bei Gericht auf Herausgabe ihrer Sachen klagen. — Pant. Eine Klage beim Amtsgericht auf Herausgabe des Hundes wäre nicht auschließlos. — G. H. 50. Eine solche Klage ist nicht möglich. — G. 2. 23. A. D. 58. Rein. — G. 3. 21. Unzulässig Untersuchung ist zulässig. — A. 2. 17. Reineswegs. — P. G. 6. Schloffer Steglitz. Nach § 120a der Gewerbeordnung muß der gesundheitsgefährdende Zustand beseitigt werden, soweit es die Natur des Betriebes zuläßt. Die Schloffer können sich an die Gewerkschaft und diese an die Gewerbeinspektion wenden. — 2. 49. 1. Ja, aber Beweispflicht erfolgt nicht. 2. Das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Beleidiger wohnt, ist für eine gegen ihn angefaßte Beleidigungsklage zuständig.

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für Teltow - Weeslow - Storkow - Charlottenburg.

General-Versammlung

am Sonntag, den 24. Juni d. J., nachmittags 1 1/2 Uhr, in Rigdorf, Goppes Restaurant, Hermannstr. 40.

Tagesordnung:

- 1. Berichte des Vorstandes und der Funktionäre.
2. Ersatzwahl eines Vorstandemitgliedes.
3. Die Aenderung des preussischen Landtagswahlgesetzes und ihre Einwirkung auf den Kreis Teltow-Weeslow. Referent: Genosse Paul Girsch-Charlottenburg.
4. Anträge.
5. Die Generalversammlung von Groß-Berlin und Wahl der Delegierten dazu.
6. Verschiedenes.

Nach Statut ist jeder Wahlverein berechtigt drei Delegierte zu entsenden. Die Delegierten müssen mit Mandat versehen sein. Parteigenossen haben als Gäste Zutritt.

Der Vorstand. J. A. W. Eberhardt.

Zur Lokalliste. Aus Anlaß des am Sonntag, den 24. Juni cr., in Hasfelwerder stattfindenden Sommerfestes des vierten Berliner Reichstagswahlkreises richten wir auf besonderen Wunsch der Genossen von Nieder-Schöneweide an alle Festteilnehmer das dringende Ersuchen, streng die Lokalliste zu beachten. Die Lokale der näheren Umgebung von Hasfelwerder: „Loreley“, „Reptunshain“, der „Neue Krug“ und „Riffhäuser“, stehen der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung, worauf wir ganz besonders hinweisen. Auf wiederholt an uns gerichtete Anfragen wollen wir bei dieser Gelegenheit mitteilen, daß der Inhaber des letztgenannten Lokals „Riffhäuser“, Herr Kömer, gleichzeitig Inhaber der Schiffreederei „Lismer“ ist (Abfahrtsstelle Schillingbrücke). Wir ersuchen die Parteigenossen, auch dies genau beachten zu wollen.

Die Lokalkommission.

Rigdorf. Die Parteigenossen werden hiermit auf die am Sonntag 1 Uhr nachmittags in Goppes Festsaal stattfindende Kreis-Generalversammlung aufmerksam gemacht. Da die dort gepflogenen Verhandlungen von großem Interesse sind, rechnet auf zahlreichen Besuch.

Der Vorstand.

Treptow. Der Wahlverein hält heute abend in der „Konfordia“ früher Karpenteich, Köpenicker Landstraße, einen Sommernachtsball ab. Da mehrere Arbeiter-Sportvereine ihre Mitwirkung zugesagt haben, verspricht das Fest anlässlich zu werden. Zahlreicher Besuch der Genossen und ihrer Familien wird deshalb erwünscht.

Das Komitee.

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält am Montag, den 25. d. M., abends 8 Uhr, im Lokal „Hasfelwerder“, Hasfelwerderstraße 8 (Inh.: Albert Scheruch), eine Versammlung ab, in der der Genosse Adolf Heller über: „Eine einheitliche Arbeiterversicherung“ referieren wird. Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.

Der Vorstand.

Schmargendorf. Arbeiter, Parteigenossen! Heute abend feiert der hiesige Wahlverein im „Wirtshaus Schmargendorf“, Barnimänderstr. 6, sein 15. Stiftungsfest und erwarten wir von den Parteigenossen einen recht zahlreichen Besuch dieses Festes. Das Komitee hat weder Mühe noch Kosten gescheut, um allen Teilnehmern einen recht genussreichen Abend zu verschaffen. Parteigenossen! Zugleich veranfaßt der Arbeiterverein unseres Ortes anlässlich seines 25-jährigen Bestehens eine Vorfeier und will, wie verlautet, am Abend einen Fackelzug durch den Ort veranstalten. Von der aufgeführten Arbeiterschaft unseres Ortes erwarten wir, daß sie sich an diesem Umzuge nicht beteiligt.

Königs-Wusterhausen. Am morgigen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal von Wedhorn (Altes Schützenhaus) eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Regge-Verlin einen Vortrag über „Der politische Massenstreik“ halten wird. Zahlreiches Erscheinen aller Partei- und Gewerkschaftsmitglieder Königs-Wusterhausens und Umgegend wird erwartet.

Berliner Nachrichten.

Von der Erholungssteuer.

„Villett- und Lustbarkeitssteuer“, so nennt sich die allernueste Steuerblüte, durch die unser Magistrat nun, wie wir bereits gemeldet haben, die angeblich ganz elenden Finanzen Berlins wieder ein bißchen aufbessern will. „Villett- und Lustbarkeitssteuer“, klingt das nicht, wie wenn diejenigen, die sie den Berlinern beschaffen wollen, sich sogar ein Verdienst dadurch erwerben? Ist es nicht ein übliches Beginnen, daß sie das „Vergnügen“, die „Genussucht“, die „Ausgewweifung“ besteuern, damit diese schlimmen Untugenden mal ein klein wenig eingebämmt werden?

Die Idee, daß man durch Besteuerung von „Lustbarkeiten“ dazu beitragen könne, die läudliche Menschheit wieder zu einem erbaulicheren Leben zurückzuführen, ist nicht neu. Wenn etwa die freisinnigen Freunde dieser Berliner Villett- und Lustbarkeitssteuer unter den „Vorzügen“, die sie rühmend hervorheben werden, auch diesen anführen sollten, so kann's ihnen leicht passieren, daß das reichshauptstädtische Rudertum ihnen die Waterschaft freilich macht. Das Rudertum hat es schon lange gewünscht und herbeigesehnt, daß es anderen Leuten möglichst schwer gemacht werde, sich die Erholung zu suchen, die ihnen zusagt. Alle Augenverdrehen werden es den Berliner Steuerfuchsern und Steuerfundern danken, daß jetzt endlich auch eine Steuer auf die „Genussucht“ gelegt werden soll — danken, soweit nicht ihre eigenen Veranstaltungen, mit denen sie selber vor ihr Publikum hintreten, von der Steuer mitbetroffen werden.

Wäre es nicht richtiger und zweckmäßiger, diese Steuerblüte als „Erholungssteuer“ zu bezeichnen? Da würde man doch sofort, um was es sich handelt. Denn mit nichts anderem als mit einer Steuer auf die Erholung haben wir es hier zu tun. Die geplante Villett- und Lustbarkeitssteuer ist eine Steuer auf die Befriedigung eines Bedürfnisses, das nicht zu den überflüssigen, sondern zu den sehr notwendigen gehört. Erholung ist ja wohl in allen so unentbehrlich wie das liebe Brot. Wir haben schon in der Vorrede, die wir kürzlich (in Nr. 137) diesem eines Kräftwinkels würdigen Steuerprojekt widmeten, darauf hingewiesen, daß da beinahe keine Veranstaltung verschont bleiben soll, die gegen Eintrittsgeld zugänglich ist.

Bestreit wären Veranstaltungen, die ausschließlich wissenschaftliche und belehrende Zwecke verfolgen und die weder berufsmäßig betrieben werden noch auf Gewinnerzielung gerichtet sind. Mit Recht haben die Gesangsvereine darauf hingewiesen, daß auch sie einen Anspruch auf Steuerbefreiung erheben dürfen. Aber nach allem, was man bisher gehört hat, wird für sie von solcher Steuerbefreiung keine Rede sein. Die Petition, die von bürgerlichen Gesangsvereinen gegen das Steuerprojekt an den Magistrat

gerichtet worden ist, wurde schon früher von uns besprochen. Und liegt jetzt auch die besondere Petition vor, die der Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend dem Magistrat überreicht hat. Hinter dem Umbe stehen rund 200 Arbeiter-Gesangsvereine mit etwa 7000 Mitgliedern — und mit ihnen die Hunderttausende, denen diese Vereine durch ihre eifrige und treue Pflege des Gesanges so oft Anregung und Erhebung gebracht haben.

Die Eingabe des Arbeiter-Sängerbundes legt dar, daß die ihm angeschlossenen Vereine keinerlei materielle oder sonstige gewerbliche Erwerbszwecke verfolgen. Durch die Pflege des Gesanges werde eine veredelnde Wirkung ausgeübt und somit dem Gemeinwohl gedient — und zwar desto mehr, je mehr es den Vereinen möglich sei, mit ihren Darbietungen an die Öffentlichkeit zu treten. Das wird aber erwärtet, wenn die Veranstaltungen auch der Gesangsvereine besteuert werden und dadurch entweder für die veranstaltenden Vereine oder für die daran teilnehmende Bevölkerung teurer werden. Die Arbeiter-Gesangsvereine haben ein anderes Ideal als die Gesangsvereine, die auf Beteiligung aus bürgerlichen Kreisen rechnen. Sie legen nicht, wie die bürgerlichen Gesangsvereine es in ihrer Petition getan haben, Gewicht darauf, daß sie sich in der Pflege des deutschen Liedes „in Uebereinstimmung wissen mit Sr. Majestät Kaiser Wilhelm II.“ Auch sie schätzen das deutsche Lied — das deutsche Lied, bei dessen Pflege sie sich in Uebereinstimmung wissen mit der arbeitenden Klasse.

Die Steuer auf die Erholung, die der Berliner Freisinn plant, wird die Gesangsvereine der Arbeiterklasse härter treffen als die der bürgerlichen Klasse. Und sie wird, wenn sie auf das Publikum abgewälzt werden muß, auch von der Arbeiterbevölkerung viel schwerer aufgedrückt werden können als von jenen Gesellschaftsklassen, die den bürgerlichen Gesangsvereinen Beachtung schenken. Daselbe gilt auch für alle anderen Veranstaltungen, die von dieser Steuer betroffen werden sollen. In den Kreisen der Unbemittelten wird sie viel drückender empfunden werden als bei den Wohlhabenden.

Was die Gesangsvereine zu ihren Günsien gegen das Steuerprojekt vorbringen, das kann größtenteils als gegen die Villett- und Lustbarkeitssteuer überhaupt gesagt gelten. Sind die Darbietungen der Theater und Konzerthäuser, weil diese nicht aus Liebhaberei, sondern um des Erwerbes willen betrieben werden der Bevölkerung weniger notwendig? Auch wer die minder edlen Formen der Erholung, den Besuch eines Varietés, eines Circus usw. oder die Teilnahme an Tanzvergnügen usw. für seine eigene Person nicht mag, wird doch nicht wünschen dürfen, daß sie anderen verteuert werden, denen sie eine Erholung sind.

Die Steuer, die uns Berlinern hier beschert werden soll, ist eine Steuer auf den Konsum, wie man sie sich schlimmer kaum denken kann. Sie verteuert die Befriedigung eines Bedürfnisses, das selbst der eifrigste Steuerfuchser nicht zum „Luzus“ rechnen kann, wenn er ehrlich sein will. Für die Erholungssteuer darf sich im Berliner Stadtparlament nun und nimmer eine Mehrheit finden.

Ein gut unterrichtetes Blatt.

In Berlin gibt es eine Zeitung, bei deren Lektüre jedermann zu der Ueberzeugung kommen muß, daß sie alles weiß. Sie hat eine ganz besondere Art, ihre Weisheit vorzutragen, so daß gegenüber dieser reichen Fülle gediegener Kenntnisse der Leser in staunende Bewunderung versetzt. Wir meinen das „Berliner Tageblatt“ des Herrn Rudolf Kossie.

Nun finden sich mitunter neidische Zeitungsschreiber von der anderen Richtung, die dem „B. T.“ diesen Ruhm nicht gönnen. Sie passen scharf auf, und wenn sie irgendwas entdecken, daß etwas doch nicht so recht stimmt, dann stürzen sie sich auf diesen Schmeißer, wie ein hungriger Hund auf ein gesundes Fressen, und freudestrahlend apportieren sie ihren eigenen Lesern, was sie erwischt haben. Ein solcher Streich ist kürzlich dem „B. T.“ von der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ gespielt worden.

Das „B. T.“ hatte einen forschen Leitartikel veröffentlicht, der den diebstahligen Etat des Kreises Niederbarnim unter die Lupe nahm. Viel hatten die Roffemänner nicht in diesem Etat zu entdecken vermocht. Aber ein Punkt war ihrem Scharfblick aufgefallen: die bedeutenden Ausgaben, die für Unterhaltung des in Berlin befindlichen Kreishauses erforderlich sind. Das Spielchen sie auf, und mit kluger Miene setzten sie auseinander, woraus die Höhe der Kosten zu erklären war: einfach daraus, daß der Kreis Niederbarnim sich ein palastartiges Dienstgebäude in der Viktoriastraße gebaut hatte. Die Pracht dieses Hauses wurde von dem Artikelsschreiber so ausführlich geschildert, daß niemand mehr daran zweifeln konnte, ob er wirklich das Haus in der Viktoriastraße meinte. Und diese Idee bildete das Fundament des ganzen Artikels, mit ihr stand oder fiel er.

Jeder, der in Berlin einigermaßen Bescheid weiß, mußte natürlich sofort bemerken, daß das in der Viktoriastraße befindliche Haus dem Kreis Teltow gehört. Das Kreishaus von Niederbarnim liegt am Friedrich-Karl-Platz. Doch sollte man das dem „B. T.“ aufmungen? Et, da mühte man ja nichts Besseres zu tun haben, wenn man jede Klugschmuserlei des Roffeblattes auf ihren Wert zurückführen wollte! Inbes, die „Deutsche Tageszeitung“ bezieht sich, in einem schulmeisternden Artikel den Kreisfall des „B. T.“ an die große Glocke zu hängen. Sie hielt den Roffemännern vor, daß schon ein schlächter Witz in das Adreßbuch ihnen gezeigt hätte, wem der Palast in der Viktoriastraße gehört. Offenbar hat auch das Agrarierblatt den Etat nicht selber gelesen. Sonst würde es vermutlich dem „B. T.“ auch das vorgehalten haben, daß sogar im Etat auf Seite 4 und auf Seite 16 groß und breit zu lesen steht: Kreishaus Friedrich-Karl-Platz 5. Die Roffemänner haben das natürlich nicht gesehen.

Warum wir dies alles hier erzählen? Weil das „B. T.“ es bisher nicht für nötig gehalten hat, seine Leser über den Tertium aufzuklären. Es gibt doch nichts Drolligeres als die Angst des „B. T.“ vor dem Irrtum — den es eingestehen soll. Dürfen wir mit einem Vorschlag kommen? In Berlin erscheint ein Blatt, das als Witzblatt gelten will und sich „Ill“ nennt. Es registriert auch unfreiwillige Komik anderer Leute, allerlei spähige Irrtümer, Stillschützen und Druckfehler aus fremden Blättern. Wir machen die Redaktion des „Ill“ aufmerksam auf die unfreiwillige Komik des „B. T.“, wie sie hier und in ähnlichen Leistungen zutage tritt.

Der „Ill“ erscheint zwar gleichfalls in Roffes Verlag und wird sogar dem „B. T.“ selber beigelegt. Aber das wird hoffentlich kein Grund sein, der daran hindern könnte, die Leser des „B. T.“ durch den „Ill“ auf Kosten des „B. T.“ zu erheitern.

Wieder ein Kampfgenosse dahin. Im Alter von 43 Jahren ist gestern der seit langem in der Partei tätige Genosse Franz Hoch gestorben. Seit Oktober vorigen Jahres litt Genosse Hoch an einem unheilbaren Leiden, das ihn aufs Krankenbett zwang und von dem er nun durch den Tod erlöst wurde. Hoch wirkte seit vielen Jahren im dritten Wahlkreis und war hier in der unermüdlichsten Weise tätig. Die Genossen des Kreises sandten ihn in die verschiedensten Körperschaften der Berliner Partei; so bekleidete Hoch eine Zeitlang das Amt eines Mitgliedes der Prehkommision, später wurde er zum Vorsitzenden des Wahlvereins gewählt und zuletzt versah er fünf Jahre das Amt eines Vertrauensmannes. Als Obmann der Prehkommision mußte er im Jahre 1890 mit auf der Anklage-

bank in dem bekannten Auer-Prozess Platz nehmen, jenem Prozeß, der mit einem gründlichen Fiasko der Berliner politischen Polizei endete.

Hoch gehörte somit zu denjenigen Parteigenossen, die die für die Partei so notwendigen und an den einzelnen so hohe Anforderungen stellende Kleinarbeiten vorbereiten und durchführen halfen. Diese Tätigkeit erfordert große Ausopferung und setzt einen hohen Grad von Idealismus und Ueberzeugungstreue voraus. Hoch erlitt die Arbeit nicht eher, bis ihn seine Krankheit zwang, der liebgeordneten Parteitätigkeit zu entsagen. Seine Mitarbeiter, mit denen Hoch seit Dezember 1904 in der Expedition des „Vorwärts“ zusammen arbeitete, der dritte Wahlkreis und auch die Sozialdemokratie Berlins vertrauen das Hinscheiden Hochs auf das schmerzlichste; seine Opferfreudigkeit und sein unermüdetes Wirken für die Partei sichern ihm ein dauerndes Andenken.

Die Berliner Parteigenossen werden nicht veräumen dem verstorbenen Kämpfer am Sonntag das letzte Geleit zu geben. Die Beerdigung findet nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban aus nach dem Freiheitstagen Friedhof in der Vappellallee statt.

Neue Reklamesäulen. Reklamesäulen mit Telephonautomaten und Spüllingsbrieffächern sollen nach einem in der gestrigen Magistrats-Sitzung gefaßten Beschluß demnächst auf den Straßen und öffentlichen Plätzen Berlins aufgestellt werden. Die Reklamesäulen der Gesellschaft m. b. H. „Rhönix“ hat beim Magistrat beantragt, ihr das Recht einzuräumen, innerhalb des Stadtgebietes mindestens 65 Reklamesäulen mit richtigengehenden nach der Hauptuhr der königlichen Sternwarte regulierten Uhren aufzustellen, wogegen die jetzt vorhandenen 30 Uraniasäulen beseitigt werden sollen. Der Magistrat hat den Antrag unter der Bedingung genehmigt, daß von diesen Säulen dreißig mit Telephonautomaten und sechs mit Spüllingsbrieffächern ausgerüstet werden. Die Reichspostverwaltung hatte bereits bei der Stadt die Herabgabe von Straßenland für Telephonautomaten und Brieffächersäulen beantragt, dem Antrage standen aber verkehrspolizeiliche Bedenken entgegen. In Stockholm und anderen schwedischen Städten erfreuen sich die an öffentlichen Plätzen und Straßen aufgestellten Telephonautomaten großer Beliebtheit, da sie leichter zugänglich sind, als die in Häusern untergebracht, und auch bei Nacht, z. B. bei plötzlichen Erkrankungen, Unfällen, Feuergefahr usw. benutzt werden können. Die Spüllingsbrieffächern sind für Briefe bestimmt, die gegen eine erhöhte Gebühr nach Schluß der eigentlichen Dienststunden nach bestimmten Bahnhöfen eingeliefert werden. Der zwischen dem Magistrat und der Gesellschaft „Rhönix“ vereinbarte Vertrag wird noch vor den Ferien der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden. Es wird beabsichtigt, bei dieser Gelegenheit auch die aus den Außenbezirken geltend gemachten Wünsche nach Aufstellung neuer öffentlicher Uhren zu erfüllen.

Der Direktor des statistischen Amtes der Stadt Berlin, Prof. Dr. Girschberg, ist gestern nach langem schweren Leiden an Folgen der Gelbfucht gestorben. Die Stadt Berlin verliert an ihm einen fleißigen, kenntnisreichen und sehr pflichttreuen Beamten. Er war der Nachfolger des bekannten Statistikers Geheimrat Dr. Böck.

Das Risiko der Arbeit.

Wenn die Arbeiter in ihren Lohnkämpfen mit den Unternehmern auf die großen Gewinne hinweisen, die diese einheimen, so hält man ihnen gern den Einwand entgegen, daß die Unternehmer auch ein großes Risiko haben, indem sie ihre Kapitalien in den Betrieb stecken. Das rechtfertige auch größere Gewinne. In das Risiko der Arbeiter denkt man dabei nicht. Die Arbeiter riskieren aber in vielen Betrieben vielfach ihre Gesundheit und in anderen müssen sie ihr Leben in die Schanze schlagen. Von gestern liegen wieder folgende Nachrichten vom Schlachtfeld der Arbeit vor:

Bei der Arbeit schwer verunglückt ist gestern abend der vierzigjährige Maler Bernhard Gast von der Bendstr. 14 wohnhaft. Er baute in einem Café in der Schillstr. 4, welches zurzeit renoviert wird, Malereien ausgeführt und sich zu diesem Zwecke auf ein Leitergerüst gestellt. Plötzlich verlor er das Gleichgewicht und stürzte von dem Gerüst ab. Schwerverletzt wurde er nach der Unfallstation am Zoologischen Garten gebracht. Er hatte mehrere Rippenbrüche, sowie schwere Verletzungen an der Schulter erlitten und mußte dem Nothilfe Krankenhaus zugeführt werden.

Bei Vermessungsarbeiten vom Dach gestürzt und lebensgefährlich verletzt wurde gestern morgen der 39-jährige Dachdecker Wilhelm Zählde aus der Wienerstraße. J. hatte auf dem Dach eines Wirtschaftsgebäudes der Norddeutschen Brauerei Vermessungsarbeiten vorgenommen und war dabei infolge eines Fehltrittes in die Tiefe gestürzt. Unglücklicherweise schlug der Verunglückte mit dem Kopf auf das Pflaster auf und zog sich einen schweren Schädelbruch zu. Auch beide Arme wurden dem Bedauernswerten gebrochen. Nach Anlegung von Nothverbänden auf der Unfallstation in der Lindowstraße sand J. in der Charité Aufnahme, wo er hoffnungslos daniederliegt.

Ein weiterer Unfall ereignete sich im Laufe des gestrigen nachmittags in der Bodbrauerei am Tempelhofer Berg. Dort stürzte der 40-jährige Arbeiter Belize beim Aufsteigen der Dampfpumpe einen Stoß hoch herunter und brach sich beide Arme, auch zog er sich schwere Schädelverletzungen zu. Er wurde zunächst nach der Unfallstation in der Velleallanstraße gebracht, um von dort mit einem Nothverband versehen, in die Charité übergeführt zu werden.

Vier Personen von Hunden zerfleischt. Schweres Unheil haben gestern drei Hunde auf dem Gesundbrunnen angerichtet. Die Produktenhändlerin Emma Gulde, Granatenstr. 5 wohnhaft, hatte sich von einer Nachbarin einen Ziehhund geliehen. Das außerordentlich bissige Tier schien damit gar nicht einverstanden zu sein, denn als sich der kleine Sohn der G. dem Hunde näherte, fiel dieser über das Kind her. Erschrocken eilte die Mutter hinzu und versuchte die wütende Bestie zurückzuziehen. Nun wandte sich das Tier gegen Frau G. und brachte ihr elf Fleischwunden an beiden Armen bei. Auch der Sohn war blutig gebissen worden. Die ersten Nothverbände erhielten die beiden auf der Unfallstation XVII. — In der Wohnung des Rektors G. in der Truhenstraße hatte das Dienstmädchen dem Hund seiner Herrschaft, einer Wulfdogge, verabschiedlich auf den Schwanz getreten, worauf sich das Tier wütend auf das Mädchen stürzte. Die 24-jährige Tochter des Rektors wollte den Hund beruhigen, erreichte jedoch das Gegenteil. Das Tier wandte sich jetzt gegen die eigene Herrin und biß ihr tief in die Arme. Auf der Unfallstation in der Badstraße wurden nicht weniger als 9 Verletzungen festgestellt. — Von dem Hunde eines Nachbarn übel zugerichtet wurde der 7-jährige Schüler Walter Anale, Wiesenstraße 5. Das Tier war ohne Maulkorb herumgelaufen und hatte den Anaben, der auf der Straße spielte, angefallen, ihm die Kleider gerissen und Wunden am linken Oberarm beibracht.

Sturz aus dem Fenster. In der Remelerstraße Nr. 68 war das 24-jährige Mädchen Robert des Arbeiters flechtig aus der zweiten Etage herabgestürzt und fast auf der Stelle tot. Der Kleine hatte in der eiterlichen Wohnung das Fenster erklammert und sich zu weit hinausgebeugt. Er fiel auf den Hof hinunter und brach sich den Schädel. Auf der Rettungswache in der Frankfurter Allee konnte der Arzt nur noch den Tod feststellen.

Die Leichen zweier unbekannter Selbstmörder sind gestern auf der Spree gelandet worden. Mittags wurde am Schiffbauerdamm über an der Kronprinzenbrücke die Leiche eines etwa 25-jährigen jungen Mannes ans Ufer geschwemmt. Der Selbstmörder dürfte erst vorgestern den Tod in der Spree gesucht haben. Der Unbekannte ist bartlos und hat anscheinend dem Arbeiterstande an-

gehört. — Nachmittags wurde in der Mühlenstraße die bereits hier in Verwesung übergegangene Leiche eines etwa 40jährigen Selbstmörders aus der Spree geborgen. Das Gesicht des Toten war infolge der Verwesung schon unkenntlich geworden. Auch in diesem Falle handelt es sich jedenfalls um einen Arbeiter. Die beiden unbekannt Leichen sind zur Melognoszierung in das Schauhaus gebracht worden.

Vom Verband der Metallarbeiter werden wir um Aufnahme folgender Zeilen ersucht: Auf dem Sommerfest des Metallarbeiterverbandes (Bezirk Kroat) in der Bahnhofsbräuererei ist ein goldener Ring, Damenkette und eine Brosche gefunden worden. Die Gegenstände sind beim Kollegen Wassen, Emdenerstraße 17, vorn 4 Treppen, abzugeben.

Straßensperrung. Die Schultstraße zwischen Erzzer- und Christianiastraße wird behufs Asphaltierung vom 25. Juni ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt. — Die Michaelbrücke und die Straße an der Michaelbrücke wird behufs Reparatur der Brücke vom 2. Juli ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Das Carl Weich-Theater konsumiert im Laufe des Jahres eine erhebliche Anzahl Stücke; keines bleibt längere Zeit auf dem Spielplan. Am Donnerstag brachte es eine vieraktige Familientragödie von Horst Hoff unter dem Titel: „Sündige Liebe“ auf die Bretter. Durch den Titel ist der Inhalt gekennzeichnet. In unserer heuchlerischen Gesellschaft wird die Liebe eine „Sünde“ bezeichnet, die gegen die hergebrachten Formen des Sittenkodexes verstößt, und ein Zustand wird für vollkommen gehalten, in dem beispielsweise ein Mädchen an einen Mann verheiratet wird, lediglich des Geldes wegen. Die Liebe findet sich dann schon, heißt es.

Der Inhalt ist kurz folgender: Helmut Roland hat vor fünf- undzwanzig Jahren mit der Gattin des Obersten von Sanden geheiratet. Aus diesem Verhältnis ist eine Tochter entsprossen, die als Kind von Sandens gilt. Aus Helmut's Ehe ist ein Sohn Walter da, der mit Erna von Sanden aufgewachsen ist. Die Erna, erwachsen, wird an einen Adligen verheiratet, obwohl diese ihrem Gatten abgeneigt ist. Walter geht nach der Verheiratung seine Freundschaftsbesuche bei der jungen Frau fort und bei einem solchen Besuche entdecken sich beide. Sie liebten sich schon lange und jeder glaubte vom anderen verschämmt zu werden. Dabei stellt sich heraus, daß die Eltern durch verschiedene Vorspiegelungen ein Eheverhältnis der Weiden hintertrieben hatten. Es wird gegenseitige Liebe geschworen und eine dauernde Vereinigung beschlossen, indem sich die junge Frau scheiden lassen will. Dem Zauber einer milden Naimacht sollen beide zum Opfer. Das innigere Verhältnis der Weiden ist aber von den Eltern nicht unbemerkt geblieben und sie kämpfen nun einen harten Kampf, daß sie den Liebenden sich früher oder später offenbaren und somit ihren Fehltritt schwer büßen müßten. Schließlich ist das nicht mehr zu umgehen, es muß den Weiden gesagt werden, daß sie Bruder und Schwester sind. Schwere Enttäuschungen und der Entschluß, gemeinsam in den Tod zu gehen, sind die Folgen der Offenbarung. Während sie sich sonst zum Schluß freigen, trachten hier zwei Schüsse hinter der Bühne. Gespielt wurde leidlich und das Publikum applaudierte lebhaft.

Auf der Treptow-Sternwarte spricht Herr Direktor Archenold am Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 5 Uhr, in einem mit zahlreichen Lichtbildern ausgestatteten Vortrag über: „Unser Standpunkt im Weltall“, abends 7 Uhr über: „Die Wohnbarkeit der Welten“. — Das Thema für den Montagvortrag abends 9 Uhr lautet: „Praktische Übungen in der Auffindung von Sternen“. — Während der ganzen Woche wird mit dem großen Fernrohr am Tage Sonne und Venus und abends von 9 Uhr an der Mond den Besuchern gezeigt.

Feuerwehrbericht. Am Donnerstagabend nach 10 Uhr gerieten vermutlich durch elektrischen Kurzschluß die Kellametransparente auf dem Dach des Hauses Bellevuestr. 21 (Johis Konditorei) in Brand. Im Nu brannte der Dachstuhl des Gebäudes mit Inhalt. Die Flammen ergriffen auch Teile des 4. Stockwerks, Zwischenwände, Mobilität u. a. Die Feuerwehr nahm fünf Schlauchleitungen vor, die zum Teil über zwei große mechanische Leitern bis zum Brandherd gelegt wurden. Nach vierstündiger Löscharbeit war die Gefahr beseitigt. Nach 2 Uhr konnte die Wehr wieder abrücken. Leider ist die Lösung nicht ohne Unfall verlaufen. Der Feuerwehrmann Lichtensfeld erhielt Verletzungen in der Seite durch einen Stich mit der Kröpfspitze, Lichtensfeld wurde auf der nächsten Unfallstelle verbunden. Gleichzeitig hatte der 8. Zug einen Brand in einer Wattenfabrik in der Stargarderstr. 60 zu löschen, der dort um 11 Uhr ausgebrochen war. Durch sofortiges tüchtiges Wassergeben wurde der Brand auf die Wattenfabrik beschränkt. Freitag früh um 4 Uhr brannten in der Quirchowstr. 36 Pflanzkisten im Stapel. Der 15. Zug hatte längere Zeit zu tun, um die Flammen zu löschen. Um 6 Uhr wurde die Feuerwehr nochmals nach der Stargarderstraße gerufen. Diesmal brannten Nr. 61 neben der Wattenfabrik Pflanzkisten. Ferner mußte nachts um 4 Uhr in der Laubentzelle an der Damerstraße ein Brand gelöscht werden, der in einem Stalle ausgebrochen war, vermutlich verursacht durch Spitzbuben, die dort Kaninchen sich aneignen wollten. In der Andreasstr. 37 kam früh um 7 Uhr Feuer aus, das Stroh, Kissenmöbel u. a. ergriff. Der 15. Zug hatte in der Stromstr. 46 zu tun, wo in einem Posamentierwarenladen ein Brand ausgebrochen war. Außerdem liefen noch Feuermeldungen aus der Oderbergerstr. 2, Königsbergerstr. 19, vom Ostbahnhof, Stromstr. 19 und anderen Stellen ein.

Zu dem großen Brande des Standschlosses in Tegel können wir noch berichten, daß die „Kristall-Eiswerke“ total niedergebrannt, auch der Saal ist vernichtet, dagegen gelang es der Berliner Feuerwehr den großen Ausfichtsturm zu schützen. Der Brand hat übrigens wieder einmal deutlich gezeigt, daß die Vororte bei großen Bränden auf die Berliner Wehr angewiesen sind, in den meisten Orten, selbst in solchen reichen Orten wie Tegel, Wilmersdorf sind sie gänzlich unzulänglich.

Vorort-Nachrichten.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins erstatteten die Stadtverordneten den Bericht über ihre Tätigkeit. Die Genossen Dr. Silberstein und Conrad schilderten eingehend die Verhältnisse Rixdorf's in ihrer hygienischen und sozialen Zurückgebliebenheit. Ihre Ausführungen stangen aus in eine Anklage gegen die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit, die den gerechten Wünschen und Forderungen der arbeitenden Klassen nur ein starres Nein entgegenzusetzen weiß. An der Hand reichhaltigen Materials zeigten die Redner, daß, wenn Rixdorf mit modernen Großstädten konkurrieren will, noch ganz bedeutendes zu leisten hat. In der Diskussion bemängelte Genosse Merz, daß Rixdorf noch nicht einmal ein Schlachthaus besitze und die vom hygienischen Gesichtspunkt verwerfliche Hauschlachtung keinen Fortgang nehme. Genosse Witz kritisierte alsdann die mangelhafte Verhinderung über kommunale Angelegenheiten im „Vorwärts“ und wünscht dringend Abhilfe. Eine Resolution, in welcher sich die Versammelten mit der Tätigkeit der Stadtverordneten einverstanden erklärten, wurde einstimmig angenommen.

Zugleich wurde beurteilt, daß der Stadtv. Geride trotz Aufforderung sein Mandat nicht niedergelegt habe. Ein Antrag gegen Geride wegen disziplinwidriger Verhaltens das Ausschlußverfahren einzuleiten, fand einstimmige Annahme. Als Delegierte zur Kreis-Generalversammlung wurden die Genossen Heinrich, Groger und Scholz gewählt. Eine von den Abteilungsleitern eingereichte Resolution, worin das Arbeiten des Zentralvorstandes bemängelt wird, wurde nach längerer Debatte gegen wenige Stimmen angenommen. Ein Antrag, der die Wänderung des § 5 des Organisationsplanes verlangt, wurde gleichfalls angenommen. Danach soll die Vertretung der einzelnen Orte auf Kreis-Generalversammlungen folgendermaßen geregelt sein: Wahlvereine bis 250 Mitglieder senden 2 Delegierte, von 250—500 3 Delegierte und für je weitere 500 Mitglieder ein Delegierter mehr. Der Antrag soll auf der am Sonntag stattfindenden Kreis-Generalversammlung vorgelegt werden.

Zur Generalversammlung Grog-Berlins wurden 48 Delegierte geteilt. Durch das ungeheure Ansehen der Organisation ist es dem Kassierer nicht mehr möglich, die Geschäfte allein zu führen; es wurden deshalb zwei Hilfskassierer, die Genossen Hoffmeister und Thilo gewählt. — Zum Schluß entspann sich noch eine lebhafteste Debatte über die Forderungen der Barbier. Die Genossen Barnard und Neumann (selbständige Barbier) versuchten in längeren Ausführungen der Versammlung aufeinander zu zeigen, daß es in Rixdorf unmöglich sei, die Forderungen der Friseurgehilfen zu erfüllen. Sämtliche nachfolgenden Redner verurteilten indes diese Ausführungen und forderten die organisierten Friseurgehilfen auf, diejenigen Geschäfte, die die Forderungen nicht bewilligt resp. zurückgezogen haben, dem Wahlvereinsvorstand bekanntzugeben. Zum Schluß verließ Genosse Heinrich auf die Verlegung der Expedition in die Redarstraße, des weiteren auf das am 7. Juli in der Neuen Welt stattfindende Sommerfest und auf ein am 11. August von der Sängerabteilung des Leipziger Wahlvereins und dem Rixdorfer Männerchor arrangiertes Konzert, das ebenfalls in der Neuen Welt stattfinden wird.

Zechnuhr-Ladenschluß an Sommerfesten in Rixdorf. Der Verein Rixdorfer Kaufleute der Kolonialwarenbranche beschloß in seiner letzten Sitzung, an den Sommerfesten den Ladenschluß in die Ruhezeit freiwillig zu verlängern und den Ladenschluß schon um 10 Uhr vormittags eintreten zu lassen. In dem einstimmig gefaßten Beschluß wird das laufende Publikum um Unterstützung bei der Durchführung des Zechnuhr-Ladenschlusses gebeten und die Erwartung ausgesprochen, daß die Inhaber sämtlicher Rixdorfer Lebensmittelgeschäfte dem gegebenen Beispiel folgen und ihre Läden an den Sommerfesten von vormittags 10 Uhr ab geschlossen halten. Der Zechnuhr-Ladenschluß tritt zum erstenmal am Sonntag, den 1. Juli cr., in Wirklichkeit, und wird seitens des Vereins Rixdorfer Kaufleute der Kolonialwarenbranche beabsichtigt, der Rixdorfer Geschäftswelt die Schließung der Läden um 10 Uhr vormittags auch an den übrigen Sonntagen im Jahre, mit Ausnahme der Sonntage vor den Festtagen, zu empfehlen.

In großer Lebensgefahr schwebten bei einem Wutanfall des Arbeiters Robert Schulze aus der Götthestr. 9 in Rixdorf dessen Ehefrau sowie die Nachbarfrau Luise Linke. Sch. war plötzlich von einem Todesstichanfall heimgefaßt worden und zerrümmerte in diesem Zustande mit einem großen Schlächterbeile den größten Teil seiner eigenen Wohnungseinrichtung. Einige Möbelstücke vermochte die Ehefrau noch zu retten und sie schaffte dieselben nach der Wohnung ihrer Nachbarin Linke, wo sich beide Frauen vorsichtigerweise einschloßen. Sch. war seiner Frau gefolgt und da ihm die Nachbarwohnung nicht geöffnet wurde, zerrümmerte er mit dem Beile die Tür. Nun wollte Frau L. fortgehen, um Hilfe zu holen, sie wurde jedoch von Sch. zurückgehalten und erhielt mit dem Beil einen schweren Schlag gegen die Stirn, so daß das Blut aus der fließenden Wunde herborstach. Durch mehrere hinzukommende Hausbewohner konnte der Tobende schließlich überwältigt werden.

An die Arbeiterschaft Rixdorf! Das hiesige Gewerkschaftskomitee hat in seiner Sitzung vom 30. Mai d. J. den Plebisziten die weitgehendste Unterstützung für die Agitation der Berufsorganisationen zugesagt. Am Sonntag findet eine Handzettelverteilung zu einer Versammlung der Schlichter statt. Die Parteigenossen werden nun hierdurch ersucht, sich recht zahlreich an dieser Verteilung zu beteiligen und um 7 Uhr morgens bei Thiel, Vergstr. 151/152, zu erscheinen. J. A.: Der Ausschuss.

Schöneberg.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins mußte der vorgesehene Vortrag des Genossen Käter wegen Verhinderung des Referenten von der Tagesordnung abgesetzt werden. Die Versammlung beschloß sich alsdann mit der bevorstehenden Kreis-Generalversammlung. Hierzu gab Genosse Wollermann einen kurzen Überblick über die bisherige Entwicklung des Kreises, die es selbstverständlich erscheinen lasse, daß der bisherige, durch die Art der Delegation zu den Kreis-Generalversammlungen geschaffene unübersichtliche Zustand nunmehr endlich beseitigt werde. Er wies auf den von Charlottenburg auf der letzten Kreis-Generalversammlung eingebrachten Antrag hin, der von den Vertretern der kleinen Orte, obwohl durch die Minorität der Mitglieder des Kreises vertreten würde, abgelehnt worden sei. Es müsse jetzt wieder energisch verurteilt werden, hierin Wandel zu schaffen und einen Weg zu finden, auf dem eine gerechtere Zusammenfassung der Kreis-Generalversammlung zu erreichen sei. Die Einführung der von Charlottenburg vorgeschlagenen proportionalen Vertretung sei eine Notwendigkeit, da der numerischen Stärke der einzelnen Orte entschieden mehr Rechnung getragen werden müsse. Deshalb sei es selbstredend, daß Schöneberg für Annahme des Charlottenburger Antrages einzutreten habe. — Es schloß sich hieran eine lebhafteste Diskussion. Genosse Peterson betonte, es sei gleichgültig, aus welchen Orten die Delegierten entsandt würden; die Einmütigkeit unserer Bestrebungen garantiere ein gedeihliches Arbeiten im Interesse der Partei. Lediglich das demokratische Prinzip erheische die Einführung der proportionalen Vertretung. Genosse Witzorek sprach dagegen; er befürchte, daß eine Vergewaltigung der kleinen Orte. Die Genossen Däumig und Peterson wiesen demgegenüber nochmals darauf hin, daß selbst nach Annahme des Charlottenburger Antrages immer noch die kleinen Orte die Majorität in Händen hätten, von Vergewaltigung also absolut keine Rede sein könne. Außerdem sprachen noch die Genossen Klein, Habersaath und Wölling. Genosse Kubil berichtete sodann über die gemeinschaftliche Sitzung in Rixdorf, in welcher der Charlottenburger Antrag vorlag. Derselbe sei von Charlottenburg und Rixdorf in der Rixdorfer Sitzung angenommen worden. — Hierauf erfolgte die Abstimmung über diesen Antrag, die dessen Annahme gegen eine Stimme ergab. — Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung wurden hierauf die Genossen Schröder, Szamietz und Kubil gewählt.

Sodann teilte der Vorsitzende mit, daß der Genosse Kempnermeister Masch, einer Zeitungsnotiz nach, Mitglied des freimütigen Bezirksvereins „Südwest“ geworden sei. Auf eine diesbezügliche Anfrage des Vorstandes sei eine Antwort nicht erfolgt. Namens des Vorstandes beantragte er daher gegen den Gen. Masch Einleitung eines Ausschlußverfahrens. Dieser Antrag wurde nach längerer Diskussion einstimmig angenommen. — Weiter wies er darauf hin, daß am 28. Juni im Saale der Schloßbrauerei eine öffentliche Versammlung stattfinden, in der der Gen. Jubel über „Der verfloßene Reichstag“ sprechen wird. In dem am Sonntag, den 24. Juni, stattfindenden Stiftungsfest forderte er zu zahlreichem Besuch auf. — Unter „Verchiedenes“ kritisierte Gen. Peterson, daß in der Landwirtschaftlichen Ausstellung für die Venstung der Frauenvollette ein Beitrag von 20 Pf. und für Venstung der Volksgemeinschaft weitere 25 Pf. erhoben worden seien und bezeichnete das als eine rückwärtslose Geldschneiderei. — Zum Schluß der Versammlung gelangte ein Antrag des Genossen Steuernmann zur Annahme, nach welchem die Delegierten auf der Kreisgeneralversammlung für Verhängung des Populit über den persönlichen Verkehr in der Philharmonie zu stimmen haben.

Lichtenberg.

Daß auch die Parteibewegung Lichtenbergs erfreuliche Fortschritte macht, ließ der Bericht des Vorstandes erkennen, den er in der am Dienstag gut besuchten Generalversammlung des Wahlvereins gab. Danach ist die Mitgliederzahl vom Dezember 1905 bis zur Generalversammlung von 856 auf 1292 gestiegen. Die Zu- und Abnahme der einzelnen Monate zeigt folgendes Bild: (+ Zugang, — Abgang) Dezember 1905 + 21, — 16, Januar 1906 + 88, — 13, Februar + 78, — 3, März + 112, — 25, April + 68, — 15, Mai + 124, — 48, Juni + 64, — 29 (hier fehlen noch Zugänge von drei Bezirken). Einer Einnahme des Vorstandes (inkl. Bestand von 97,60 M.) von 945,85 M. steht eine Ausgabe von 618,80 M. gegenüber. Mißfin verbleibt ein Bestand von 327,05 M. Dem Bericht der Expedition ist zu entnehmen, daß die Abonnentenzahl des „Vorwärts“ erfreulich gestiegen ist. Die Einnahmen des Kassierers setzen sich in die einzelnen Monate wie folgt zusammen: (Bestand am 1. Januar 1906 270,10 M.) Januar-Einnahme 194,15, Februar 500,70, März 346,65, April

190,80, Mai 707,85, Juni (fehlt 6. Abteilung) 416,75 M. Insgesamt 2626,50 M., demgegenüber steht eine Ausgabe von 2242,24 M. Bleibt Bestand 284,26 M. An den Kreis sind abgeführt für Beitragsmarken 925,46 M. und extra 300 M. Insgesamt 1225,46 M. — Als zweiter Kassierer wurde Alfred Linke, als zweiter Schriftführer Johann Krüger gewählt. Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung wurden laut Kreisstatut 22 Genossen bestimmt und wurden gewählt die Genossen Lehm, Linke, Well, Brühl, Liebermann, Bachhaus, Richius, C. Schulze, Köhler, Gliese, Zimmermann, Düvel, Gliese, Köfeler, Czjanski, Probst, Ringelohf, Werner, Lisch, Hallmann, Sonder und Rode. Die ersten 18 Genossen wurden auch als Delegierte nach Grog-Berlin bestimmt, weil auf sie die meisten Stimmen entfielen; außerdem geht als 17. Delegierter der erste Vorsitzende Bachus mit. — Verschiedene über die Expedition vorgebrachte Beschwerden wurden der Zeitungskommission zur weiteren Behandlung überwiesen.

Röpenitz.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt Genosse Fendel einen Vortrag. Zur Kreisgeneralversammlung wurden als Delegierte die Genossen Jahnke, Feinge und Lesföre gewählt. Genosse Hilliges gab bekannt, daß am Dienstag, den 26., abends 8 Uhr beim Genossen Feinge eine Zusammenkunft aller derjenigen geplant sei, welche aus der Landesliste ausgeschieden sind. Diese Zusammenkunft soll die Gründung einer Vereinigung bezwecken. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß die neuen Mitgliedsbücher nur noch bei den Bezirksführern zu haben seien. Es sind dies für die Altstadt Genosse Feinge, Wilhelmstr. 12, Rixdorf-Vorstadt Genosse Max Baranowski, Rix 15, Kölnische Vorstadt: Karl Reichert, Adlershoferstr. 1 und Damm-Vorstadt Karl Jahnke, Rausdorferstr. 6.

Französisch-Buchholz.

Ueber „Die Geschichte des Mittelalters“ referierte in der letzten Wahlvereinsversammlung Genosse Bürger. Der lehrreiche Vortrag wurde mit großem Interesse verfolgt. Zu Delegierten für die Generalversammlung Grog-Berlins wurde Genosse Madzej gewählt.

Tegel.

Ueber „Die Arbeiterversicherung“ referierte Genosse Lammé in der außerordentlichen Generalversammlung des Wahlvereins. Nach derer Diskussion hierüber wurde zu den Reuwahlen geschritten; dieselben hatten folgendes Ergebnis: Erster Vorsitzender Martini II; Bibliothekar Groll und Lokalkommissionsmitglied Heintze. Als Delegierte zur Kreis-Generalversammlung wurden Martini, Groll und Petram gewählt. Die Abonnentenzahl des „Vorwärts“ hat sich nach Mitteilung des Genossen Reinke auf 1030 erhöht.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 24. Juni cr., vormittags 8 1/2 Uhr im Rathause (Eingang Rädenstraße), Saal 109: Versammlung: Freireligiöse Belebung. — Vormittags 10 1/2 Uhr in der Schulaula, Kleine Franziskanerstr. 6: Vortrag des Herrn Rudolf Stern über: „Friede und das dritte Reich“. — Gäste, Herren und Damen sehr willkommen. — Montag, den 25. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr, Sebastianstraße 39: Beschließende Versammlung (nur für vollberechtigte Mitglieder, weiße Kleidung). Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Karl Marx“. Heute Sitzung bei Alois Kolonialstraße 15: Vortrag über „Christentum und Sozialdemokratie“. Diskussion, Gäste willkommen.

Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend, Abteilung Nichtenberg-Rummelsburg. Erste Mitgliederversammlung am Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 3 Uhr bei Erpeland, Rummelsburg, Goethestraße 9. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Gäste willkommen! Sozialdemokratischer Diskussionsklub „Freie Zusammenkunft“. Heute Sitzung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 16. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Kofol über: „Die materialistische Geschichtsauffassung und die heutige politische Lage.“ 2. Diskussion, 3. Klubangelegenheiten.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 64—68 pr. 100 Pfund, IIa 54—64, IIIa 50—58, IVa 44—50, engl. Bullen 0,00, dän. Bullen 0,00, holl. Bullen 0,00, Kalbfleisch, Doppelländer 105—120, Ia 85—90, IIa 70—80, IIIa 60—68, Hammelfleisch Ia 70—75, IIa 62—68, Schweinefleisch 61—66, Rindfleisch per Stück 0,00, Hühner, alte, Stück 1,75—2,00, junge, per Stück 0,60—0,80, Tauben, junge 0,40—0,45, alte 0,00, Enten, prima, per Stück 1,85—3,00, Hamburger, Junge, per Stück 2,00—3,15, Gänse, junge, per Pfd. 0,55—0,65, per Stück 2,70 bis 4,50, Heide 72—98, Schafe 60—70, Mele 00,00, Kalb, groß 111—125, mittel 104—114, klein 00—00, um 89—112, Wägen 0,00, Rindern, pomm. I, p. Schod 3,00—8,00, Kieler, Größe Ia 4—6, do. mittel per Riste 2—4, do. klein, per Riste 0,00, Bäcklinge, anal. per Ball 4—4,50, Kieler 2,00—5,00, Straßhunder 4—5, Kalb, groß p. Pfd. 1,10—1,30, mittel 0,80—1,00, n. 0,50 bis 0,60, Ebrotten, Kieler, 2 Ball 0,00, 3B. per Riste 0,00, Sardellen, 1902er, per 100 Pfd. 85,00, 1904er 85,00, 1905er 80,00, Schottische Wollheringe 1905 0,00, largo 40—44, full 36—38, mod. 35—42, deutsche 37—44, Deutsche, neue Maßes, per 1/2 To. 60—120, Dummern, IIa, 100 Pfd. 95,00 bis 100, Krebse, per Schod, große 0,00, mittel 10—15,50, kleine 4—5, unsortiert 5,50—6,50, Eier, Land, per Schod 0,00—0,00, frische 0,00, Butter per 100 Pfund, Ia 109—112, IIa 103—106, IIIa 100—103, abfallende 95—100, Saure Gurken, Schod 4,00—4,25, Pfeffergurken 4—4,50 M., Kartoffeln per 100 Pfd. magna, bon. 2,25—2,40, rote Daberthe 2,10—2,25, runde weige 1,00—2,00, Malta 0,00, Sommer-Ralta 10,00—11,50, Ital. 4,50—6,50, ung. 8,50—1,50, Neue, hiesige per 100 Pfund 6,00—7,00, Spinat, per 100 Pfund 8,00—10,00, Karotten per Schod 2,00 bis 3,50, Kohlrabi, per Schod 0,75—1,25, Rettig, bayr., per Schod 2,40—4,80, Khabarber, Hamb., per 100 Pfd. 4—4,50, Radishesen, per Schod-Abd. 1,25, Salat, per Schod 0,75—1,25, Spargel I, per Pfd. 0,10—0,25, II 0,05 bis 0,10, III 0,02—0,05, Beiliger I 0,20—0,30, II 0,10—0,16, III 0,03—0,09, Brauspargel 0,00, Bohnen (grüne), per 100 Pfd. 70—100, Schoten, hiesige, per 100 Pfd. 16—21, Pfefferlinge per Pfd. 0,35—0,40, Mohrrüben per Schod-Abd. 2,50—3,50, Blumenkohl per Kopf 0,30, Kürbiskohl per Rastel 1,50—2,50, Steinpilze per Pfd. 0,33, Tellerwurz Rüben per Pfd. 0,22—0,25, Schlagbeeren 100 Pfd. 10—13, Kirschjen, Ital., 100 Pfd. 18—32, Südener 16—20, Berberche 22—28, Schlechte 8—16, Ratten, Werderte 25—35, Blaubeeren per Pfd. 0,22—0,24, Erdbeeren, holl. per 100 Pfd. 25—35, franz. per Pfd. 0,00—0,00, Beiliger per Pfd. 0,18—0,30, Berberche per Pfd. 0,25—0,40, Dresdener Wald per Pfd. 0,30—0,70, Dresd. Garten per 100 Pfd. 0,10—0,20, hiesige Wald per Pfd. 0,30—0,50, Pflanzen, Ital. runde, per Pfd. 0,10—0,11, Zitronen, Neßlins, 300 Stück 12,00—15,00, 360 Stück 10,00—12,00, 200 Stück 7,00—12,00, 420 Stück, klein 7,00, Weintrauben, Weißer, per 100 Pfd. 60—100.

Witterungsbericht vom 22. Juni 1906, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer (Höhe mm) | Windrichtung | Windstärke | Temperatur (Celsius) | Stationen | Barometer (Höhe mm) | Windrichtung | Windstärke | Temperatur (Celsius) |
|-------------|---------------------|--------------|------------|----------------------|------------|---------------------|--------------|------------|----------------------|
| Sennende | 763,83 | SW | 3 | 18 | Döberitz | 764,00 | SW | 2 | 17 |
| Döberitz | 764,23 | SW | 2 | 18 | Petersburg | 767,50 | SW | 1 | 14 |
| Berlin | 764,23 | SW | 3 | 18 | Gröben | 769,25 | SW | 1 | 15 |
| Kranz a. R. | 767,50 | SW | 1 | 17 | Neen | 768,90 | SW | 2 | 13 |
| Franken | 767,00 | SW | 2 | 17 | Wald | 768,90 | SW | 1 | 16 |
| Sten | 766,23 | SW | 3 | 18 | | | | | |

Wetterprognose für Sonnabend, den 23. Juni 1906. Etwas kühl, veränderlich, vorherrschend wolkig mit leichten Regenschauern und ziemlich frischen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 21. Juni. Elbe bei Magdeburg + 0,45 Meter, bei Dresden — 0,84 Meter, bei Regensburg + 1,22 Meter. — Uckeritz bei Strausfurt + 0,50 Meter. — Oder bei Rastow + 1,80 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,34 Meter, bei Breslau Unterpegel — 0,92 Meter, bei Frankfurt + 2,32 Meter. — Weichsel bei Braegmünde + 4,40 Meter. — Warthe bei Posen + 1,08 Meter.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen und wegen der Ueberfüllung von Freizeitemplaren sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Für den Inhalt der Auktionen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 23. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Operntheater. Rigoletto. Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Neues. Orpheus in der Unterwelt. Berliner. Cymbelin.
Anfang 8 Uhr:
Leffing. Die lustige Witwe.
Schiller O. (Schiller-Theater.)
Wormitz-Oper: Der Freischütz.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Häufiges-Theater) Heiratslustig.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Sonntags-Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Zentral. Der lustige Krieg.
Lustspielhaus. Das Fest der Handwerker. Vorher: Die Verlobung bei der Laterne.
Thalia. Hochparterre Infä.
Metropol. Aus ins Metropol.
Vipolli. Das blaue Bild. Spezialitäten.
Carl Weiß. Sündige Liebe.
Wintergarten. Lortajada. Spezialität.
Vasage. Billy Proger. Spezialität.
Neidhalschen. Berliner Sänger.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns Berliner Theater.

Gaßspiel v. Maria Pospischil.
Zum ersten Male: **Cymbelin.**
Rom. Schauspiel. 1. 5. 11. u. 12. Sinfonien.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag: **Fedora.** Anf. 8 Uhr.
Montag: **Cymbelin.** Anf. 8 Uhr.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Orpheus in der Unterwelt.

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.

Neues kgl. Operntheater (Kroll).

Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag, den 23. Juni:
Letztes Gastsp. Franco d'Andrade:
Rigoletto.
Sonntag: Der Bajazzo. Cavalleria rusticana.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

Komische Oper.

Sommerspielzeit 1906.
Hoffmanns Erzählungen.
Sommerspreise.
(Keine Vorverkaufsbücher.)
Anfang 8 Uhr.

Zentral-Theater.

(Operette). 8 Uhr:
Der lustige Krieg.
Operette in 3 Akten mit Mia Werber u. Oskar Brann.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise!
Der Zigeunerbaron.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

Mit Carma, Transform.-Längerin.
Duo Paulus, holländisches Duett.
Humpsti-Bumsti,
exzent. Skizzen v. Reed und Privat.
Das blaue Bild v. Paul Lincke.
La Matschie. Solo: Annette Sanary.
Ein Abend in einem amerikanischen Zingel-Tempel.

Carl Weiß-Theater.

Ge. Frankfurterstr. 133.
Sündige Liebe.
Familientragödie in 4 Akten v. D. Hoff.
Anfang 8 Uhr.
Morgen u. folg. Tage: Def. Wort.
Im Garten: täglich
Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 6 Uhr.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: **Amor von heute.**
Wehling, Humor. Variati-Duett.
Darrington-Family. Sinfonien.
Lührer. Livers. Drahtspiel.
Die Einbrecher von New York. Fant.
The Piccad. Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater). | Schiller-Theater N. (Friedr.-Witz-Platz.)
Morwitz-Oper. | **Sonnabend, abends 8 Uhr:**
Der Freischütz. | **Heiratslustig.**
Große Oper in 4 Akten v. E. W. v. Weber. | Schwank in drei Akten von Maurice Champanne.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: | **Das Glück im Winkel.**
Der Trompeter von Säckingen. | **Sonntag, abends 8 Uhr:**
Sonntag, abends 8 Uhr: | **Heiratslustig.**
Mit neuen Dekorationen u. Kostümen. | **Montag, abends 8 Uhr:**
Die Afrikanerin. | **Heiratslustig.**
Rigoletto. | **Rigoletto.**
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Castans Panoptikum

Friedrichstraße 165.
Schreckenskammer!
Berliner Allerlei. 1388 L.
Volkstümliche Musik- und Gesangsvorträge usw.
erstklassiger Künstler von nachmittags 6 Uhr an.

Schweizer Garten.

Am Königstor - Am Friedrichshain 29/32.
Täglich:
Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball.
Zum Schluss: **Eternos.**

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 70/79 (Ringbahnstation).
Ob schön! Im herrlichen Garten oder Saal: Ob Regen!
Täglich: **Gr. Konzert,** neue Spezialitäten und **Ball.** Das größte und beste Programm Berlins.
U. a.: **La Matschie!** merikanischer Tanz, ausgeführt vom besten Tanzduett Jeannette und Yallis.
Robert und Bertram, das berühmte Grottest-Duett. **Josephine Delilleur,** das weltliche Unikum. **Die Wunder der Turnkunst:** **The tree Burtons** und **The Elrados,** komische Rednerer usw.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. Entree: Wochentags 20 Pf., Sonntags 30 Pf.
Avis! Vom 1. bis **16 Löwen** die größte Seuzation und beste Gruppe der Welt.
Im Salon des Löwendändigers. A. Diez.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15. Westfälische Zeitung: Paul Mübitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater** und **Spezialitätenvorstellung**
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: die beliebtesten Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Brauerei Groterjan

N. Schönhauser Allee 130.
Oekonom Ernst Stein.
Täglich
Großes Konzert
Anfang: Wochentags 7 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Waren Sie schon mal in der Berliner Schweiz?

Tägliche Dampfer-Extrafahrten nur von Jannowbrücke.
Sonntag früh 9 Uhr und nachmittags 2 Uhr: Reederei Nobiling.
Montag 9 2 Dampfschiffahrtsg. Stern.
Dienstag 9 2 Reederei Nobiling.
Mittwoch 9 2 Reederei Nobiling.
Donnerstag 9 2 Dampfschiffahrtsg. Stern.
Freitag 9 2 Reederei Nobiling.
Sonntag abends 9 2 Reederei Nobiling.
Außerdem tägliche Motorverbindung mit Sidwalde-Zahnradweg (Restaurant Sippkeohl) neben Endstation „Stern“ sowie der Omnibusse.
NB. Das Befahren der Gölener Berge, meiner Bootungen und Befahrungen, ist nur mit einem Gasten gestattet. Jedes Befahren ohne meine Erlaubnis ist verboten. 25475

Hermann Gärtner, Inhaber und Begründer.

Bernhard Rose-Theater
Görlitzbrunnen, Tobstraße 58.
Täglich: **Das Sensations-Juni-Programm.** U. a.:
The Alkers,
phänomenale Kamillischer-Lestungen in dem 5000 Liter Wasser enthaltenden Glasbassin. Ausforderung an alle Sportler, Schwimmer und Taucher, zur Befähigung am Bestanden um die Prämie von 1000 M.
Außerdem 10 Attraktionen, u. a.:
Die Gauklerin.
Anfang 4 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Oll. Seemannstr. 16.
Sommerfest d. deutsch. Holzarbeiterverbandes.
Branchen-Orchester-Stellmacher.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Anfang 6 Uhr. Kaffeeküche v. 3 Uhr. Bei schlecht. Welt: Vorstell. im Saal.
Eine große Partie Zigarren - Wickelformen, gut erhalten, in verschiedenen Fassungen, und **Widelpresen** in beliebiger Feinheit oder größerer Anzahl billig abgegeben. Anfragen unt. A. 1. 154 bef. Daube & Co., Berlin W. 8. Leipzigerstr. 20.

Am Friedrichshain Brauerei friedrichshain Am Königstor

Sonnabend, den 23. Juni 1906:
Großes Sommerfest
veranstaltet vom
Arbeiter-Raucherbund Berlins und Umgegend.
Von 4 Uhr ab:
Konzert und Gesang
ausgeführt von Mitgliedern des Zentralverbandes der Zivilmusiker Deutschlands und des Gesangsvereins „Kreuzberger Harmonie“ (M. d. A.-S.-B.). Konzertdirigent: H. Leppe. Gesangsdirigent: Bleil.
Kinderbelustigungen aller Art. Sackhüpfen, Topf schlagen usw. Um 9 Uhr: Großer Lampenzug.
Im großen Saal: **Festball** bei doppelt besetztem Orchester.
Eröffnung 2 Uhr. Billett im Vorverkauf 25 Pfg., an der Kasse 30 Pfg. Eröffnung 2 Uhr.
Es ladet zu zahlreichem Besuch ein. **Der Vorstand.**

Urania Tauben-

str. 48/49.
Täglich abends 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuv.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Gute nachmittags 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

WINTER GARTEN

Das neue glänzende Juni-Programm.
Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das glänzende Juni-Programm.
Willy Prager
= 14 =
erstklassige Spezialitäten.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
Täglich: **Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball.**
15 Attraktionen ersten Ranges 15.
Berlin, wie es lebt u. liebt.
Volkstümlich in 3 Akten von Lindner.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Volksgarten-Theater.

Badstr. 8 (Schm. u. Bekermannstr.)
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfreudenfest.
Jed. Donnerstag: Gr. Brill.-Festwerk.
Volksbelustigungen aller Art.
Die Kaffeeküche ist v. 1 Uhr an geöffnet.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
(Meysel, Pietro, Britton, Böhm, Böckmann, Walden, Seidel, O. u. R. Schröder)
Anfang
Bochentags
8, Sonntags
7 Uhr.

Gstbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Welt-Ausstellungs-Biograph

(St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Programm.
Verbindung mit größter Filma-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Otto Hillmann und Klara Tack.

Die Genossen der Abteilung XI **Gesundbrunnen**
wünschen von Herzen zum heutigen Tage ein glückliches Landen im Hafen der Ehe, dem neuerwählten Paare, ihrem guten Freunde und Genossen
Otto Hillmann und **Klara Tack.**
Unserem lieben Freunde und Genossen
Otto Hillmann nebst Braut zur heutigen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Zechert, Zumpfe, Steglitz.

Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr:
Das Fest der Handwerker.
Vorher:
Die Verlobung bei der Laterne.
Sanssouci. Kottbusser Str. 4a.
Der Garten ist eröffnet.
Sonntag, Montag, Donnerstag und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger und **Tanzkränzchen.**
Aukt. d. Komit. H. Krause.
Entr. 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.
Sonnt. Beg. 5, Bochent. 8 U.
Im Vorgart.: **Freikonzert.**

Etablissement Buggenhagen

Horitzplatz.
Täglich im Garten bzw. in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: **Freitanz.**

Insel-Restaurant

Plötzensee, Seestr. 81.
A. Gloscholt.
Sonntag, den 23. Juni, sowie jeden Sonnabend:
Wilh. Wolff's Hamburger Sänger.
Elektrische Bahn, Linie Nr. 12.

Borussia-Theater-Festsäle

Inh.: J. Leschkowski
Ackerstr. 87. Teleph.: Amt III, 2674.
Im herrlichen Naturgarten:
Heute die beliebtesten Viktoria-Sänger.
Nach der Vorstellung großer Ball.
Jeden Mittwoch und Sonnabend:
Theater- u. Spezialität-Vorstellung

Dobersteins Crystal-Palast

Prinzenstr. 94.
Täglich: **Gesellschafts-Abend.**
Entree und Garderobe frei.
Jeden Donnerstag u. Sonnabend **Damen-Verein.**
Jeden Sonnabend: **Extra-Ball.**

Restaurant am Müggelsee

„Wilhelmshaus“
Friedrichshagen, Seestr. 45
(Dampferanlegestelle)
Inhaber: **Karl Uszkardt,** empfiehlt sein herrlich, direkt am Müggelsee belegenes Lokal zu Ausflügen und Abhaltung von Sommer- und Sommer-Abendessen aller Art. 1904/25
Bieren und Damenabende.

Waldschlößchen

In der Villenkolonie **Rahnsdorfer Mühle.**
Sehr romantisch gelegenes Etablissement der Stadt, umgeben von Wald und Wasser, 7 Minuten von der Stadtbahnstation Rahnsdorf, nahe Müggelsee u. Chauffee Berlin-Gärtner.
Sommerwohnungen auf Lage, Wochen, Monate. Massenquartiere für Touristen.
Säle für Vereine und Gesellschaften.
Täglich:
Großes Orchester-Konzert.
Jeden Sonntag:
Großer Ball.
- Ausspannung für 30 Werbe. -
4 Regalbahnen (Patent Reier).
Kaffeeküche.
Zum Besuch ladet ergebenst ein
29060* Der Besitzer: **C. Mühl.**

Spreeschloß Friedrichshagen.

Seestr. 1
Inhaber **Georg Scherels.**
Berliner, Gewerkschaften empfehle mein Lokal. 1905/6

„Bellevue“

Wollersdorfer Schleuse.
Großer Saal für 800 Personen noch an einigen Sonnabenden und Sonntagen für Vereine frei. 1500 L.
Restaurant „Kurpark“
Fichtenn.
Richtung Erkner. Station Rahnsdorf.
Heute Sonnabend, den 23. Juni:
Großer Sommernachtsball
wozu einladet **W. Schreiber.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Expedient

Franz Hoch

nach langen, schweren Leiden am Donnerstag, den 21. Juni, abends 9 1/2 Uhr, verstorben ist.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban aus nach dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee, statt.
Die trauernde Witwe
Ida Hoch nebst Kindern.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 3. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.
Am 21. Juni, abends 9 1/2 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied und langjähriger Vertrauensmann
Franz Hoch
im Alter von 43 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Juni, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban aus nach dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee, statt.
Um zahlreiche Beteiligung eruchtet
Der Vorstand.

Verein Berliner Hausdiener gegründet 1888.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Reinhold Weiß
Weißburgerstr. 73
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Hions-Kirchhofes, Rieber-Schönhausen (Nordend) aus statt.
Nege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Verhand der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.
Zahlstelle II.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag, den 21. d. M. nach kurzem schweren Leiden unser Mitglied und Kollege
Franz Mayn
im 44. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Zahlstelle II Berlin.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jüdischen Friedhofes (Schöneberg) aus statt.

Zentralverein aller in der Nut- u. Filzwaren-Industrie Beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Todes-Anzeige.
Den Mitgliebrn zur Kenntnis, daß unser Kollege
Karl Otto
am 21. Juni er. verstorben ist und am Sonntag, den 24. Juni er., nachmittags 5 Uhr, auf dem Gethemane-Kirchhofe in Nordend von der Kirchhofshalle aus beerdigt wird.
Der Vorstand.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und unserer guten Mutter
Luise Schubert
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
August Schubert und Kinder.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter
Hedwig Sander geb. Lisnick
sage allen Genossen, Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders dem Frauen- und Mädchen-Bildungsverein sowie den Sängern der Zimmerer-Hilfsvereins, dem Berliner Konjunkturverein 181 V und meinen werten Kameraden meinen tiefgefühltesten Dank.
25486
Oskar Sander nebst Kindern.
Hilfsberg, den 22. Juni 1906.

Butter, Eier!

Vers. p. Post, m. Garantie tadellos Anfr. franko geg. Nachn. je 10 Pfd. frische, naturreine Ia. Kuhbutter 8 M., je 85 Stück frische, dicke Ia. Trink-Eier 4 M.
H. Neumann, Exportgeschäft.
Ratibor O./S. No. 11

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Sonntag, den 23. Juni, mittags 1 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15, Saal 4:

Versammlung

der ausgesperrten
und ansässigen Buchbinder u. Buchbinderinnen.

Tages-Ordnung:
1. Stand der Aussperrung. 2. Diskussion.
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.

Zweigverein Berlin, Sektion I (Brauereiarbeiter).
Geschäftsstelle Berlin C. 54, Linienstr. 191. Fernspr. VII, 2340.

Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause
(Saal I), Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Unser Tarifvertrag. 2. Innere Vereinsangelegenheiten. 3. Ver-
schiedenenes.

In Anbetracht der hochwichtigen Tagesordnung ist das
vollständige Erscheinen der Mitglieder notwendig.
Der Vorstand.

Zentralorganisation der Steinsetzer und Berufsgenossen Deutschlands.

Sonntag, den 1. Juli 1906, vormittags 9 1/2 Uhr:

Kombinierte Versammlung der Mitglieder sämtlicher Unterbezirke für Groß-Berlin

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 4).

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Schlichtungskommission. 2. Besprechung der Be-
stimmungen des Tarifvertrages, insbesondere der §§ 8: Leistung (ein-
wandfreie Arbeit), 9: Lehrlingslohn, 12: Recht Sternanerkennung
(Vollverein 7), 13: Bauarbeiterzuschlag (Unterkaufsträume).

Kollegen! Es muß endlich Klarheit geschaffen werden, um so die
Ruhe im Gewerbe zu gewährleisten und ein gedeihliches Zusammenarbeiten
auf den Baustellen zu ermöglichen.

Es ist eine wichtige Versammlung, kein Mann darf fehlen!
Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

1. Bericht der Schlichtungskommission. 2. Besprechung der Be-
stimmungen des Tarifvertrages, insbesondere der §§ 8: Leistung (ein-
wandfreie Arbeit), 9: Lehrlingslohn, 12: Recht Sternanerkennung
(Vollverein 7), 13: Bauarbeiterzuschlag (Unterkaufsträume).

Kollegen! Es muß endlich Klarheit geschaffen werden, um so die
Ruhe im Gewerbe zu gewährleisten und ein gedeihliches Zusammenarbeiten
auf den Baustellen zu ermöglichen.

Es ist eine wichtige Versammlung, kein Mann darf fehlen!
Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mönchmühle zum heiligen Florian

an der Reinickendorfer-Liebenwalder
Bahn gelegen, von Station Schildow
in 15 Minuten zu erreichen.

Prächtiger Aufenthalt unter Jahrhunderte alten Linden beim Hauschen
der Wassermühle. Inspartien in einer Stunde von den Kirchhöfen
Rieder-Schönhausen-Nordend zu erreichen.

Geliebter Ausflugsort für Vereine u. Gewerkschaften.
Deshalb auch idyllische Sommerwohnungen.
Küche u. Keller in bester Güte. Florian Knappe.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme

am
Zedlitzsee.
(Endstation der „Stern“-Dampfer)

Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.
Empfehle mein aubekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferfahrt, Regelmäßiger, großer Kaffeehaus.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Empfehle mein aubekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferfahrt, Regelmäßiger, großer Kaffeehaus.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Empfehle mein aubekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferfahrt, Regelmäßiger, großer Kaffeehaus.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Empfehle mein aubekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferfahrt, Regelmäßiger, großer Kaffeehaus.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Empfehle mein aubekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferfahrt, Regelmäßiger, großer Kaffeehaus.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Empfehle mein aubekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferfahrt, Regelmäßiger, großer Kaffeehaus.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Empfehle mein aubekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferfahrt, Regelmäßiger, großer Kaffeehaus.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Empfehle mein aubekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferfahrt, Regelmäßiger, großer Kaffeehaus.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Empfehle mein aubekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferfahrt, Regelmäßiger, großer Kaffeehaus.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Empfehle mein aubekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferfahrt, Regelmäßiger, großer Kaffeehaus.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Empfehle mein aubekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferfahrt, Regelmäßiger, großer Kaffeehaus.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Empfehle mein aubekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferfahrt, Regelmäßiger, großer Kaffeehaus.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Empfehle mein aubekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferfahrt, Regelmäßiger, großer Kaffeehaus.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Empfehle mein aubekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferfahrt, Regelmäßiger, großer Kaffeehaus.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Empfehle mein aubekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferfahrt, Regelmäßiger, großer Kaffeehaus.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Empfehle mein aubekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferfahrt, Regelmäßiger, großer Kaffeehaus.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Empfehle mein aubekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferfahrt, Regelmäßiger, großer Kaffeehaus.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Empfehle mein aubekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferfahrt, Regelmäßiger, großer Kaffeehaus.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Empfehle mein aubekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferfahrt, Regelmäßiger, großer Kaffeehaus.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Empfehle mein aubekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferfahrt, Regelmäßiger, großer Kaffeehaus.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Empfehle mein aubekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferfahrt, Regelmäßiger, großer Kaffeehaus.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau:
Zimmer 34, Amt IV, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt IV, 0679.

Sonntag, 24. Juni, vorm. 10 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 2. Neuwahl eines Beisitzers.
3. Erfahrungs- und Neuwahl von vier Beamten. 4. An die Verwaltung gelangte Anträge.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

121/12 Die Ortsverwaltung.

Stukkateure.

Montag, den 25. Juni 1906, abends 8 Uhr, in den Musikersälen,
Kaiser-Wilhelmstr. 18m:

Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Debatte über „Rück und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation mit besonderer
Verständigung von Vorfällen in unserer Filiale.“ 2. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden ersucht, ihre Beitragsreste auf das geringste Maß zum 1. Juli zu
beschränken, weil von da ab neue Statuten in Kraft treten.

Angefrucht der hochwichtigen Tagesordnung ist es Ehrenpflicht der Kollegen,
zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Möbelpolierer.

Montag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Königstadt-
Kasino, Holzmarktstraße 72c

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Verbandstag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegen-
heit. 4. Verschiedenes.

Der Kollege Franz Weisched, Memelerstraße 16a, wird
hiermit zu dieser Versammlung eingeladen. Der Branchenleiter,
NB. Unsere diesjährige Dampferpartie findet am Sonntag, den 29. Juni
mit Ruff nach Hagenfeld statt. Billetts sind bei den bekannten Kollegen,
sowie in allen durch Plakate kenntlichen Geschäften zu haben. 87/20

Kistenmacher.

Montag, den 25. Juni, abds. 8 1/2 Uhr, in den Andreas-
Festsälen, Andreasstraße 21:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Sozialmoral und Besserung. Referent Genosse Fendel. 2. Dis-
kussion. 3. Verschiedenes.

Wollständiges Erscheinen der Kollegen ist notwendig. Der Obmann.

Brande der Musikinstrumentenarbeiter.

Am Montag, 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15, Saal I:

Branchen-Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Arbeitersführers E. Brückner über: „Rechte und
Pflichten der Arbeiter aus dem Krankenversicherungsgesetz.“ 2. Branchen-
angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert. Gäste willkommen.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Branchenkommission.

Verband der Tapezierer.

Sektion der Kleber. - Filiale Berlin.

Achtung! Kleber! Achtung!

Von Montag, den 25. Juni, tritt für die zu tarifmäßigen Preisen
arbeitenden Kleber die neue Kontrollmarke in Kraft und muß dieselbe im
12 Felde der Karte sein. Die Karten werden verabsolgt Sonntag, den
24. Juni, von 9-12 Uhr, in folgenden Lokalen: Krüger, Lindener-
straße 8; Pantow, Verlebergerstr. 32; Stephan, Wienerstr. 31; Wicker,
Steinmühlstr. 35; Döhling, Kolbergerstr. 29/30; Gätner, Hauptstr. 39;
serner Sonnabend und Sonntag bei Wierter, Bergstraße 10; Koll,
Charlottenburg, Pöhlitzstr. 82, sowie Engelauer 15, Zimmer 35.
178/9 Die Verbandsleitung.

Wo? machen wir diesen Sommer unsere Landpartien hint Nach Pichelswerder alten Freund.

Partien bis 1500 Personen haben bei schlechtem Wetter bequem Platz.
Es ladet ganz ergeben ein Der alte Freund.
Reinbrecher Spanbau: 814. Küche stets in altbekannter Güte.

Eigene große Betriebswerkstätte Neue Hohenstr. 59-60.

Zur Reise

bringen wir eine unerreichte Auswahl an

Sommer-Anzügen | Sommer-Joppen
Lüstre-Jacketts | Schul-Anzügen und
Knaben-Wasch-Anzügen.

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
ir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
ir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
ir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
ir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
ir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalentwurf!
Nachdruck
verboten.

LESKE & LEHRER

78 Kottbuser Damm 78

Eigene große Betriebswerkstätte Neue Hohenstr. 59-60.
Spezialhaus eleganter Herren- und Knabenbekleidung, fertig und nach Maß.

Spezial-Abteilung:
Bekleidung für jeden Beruf.

Wir bitten genau auf unsere Firma und Hausnummer zu achten.

Wir bitten genau auf unsere Firma und Hausnummer zu achten.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.

klein-Verkauf. Sehr festes Leder in
praktischen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Im Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Kapp-
nähte. Halbstarke Klot-Laschen.
Große Hüften umfaßt. Die Hose

bei Entnahme von
6 Stück 25 RM. 4 RM. 50

Manchester-Hose Marke Gam-
brinus, Zweifelhose ... 5 RM. 50
Gefütterte, Mantel-Jackett 14,50, 8,75
Schwarze Mantel-Jackett 1 RM. 90
Schwarze Mantel-Hose ... 1 RM. 50
Schwarze Mantel-Jackett,
prima Röper-Gewebe ... 2 RM. 50
Schwarze Mantel-Hose,
prima Röper-Gewebe ... 2 RM. 10
Weiße Halblein-Jacketts 3,50, 2 RM. 75
Kombi-Jacken, Dreifig ... 4 RM. 50
Waler-Stiel ... 3,-, 2,50, 2 RM. 20
Kombi-Jackett (braun) 3,-, 2 RM. 40
Weiße Leder-Jackett, Dreifig
7,50, 3 RM. 75
Weiße Lederhosen ... 4,50, 2 RM. 90
Kleinfinger-Anzüge, blau,
nach Vorschrift ... 5 RM. 50
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chaussestr. 24a/25, Bräudenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.

Das 29. Haupt-Preisbuch 1906 wird
kostenlos und portofrei zugestellt.
Bei Bestellung von Hosen ist die
Bundweite und die Schnittlänge, bei
Jacketts und Stiefeln die Brustweite
anzugeben. 7732*

— Versand von 20 R. an franco. —

Nachdruck verboten!

Nur Qualität!

Spre-Blume.

Zigaretten

H. Preuß, Zigarettenfabrik „Spre-Blume“
Berlin N. 28, Svinemünderstr. 66 I.
Telephon: Amt III, 6949.

Nur Qualität!

Diese Woche

billig

aus feinsten Massstoffen
gefertigt, ausdagegen,
nur hochwertigste Herren-

Anzüge Paletots

deren sonstiger Masspreis
40-70 M. ist jetzt 19-20 M.
Gebrockanzüge 21-40 M.
Herren-Hosen jetzt 7-12 M.
Deutsches Versandhaus,
Jägerstr. 63, 1. Trepp.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung
liefern elegante fertige
Herren-Garderoben

Ersatz für Mass.
Anfertigung nach Mass.
Tadellose Ausführung.

Julius Fabian,
Schneider-Meister,
Grosse Frankfurter
Straße 37, 11.
Eingang Straus-
berger Platz.

Köpenicker Gesellschaftshaus

Inhaber: Karl Seidel,
Köpenick, Grünauerstr. 31.
empfiehlt seinen neu renovierten Saal
zu Vereins- und Privatgesellschaften.

Jeden Sonntag: Großer Ball.

Tel. IV
9099.

Victoria

Vornehm! Praktisch!
Eleganter
Reise- u. Strapazier-
Anzug
tadellos sitzend
15 Mark

in den neuesten hell und dunkel
gemusterten Dessins vorrätig.
Mode-Haus
Hermann Vandsburyer
Friedrichst. 7 Turmstr. 80a
nahe Belle-Alliance-Platz. Ecke der Wilhelms-
havener Straße.

Special:
Anfertigung
nach
Maass.
Grosses
Stoff-
lager.

Wir reparieren und bügeln jeden bei uns gekauften Gegenstand gratis.

Zur Reise

bringen wir eine unerreichte Auswahl an

Sommer-Anzügen | Sommer-Joppen
Lüstre-Jacketts | Schul-Anzügen und
Knaben-Wasch-Anzügen.

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
ir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
ir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
ir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
ir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
ir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalentwurf!
Nachdruck
verboten.

LESKE & LEHRER

78 Kottbuser Damm 78

Eigene große Betriebswerkstätte Neue Hohenstr. 59-60.
Spezialhaus eleganter Herren- und Knabenbekleidung, fertig und nach Maß.

Spezial-Abteilung:
Bekleidung für jeden Beruf.

Wir bitten genau auf unsere Firma und Hausnummer zu achten.

Jeder veredelte Raucher
ranche

Spre-Blume.

Zigaretten

H. Preuß, Zigarettenfabrik „Spre-Blume“
Berlin N. 28, Svinemünderstr. 66 I.
Telephon: Amt III, 6949.

Nur Qualität!

Diese Woche

billig

aus feinsten Massstoffen
gefertigt, ausdagegen,
nur hochwertigste Herren-

Anzüge Paletots

deren sonstiger Masspreis
40-70 M. ist jetzt 19-20 M.
Gebrockanzüge 21-40 M.
Herren-Hosen jetzt 7-12 M.
Deutsches Versandhaus,
Jägerstr. 63, 1. Trepp.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung
liefern elegante fertige
Herren-Garderoben

Ersatz für Mass.
Anfertigung nach Mass.
Tadellose Ausführung.

Julius Fabian,
Schneider-Meister,
Grosse Frankfurter
Straße 37, 11.
Eingang Straus-
berger Platz.

Köpenicker Gesellschaftshaus

Inhaber: Karl Seidel,
Köpenick, Grünauerstr. 31.
empfiehlt seinen neu renovierten Saal
zu Vereins- und Privatgesellschaften.

Jeden Sonntag: Großer Ball.